RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin: Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick

Das Ressort Äusseres war im Berichtsjahr 2011 auf bilateraler und multilateraler Ebene wiederum äusserst aktiv. Die bilateralen Beziehungen, vor allem zu der Schweiz und Österreich sowie zu Deutschland und den USA, wurden weiter vertieft. Insbesondere die Nachbarschaftspflege wurde intensiv wahrgenommen, im Wissen um die zentrale Bedeutung der Beziehungen zu der Schweiz, Österreich und Deutschland. Beispielhaft können der Besuch beim deutschen Aussenminister Guido Westerwelle sowie der Abschluss der Verhandlungen und die Paraphierung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Deutschland genannt werden. Ausserdem wurden erstmalig nicht-residierende Botschafter von und in Tschechien akkreditiert.

Ein besonderer Fokus wurde des Weiteren auf die Vertiefung der Beziehungen mit ausgewählten Ländern im asiatischen Raum gelegt. So stattete Regierungsrätin Aurelia Frick auf Einladung des Aussenministers Singapur einen Arbeitsbesuch ab. Die Vize-Aussenministerin der Volksrepublik China, Fu Ying, wie auch der Aussenminister der Vereinigten Arabischen Emirate, weilten zu Besuchen in Liechtenstein. Im Rahmen der EFTA-Ministerkonferenz konnte ein Freihandelsabkommen mit Hongkong unterzeichnet werden.

Im multilateralen Bereich hatte Liechtenstein im ersten Halbjahr 2011 den EFTA-Vorsitz inne und führte ein EFTA-Ministertreffen in Schaan unter dem Vorsitz der Ressortinhaberin durch. Im zweiten Halbjahr 2011 übernahm Liechtenstein den Vorsitz im EWR und Regierungsrätin Aurelia Frick konnte in diesem Zusammenhang ein Treffen mit der polnischen EU-Präsidentschaft wahrnehmen, dies auch unter dem Gesichtspunkt der besonderen Bedeutung der EU für Liechtenstein. Weiters erfolgte im Bereich der Europäischen Integration im Berichtsjahr der Schengen-Beitritt. Liechtenstein engagierte sich zudem im Rahmen der Arbeiten für eine Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR).

Die liechtensteinische Präsidentschaft der Vertragsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) konnte gegen Ende des Berichtsjahrs an Estland übergeben werden. Die ICC-Präsidentschaft und insbesondere die Arbeit zum Verbrechen der Aggression kann als grosser diplomatischer Erfolg Liechtensteins gewertet werden. Aus Anlass der Übergabe der ICC-Präsidentschaft wurde im Oktober 2011 in Liechtenstein eine hochrangige Klausurtagung zur Zukunft des ICC organisiert.

Für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) wendete Liechtenstein im Berichtsjahr insgesamt 26.3 Mio. CHF auf. Aufgrund der jüngsten BNE-Berechnungen (2009) konnte erstmals ein ODA-Prozentsatz von 0.67 erreicht werden.

Auch in diesem Berichtsjahr hatte das Ressort Äusseres im Bereich der Menschenrechte und der Verbrechensbekämpfung die Federführung bei diversen Evaluationen und Berichterstattungen zu Liechtenstein.

Europäische Integration

Im zweiten Halbjahr 2011 übernahm Liechtenstein von der EU den Vorsitz im EWR. Zu den Schwerpunkten des liechtensteinischen Vorsitzes gehörten unter anderem das Voranbringen der Arbeiten zur Umsetzung der Europa 2020 Strategie und der EU-Binnenmarktakte im EWR sowie die Beteiligung der EWR/EFTA-Staaten an den seit Januar 2011 operativen neuen EU-Aufsichtsbehörden im Finanzbereich.

Das Ressort war weiterhin mit den Arbeiten zum Schengen-Beitritt beschäftigt, welcher per 19. Dezember 2011 erfolgte. Es bereitete die Ratifikation verschiedener Abkommen im Zusammenhang mit dem Schengen-Beitritt vor und führt die Verhandlungen zu weiteren Abkommen. Das Ressort war wie bisher durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten in der Arbeitsgruppe «Umsetzung Schengen» vertreten. Diese Arbeitsgruppe wurde mit dem Beitritt zu Schengen aufgelöst.

Die Ressortinhaberin führte weiterhin den Vorsitz in der «Arbeitsgruppe Europäische Integration» der Regierung, welche 2011 zwei Sitzungen durchführte. Im Berichtsjahr wurde von der Regierung beim Centre for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel eine fachliche Studie in Auftrag gegeben. Diese Studie soll das bisherige Funktionieren des EWR-Abkommens analysieren und auf mögliche Optionen für eine künftige Weiterentwicklung des Abkommens unter Berücksichtigung der neuen Situation in der EU hinweisen. Der EWR funktioniert aus liechtensteinischer Sicht weiterhin gut. Unabhängig von zukünftigen Alternativen in der Gestaltung der europäischen Integration erachtet es die Regierung als erste Priorität, die Beziehungen zur EU aufgrund der bestehenden und der ausgehandelten Verträge weiterzuführen und zu entwickeln.

Finanzplatz

Im Berichtsjahr konnten die Verhandlungen zum Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland abgeschlossen werden. Das Abkommen wurde von Bundesfinanzminister Schäuble und Regierungschef Tschütscher am 16. August 2011 in Berlin unterzeichnet. Zudem wurden Verhandlungen zum Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens mit Österreich geführt, an denen das Ressort über das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten war. Im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich der Doppelbesteuerung und des Informationsaustausches in Steuersachen wurden die Ratifikationsdokumente für alle neuen Steuerabkommen über das Ressort bereitgestellt. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten war im Berichtsjahr neu in der Arbeitsgruppe Doppelbesteuerung vertreten.

Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege

Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege gehörten zu den Tätigkeitsschwerpunkten des Ressorts. Die in-

ternationale Entwicklung in diesen Bereichen wurde im Rahmen der relevanten Gremien der UNO und des Europarates durch die Teilnahme und Vertretung der liechtensteinischen Interessen an Konferenzen und in Expertengremien zur Bekämpfung der Korruption, der grenzüberschreitenden Kriminalität, der Internetkriminalität, der Terrorismusfinanzierung und der Geldwäscherei weiterverfolgt. Im Berichtsjahr nahm Liechtenstein – vertreten durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten – erstmals als Vertragsstaat an der Konferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC) teil, deren vierte Session in Marrakesch tagte. Der Ratifikationsprozess des Übereinkommens zur Gründung der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) als Internationale Organisation konnte im Berichtsjahr abgeschlossen und die Urkunde hinterlegt werden. Im Berichtsjahr fand der Besuch eines Evaluationsteams der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) in Liechtenstein statt. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten organisierte diesen Besuch federführend. Das GRECO-Team traf sich insbesondere mit Vertretern von Behörden und Verbänden, um sich ein Bild über die Situation betreffend Korruption in Liechtenstein zu machen. Der entsprechende Bericht des Evaluationsteams wurde im Oktober von der Plenarversammlung der GRECO verabschiedet.

Menschenrechte

Auch im aktuellen Berichtsjahr war das Ressort über das Amt für Auswärtige Angelegenheiten wieder federführend involviert im Rahmen der diversen Berichterstattungen unter den UNO-Menschenrechtsübereinkommen. Konkret befasste sich das Ressort mit der UNO-Frauenkonvention (Präsentation des Länderberichts im Januar), der UNO-Anti-Rassismuskonvention (Erstellung und Einreichung des Länderberichts im September) und der UNO-Anti-Folterkonvention (Erstellung und Einreichung eines Zwischenberichts zur Umsetzung der Empfehlungen) sowie mit weiteren Berichten im Rahmen der UNO und des Europarats.

Auf internationaler Ebene erfolgte die Teilnahme an einer Reihe von Konferenzen und Treffen zu Menschenrechtsfragen. Auf nationaler Ebene wirkte das Ressort über das Amt für Auswärtige Angelegenheiten in diversen Arbeitsgruppen zu Themen mit menschenrechtlichem Bezug mit. Die im Menschenrechtsbereich tätigen liechtensteinischen NGOs wurden im Berichtsjahr bereits zum dritten Mal zum jährlichen Treffen eingeladen. Dieses soll Gelegenheit bieten, um einen Dialog mit der Zivilgesellschaft über die Umsetzung der Empfehlungen internationaler Menschenrechtsgremien sowie zu allgemeinen Menschenrechtsthemen zu führen. Des Weiteren präsentierte das Ressort im Januar den ersten Bericht betreffend «Zahlen und Fakten zur Menschenrechtssituation in Liechtenstein», welcher im Dezember zum zweiten Mal veröffentlicht wurde und von nun an jährlich aktualisiert und publiziert wird.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Das EFTA-Netzwerk umfasst derzeit 24 Freihandelsabkommen mit insgesamt 33 Ländern. Damit handelt es sich um eines der weltweit grössten Freihandelsnetzwerke. Ziel der Freihandelsabkommen bleibt es, den Wirtschaftsakteuren der EFTA-Staaten die bestmöglichen Rahmenbedingungen und Marktzugangschancen bieten zu können sowie die Diskriminierung im Marktzutritt gegenüber ihren wichtigsten Konkurrenten, z.B. aus den EU-Staaten oder den USA, zu vermeiden.

Der Fokus im ersten Halbjahr lag vor allem bei der Wahrnehmung des EFTA-Vorsitzes in Genf und der damit verbundenen Organisation, Koordination und Durchführung des EFTA-Ministertreffens vom 21. Juni in Schaan unter dem Vorsitz der Ressortinhaberin. Im Berichtsjahr konnten im Bereich der Drittlandsbeziehungen wiederum einige Erfolge erzielt werden. Am 1. Juli traten die beiden Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru in Kraft. Anlässlich der beiden EFTA-Ministertreffen vom 21. Juni in Schaan respektive vom 14. November in Genf konnten die EFTA-MinisterInnen je ein Freihandelsabkommen mit Hongkong und Montenegro unterzeichnen. Mit Montenegro konnte erstmals auch eine eigentliche Verhandlungsrunde in Liechtenstein organisiert und durchgeführt werden. Die Verhandlungen mit Indien wurden weiter intensiviert und mit Priorität vorangetrieben. Mit Vietnam wurde die gemeinsame Machbarkeitsstudie über den Abschluss eines Freihandelsabkommens abgeschlossen.

Neben dem Abschluss neuer Abkommen werden auch die bestehenden Freihandelsabkommen gepflegt und zum Teil weiterentwickelt.

Welthandelsorganisation (WTO)

Die Verhandlungen im Rahmen der Doha-Welthandelsrunde, welche trotz Bemühungen auf allen Ebenen nicht abgeschlossen werden konnten, standen nach wie vor im Mittelpunkt. Dies mussten auch die zuständigen MinisterInnen anlässlich des ordentlichen WTO-Ministertreffens vom 15. - 17. Dezember in Genf zur Kenntnis nehmen. Die WTO konnte am Rande des Ministertreffens dennoch einen Erfolg feiern: In den seit 10 Jahren laufenden Verhandlungen über ein revidiertes WTO-Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (Government Procurement Agreement) konnte am 15. Dezember der Durchbruch erzielt werden. Liechtenstein beteiligte sich aktiv an diesen Verhandlungen und musste mit diversen Staaten bilaterale Verhandlungen über spezifische Verpflichtungen führen.

Europarat

Am 26. und 27. April nahm Regierungsrätin Aurelia Frick in ihrer Funktion als Aussen- und Justizministerin an einer High-Level-Konferenz über die Zukunft des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Izmir (Türkei) teil. Bei dieser Konferenz handelte es sich um die erste hochrangige Folgeveranstaltung zur Kon-

ferenz in Interlaken, mit welcher im Februar 2010 eine neue Phase im Prozess der Reform des EGMR eingeleitet worden war. Die Konferenz in Izmir bewertete insbesondere die bisherigen Auswirkungen von Protokoll Nr. 14 zur EMRK, zog eine Zwischenbilanz des Reformprozesses und setzte weitere Impulse für die Fortsetzung der Reform des EGMR. Regierungsrätin Aurelia Frick unterstrich in Izmir den bereits in Interlaken eingebrachten Vorschlag Liechtensteins, ein Audit des EGMR durchzuführen. Dieser Vorschlag wurde vom EGMR angenommen und soll im Frühjahr 2012 umgesetzt werden.

Unter dem Vorsitz der Türkei fand am 11. Mai in Istanbul die 121. Ministersession des Europarates statt. Auch an dieser Konferenz wurde die liechtensteinische Delegation von Regierungsrätin Aurelia Frick angeführt. Hauptthemen waren insbesondere die Reform des Europarats, seine Schwerpunkte 2012-2013, die Situation der Roma, die Zusammenarbeit mit der EU, die Entlastung des EGMR, die Bemühungen um ein harmonisches Zusammenleben in Europa sowie die Nachbarschaftspolitik des Europarats. Mit einer Erklärung des Vorsitzes wurde das politische Bekenntnis zur Rolle des Europarats in der heutigen Zeit bekräftigt.

Mit den Folgearbeiten zur Reform des EGMR war auch im Berichtsjahr vor allem das Direktionskomitee für Menschenrechte (CDDH) sowie die zu diesem Thema geschaffene Arbeitsgruppe des Ministerkomitees befasst. Liechtenstein engagierte sich weiterhin in beiden Gremien für das Vorantreiben der Reformbemühungen.

Die Unterstützung von Projekten zu den Themen Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ist weiterhin ein Schwerpunkt der liechtensteinischen Entwicklungszusammenarbeit. Liechtenstein unterstützte deshalb im Berichtsjahr folgende Projekte des Europarats mit insgesamt CHF 160'000: vertrauensbildende Massnahmen in der Republik Moldau und in Transnistrien (CHF 120'000), das Nord-Süd-Zentrum in Lissabon (CHF 20'000), ein IT-Tool der Generaldirektion für Menschenrechte des Europarats zur beschleunigten Umsetzung der Urteile des EGMR (CHF 29'000) sowie die deutsche Übersetzung des Handbuchs des EGMR zum Thema Zulässigkeitsbedingungen (CHF 11'000).

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien

Wie in den Jahren zuvor nahm die Ständige Vertretung bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien aktiv an den Beratungen der zahlreichen Gremien der OSZE teil. Die Arbeit Liechtensteins war schwerpunktmässig auf institutionelle Fragen, Fragen der europäischen Sicherheit sowie den Schutz der Menschenrechte ausgerichtet. Das Engagement der Ständigen Vertretung in der OSZE gab Gelegenheit, die Beziehungen zu den anderen Teilnehmerstaaten weiterzuentwickeln. Besonders eng war die Zusammenarbeit in der so genannten Gruppe der «Like-Minded-Countries» (Schweiz, Island, Norwegen, Kanada und Liechtenstein) und im Rahmen des regelmässigen Gedankenaustausches mit Vertretern der EU, der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie dem OSZE-Vorsitz, Litauen. Zudem unterstützte die Ständige Vertretung regelmässig Wortmeldungen der Europäischen Union.

Der OSZE-Ministerrat fand am 6. und 7. Dezember in Vilnius, der Hauptstadt von Litauen statt und stand inhaltlich ganz im Zeichen der Berichterstattung über die Umsetzung der einzelnen Punkte des verabschiedeten Pflichtenkatalogs des OSZE-Gipfeltreffens von Dezember 2010 in Astana. Die liechtensteinische Delegation am OSZE-Ministerrat wurde von Regierungsrätin Aurelia Frick geleitet.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in New York

Die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen (UNO) in New York engagierte sich aktiv in den prioritären Bereichen, mit besonderem Augenmerk auf finanzplatzrelevante Entwicklungen und die Bereiche Menschenrechte, Völkerrecht (Internationaler Strafgerichtshof, ICC) und UNO-Reform. Höhepunkte der Arbeit im Jahr 2011 waren die erfolgreiche Übergabe der Präsidentschaft der ICC-Vertragsstaatenversammlung und eine in diesem Zusammenhang organisierte und hochrangig besuchte Klausurtagung in Liechtenstein zur Zukunft des ICC sowie der Abschluss der Überprüfung des Menschenrechtsrates unter liechtensteinischer Verhandlungsführung. Regierungsrätin Aurelia Frick vertrat Liechtenstein an der Generaldebatte der 66. Session der UNO-Generalversammlung.

Die Arbeiten zum ICC standen im Zeichen des bevorstehenden Leitungswechsels. Tiina Intelmann (Estland) wurde als Nachfolgerin für Botschafter Wenaweser als Präsident der ICC-Vertragsstaaten und Fatou Bensouda (Gambia) als Nachfolgerin von Chefankläger Moreno Ocampo bestimmt. Unter liechtensteinischem Vorsitz wurden Massnahmen und Abläufe zum Umgang mit nichtkooperierenden Staaten verhandelt, welche von der Vertragsstaatenversammlung verabschiedet wurden. Mehrere Initiativen wurden zur Förderung der Ratifikation der Statutsänderung zum Verbrechen der Aggression lanciert. Aus Anlass der Übergabe der ICC-Präsidentschaft organisierte die Ständige Vertretung im Oktober eine hochrangige Klausurtagung zur Zukunft des ICC in Liechtenstein. Auf Einladung von Regierungsrätin Aurelia Frick nahmen sämtliche ICC-Organchefs sowie die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte Navi Pillay teil. Während den vier Sitzungen wurden 52 Aktionspunkte erarbeitet, die konkrete Vorschläge an das Gericht, die Vertragsstaatenversammlung und andere Akteure enthalten.

Die von Liechtenstein und Marokko geleiteten Verhandlungen zur Überprüfung des Menschenrechtsrates stellten den Höhepunkt der UNO-internen Reformbemühungen im Jahr 2011 dar. Der angestrebte Konsens

wurde leider in letzter Minute verhindert, doch wurde der Text mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Regierungsrätin Aurelia Frick bezog sich in ihrer Rede während der Generaldebatte der 66. UNO-Generalversammlung auf die Ereignisse des Arabischen Frühlings. Sie stellte, wenn auch unzureichende, Fortschritte beim Schutz von Zivilisten und der Durchsetzung der internationalen Strafgerichtsbarkeit fest. Nebst zahlreichen bilateralen Treffen nahm die Regierungsrätin am hochrangigen Treffen zu nuklearer Sicherheit teil und veranstaltete ein Minister-Mittagessen für den ICC.

Liechtenstein beteiligte sich weiter aktiv in einer Kerngruppe der «Friends of Children in Armed Conflict» und gehörte weiterhin zu den Hauptakteuren der Freundesgruppe «Women, Peace and Security».

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Genf

Die Mission bei den Vereinten Nationen (UNO) in Genf konzentrierte ihre Aktivitäten hauptsächlich auf den UNO-Menschenrechtsrat. Daneben nahm sie an diversen Anlässen zu aktuellen Menschenrechtsthemen teil und war aktiv in die Präsentation des liechtensteinischen Länderberichts über die Umsetzung der UNO-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau involviert. Der Menschenrechtsrat trat im Berichtsjahr zu drei ordentlichen Sessionen, vier Sondersessionen und zu drei Sessionen im Rahmen der «Universal Periodic Review» zusammen. Liechtenstein setzte sich vor allem für die Weiterentwicklung der thematischen Überprüfungsmechanismen des Rates ein.

Die Mission vertrat Liechtenstein im Berichtsjahr auch an verschiedenen Konferenzen im Abrüstungsbereich, so insbesondere an der vierten Überprüfungskonferenz zum Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermässige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (CCW).

Neben der 31. Internationalen Rotkreuzkonferenz fand auch eine hochrangige Konferenz des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der Genfer Flüchtlingskonvention sowie des 50-jährigen Bestehens der beiden UNO-Konventionen über Staatenlosigkeit in der Berichtsperiode statt.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Wien

Die Zusammenarbeit Liechtensteins mit den UNO-Organisationen in Wien, dem Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO) ist in der Berichtsperiode im gewohnten Rahmen abgelaufen. Zu den regelmässigen Pflichtterminen gehörten die jährlichen Sitzungen der Suchtstoffkommission und der Verbrechensverhütungskommission der UNO sowie die Generalkonferenz der IAEA. Zudem nahm die Ständige Vertretung jeweils an den Informationssitzungen bezüglich UNO-Angelegenheiten der EU-Präsidentschaft für EWR- und andere Assoziierungs- und Partnerstaaten teil.

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche in Liechtenstein

Der polnische Aussenminister Radoslaw Sikorski weilte am 26. Januar zu einem Arbeitsbesuch bei Regierungsrätin Aurelia Frick. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die bilateralen Beziehungen zwischen Polen und Liechtenstein, sowie Fragen der europäischen Integration. Regierungsrätin Aurelia Frick informierte über die positiven Erfahrungen Liechtensteins mit dem EWR. Aussenminister Sikorski berichtete seinerseits über die Prioritäten Polens für seine EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres. Anschliessend an die Gespräche mit Regierungsrätin Aurelia Frick wurde Aussenminister Sikorski von S.D. Erbprinz Alois zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen.

Am 27. Januar fand der Holocaust-Gedenktag in Liechtenstein statt, der in Vaduz durchgeführt wurde. Regierungsrätin Aurelia Frick hielt die Ansprache anlässlich der offiziellen Gedenkstunde der Regierung zum Holocaust-Gedenktag.

Am 31. Januar war der Aussenminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Sheikh Abdullah bin Zayed Al Nayhan, zu einem Arbeitsbesuch bei Regierungsrätin Aurelia Frick in Liechtenstein. Anschliessend wurde er von Regierungschef Klaus Tschütscher zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. Es war der erste offizielle Besuch seitens der Arabischen Emirate seit der Aufnahme der direkten diplomatischen Beziehungen im Jahr 2009. Im Zentrum der Gespräche standen Fragen der bilateralen Zusammenarbeit.

Am 3. Februar weilte der australische Aussenminister Kevin Rudd zu einem Arbeitsbesuch bei Regierungsrätin Aurelia Frick in Liechtenstein. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Flut im australischen Queensland, der Stand der Verhandlungen für ein TIEA, die Zusammenarbeit im Rahmen der UNO sowie die europäische Integration und die Beziehungen Australiens zur EU. Aussenminister Rudd besichtigte anschliessend die Firma Hilti in Schaan.

Am 16. Februar fand ein Besuch des Direktors für zentraleuropäische Angelegenheiten des US State Departments, Herr Alexander Karagiannis, in Vaduz statt. Nach einer Führung durch das Landesmuseum, wurde Herr Karagiannis im Amt für Auswärtige Angelegenheiten zu einem Gespräch empfangen, wo ihm die Prioritäten Liechtensteins in der Aussenpolitik erläutert wurden. Am Nachmittag besichtigte Herr Karagiannis die Firma Presta AG in Eschen. Am Abend wurde er von Regierungsrätin Aurelia Frick zu einem Gespräch empfangen.

Der Präsident der UNO-Generalversammlung, Joseph Deiss, weilte am 3. und 4. März zu einem zweitägigen Besuch in Liechtenstein. Er führte Gespräche mit S.D. Erbprinz Alois, mit Mitgliedern des Landtags und der Regierung sowie mit Vertretern der liechtensteinischen

Wirtschaft. Ausserdem hielt Präsident Deiss am 4. März im Rathaussaal in Vaduz einen Vortrag zum Thema: «Die UNO und die Globale Gouvernanz», welcher auf reges Interesse bei den zahlreichen Gästen stiess. Regierungsrätin Aurelia Frick besprach mit Präsident Deiss an einem Arbeitsgespräch für Liechtenstein besonders relevante UNO-Themen.

Anlässlich seines Besuches am 31. März in Liechtenstein stattete Bundesrat Johann Schneider-Amann Regierungsrätin Aurelia Frick einen Höflichkeitsbesuch ab. Dieser diente vor allem der Vorbesprechung der EFTA-Ministerkonferenz vom 21. Juni.

Auf Einladung von Regierungsrätin Aurelia Frick weilte die Vize-Aussenministerin der Volksrepublik China, Frau Fu Ying, am 9. Juni zu einem Arbeitsbesuch in Liechtenstein. Im Zentrum des Gesprächs stand die Vertiefung der bilateralen Beziehungen zwischen China und Liechtenstein, insbesondere im wirtschaftlichen und universitären Bereich. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Zusammenarbeit im Rahmen von globalen Organisationen. So kam es zu einem Austausch über die Reform des UNO-Sicherheitsrats und das Thema der Globalen Gouvernanz. Am Mittagessen, an welchem führende Wirtschaftsvertreter aus Liechtenstein teilnahmen, konnte der Dialog über die wirtschaftliche Zusammenarbeit vertieft werden, zudem traf sich Vize-Aussenministerin Fu mit Medienvertretern und besuchte das Postmuseum.

Die Regierung lud am 15. Juni die in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter zum 11. Informationstag der Regierung ein. Über 100 diplomatische Vertreterinnen und Vertreter aus 70 Ländern nahmen an der Veranstaltung in Vaduz teil.

Unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Aurelia Frick fand am 21. Juni das Ministertreffen der EFTA-Staaten in Schaan statt. Die EFTA-Minister nahmen eine Gesamtschau der EFTA-Politik vor und erörterten insbesondere den aktuellen Stand und die Perspektiven der Freihandelspolitik der EFTA-Staaten. Ausserdem konnte an diesem Ministertreffen das Freihandelsabkommen mit Hong Kong unterzeichnet werden. Auf dem Programm der EFTA-Minister standen auch Treffen mit dem EFTA-Parlamentarierausschuss und dem EFTA Konsultativkomitee.

Die Stagiaires des schweizerischen diplomatischen Dienstes besuchten am 29. und 30. Juni Liechtenstein. Nach dem Empfang durch S.D. Erbprinz Alois bot sich die Möglichkeit eines Gedankenaustausches mit Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Hubert Büchel, Liechtensteinischer Botschafter in Bern, und Botschafter Martin Frick, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten. Zudem referierte Christian Hausmann, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, über die Wirtschaft Liechtensteins. Das Programm der Stagiaires wurde durch eine Besichtigung der ThyssenKrupp Presta AG in Eschen abgerundet.

Acht leitende Mitarbeiter des amerikanischen Kongresses besuchten vom 15. bis 17. August Liechtenstein. Sie informierten sich an zahlreichen Veranstaltungen über den Wirtschafts- und Finanzstandort Liechtenstein. Während des Informationsbesuches trafen die Kongressmitarbeiter neben S.D. Erbprinz Alois auch Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer und Regierungsrätin Aurelia Frick sowie verschiedene Vertreter des Finanz- und Wirtschaftsstandortes Liechtenstein. Abgerundet wurde das Programm mit zwei ausführlichen Arbeitssitzungen, Besichtigungen des Landtages und des Landesarchivs. Im Rahmen einer Landesrundfahrt wurden den amerikanischen Gästen auch die kulturellen und touristischen Highlights näher gebracht.

Am 1. und 2. September weilte das Oberhaupt des Souveränen Malteser Ritter-Ordens, seine Eminenz und Hoheit des Fürsten und Grossmeisters Fra' Matthew Festing, mit einer hochrangigen Delegation zu einem offiziellen Besuch in Vaduz. Der Fürst und Grossmeister wurde von S.D. Erbprinz Alois auf Schloss Vaduz zu Gesprächen und einer Ordensverleihung empfangen. Am anschliessenden Abendessen nahmen auch Regierungsrätin Aurelia Frick, Landtagspräsident Arthur Brunhart und Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend teil. Ausserdem fand am 2. September ein Arbeitsgespräch zwischen Regierungsrätin Aurelia Frick und dem Grosskanzler des Malteser Ritter-Ordens, Jean-Pierre Mazery, mit anschliessendem Mittagessen statt.

Am 19. September besuchte der liechtensteinische Honorarkonsul in Chicago, Herr Paul Donahue, zum ersten Mal Liechtenstein. Er absolvierte in Begleitung von Botschafterin Claudia Fritsche ein Besuchsprogramm, welches neben einem Höflichkeitsbesuch bei Regierungsrätin Aurelia Frick, einen Besuch bei der Stabstelle für Internationale Finanzplatzagenden, die Besichtigung eines Industriebetriebs und einen geführten Besuch im Landesmuseum umfasste.

Die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, weilte am 17. Oktober anlässlich der ICC-Klausurtagung in Vaduz. Sie traf sich mit Regierungsrätin Aurelia Frick zu einem Arbeitsgespräch. Thema war das liechtensteinische Engagement für die Menschrechte sowie die derzeitige Menschenrechtslage in Syrien. Dies ist nach dem Besuch von Louise Arbour im Jahr 2006 der zweite Besuch einer UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte in Vaduz.

Am 17. Oktober stattete Frau Chinami Nishimura, Mitglied des Repräsentantenhauses und ehemalige Vize-Ministerin für Auswärtige Angelegenheiten Japans, Liechtenstein einen Besuch ab. Nach einer Führung durch das Landtagsgebäude wurde sie von Regierungsrätin Aurelia Frick zu einem Gespräch empfangen.

Am 11. November traf sich Regierungsrätin Aurelia Frick mit Vertretern der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA). Liechtenstein ist der IACA im September 2011 beigetreten, da die Bekämpfung von Korruption eine Priorität der liechtensteinischen Aussenpolitik ist. In einem Arbeitsgespräch wurde Regie-

rungsrätin Frick von Martin Kreutner, dem IACA-Vorsitzenden, sowie von der ehemaligen österreichischen Justizministerin Claudia Bandion-Ortner, die heute als Beraterin der IACA tätig ist, über die Aktivitäten, Ausbildungsprogramme und den akademischen Betrieb der vor einem Jahr gegründeten Antikorruptionsbehörde informiert.

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland

Am 26. Januar nahmen Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer und Regierungsrätin Aurelia Frick am World Economic Forum in Davos teil. Regierungsrätin Aurelia Frick nutze diese Gelegenheit vor allem um Amtskolleginnen und Amts-kollegen aus verschiedenen Ländern zu treffen. Zudem hielt sie einen Vortrag vor Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Auf Einladung von Aussenminister George Yeo weilte Regierungsrätin Aurelia Frick am 20. und 21. April zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch in Singapur. Zu Beginn ihres offiziellen Besuchs traf sich Regierungsrätin Aurelia Frick zu einem Arbeitsgespräch mit dem Aussenminister. Hauptthema waren vor allem die Globale Gouvernanz und die Zusammenarbeit im Rahmen der 3G, der sogenannten Global Governance Group. Zu diesem Thema führte Regierungsrätin Frick auch ein Gespräch mit Professor Kishore Mahbubani, einer der führenden Intellektuellen Asiens. Am zweiten Tag des Singapur-Besuchs fanden unter anderem Treffen mit dem Kulturminister, Lui Tuck Yew, sowie dem Stellvertreter des Justizministers, Minister Ho Peng Kee, statt.

Am 11. Mai fand in Istanbul unter türkischem Vorsitz die 121. Ministersession des Europarats statt. Die liechtensteinische Delegation wurde von Aussenministerin Aurelia Frick angeführt. Die diesjährige Ministersession befasste sich mit einer breiten Palette von für Europa und den Europarat wichtigen und aktuellen Themen. In Ihrer Rede sprach sich Regie-rungsrätin Aurelia Frick für ein Vorantreiben der Reform des Europarats aus. Regierungsrätin Aurelia Frick nutzte ihre Teilnahme an der Ministersession auch zur Pflege bilateraler Kontakte. Sie traf sich mit dem Vize-Premier- und Aussenminister der Republik Moldau, dem Aussenminister Sloweniens, dem Generalsekretär, und dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

Im Anschluss an die Ministersession des Europarats vertrat Regierungsrätin Aurelia Frick Liechtenstein am 12. Mai an der vierten UNO-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDC) in Istanbul.

Regierungsrätin Aurelia Frick weilte am 26. Mai für einen eintägigen Arbeitsbesuchs in Norwegen. Sie führte Gespräche mit dem Familienminister Audun Lysbakken und dessen Staatssekretärin und traf sich des Weiteren mit dem norwegischen Handelsminister Trond Giske. Ein Treffen mit der Staatssekretärin des Justizministers sowie ein Besuch im Amtsgericht Oslo rundeten den Besuch ab.

Am 29. August fand in Kehrsatz bei Bern ein Treffen der Aussenministerinnen und Aussenminister der Schweiz, der Republik Österreich und Liechtensteins statt. Regierungsrätin Aurelia Frick traf sich dabei mit Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey und Vizekanzler Michael Spindelegger zu einem Arbeitsgespräch. Angesichts der engen Zusammenarbeit mit seinen Nachbarstaaten auf bilateraler aber auch auf multilateraler Ebene bot das Treffen für Liechtenstein eine sehr gute Gelegenheit, sich zu Themen von gemeinsamen Interesse auszutauschen.

Auf Einladung des slowenischen Aussenministers Samuel Zbogar nahm Regierungsrätin Aurelia Frick am 9. und 10. September am Bled Strategic Forum teil. In der Paneldiskussion zum Thema «Der Einfluss von Kleinstaaten in globalen Fragen» betonte sie, dass auch Kleinstaaten wertvolle Beiträge auf internationaler Ebene leisten können, wobei sie unter anderem auf das liechtensteinische Engagement im Zusammenhang mit dem Internationalen Strafgerichtshof und im Bereich der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) hinwies. Zudem nutzte sie die Gelegenheit, um bilaterale Gespräche mit dem slowenischen und dem montenegrinischen Aussenminister zu führen.

Aussenministerin Aurelia Frick traf am 13. September den Aussenminister der Bundesrepublik Deutschland, Guido Westerwelle, zu einem Gespräch in Berlin. Diskutiert wurden neben den bilateralen Beziehungen beider Länder auch die Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen Organisationen sowie die Entwicklung Afghanistans. Deutschland war am 5. Dezember Gastgeber einer Internationalen Afghanistan Konferenz in Bonn, zu der 120 Delegationen, darunter auch Liechtenstein, eingeladen wurden.

Vom 21. bis 27. September hielt sich Regierungsrätin Aurelia Frick in New York auf, um an der 66. Generaldebatte der UNO-Generalversammlung teilzunehmen. Zum Auftakt nahm sie am Staatsbankett von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon sowie am traditionellen Empfang des US-Präsidenten teil. Sowohl das Gipfeltreffen zu sexueller Gewalt in Konflikten, als auch die Unterredung mit der Sondergesandten für Kinder in bewaffneten Konflikten standen im Zeichen des Schutzes und der Rechte von Frauen und Kindern. Regierungsrätin Aurelia Frick traf sich auch mit dem Präsidenten der neuen Session der Generalversammlung, Nassir Al-Nasser (Katar), und besprach bilaterale Agenden mit den Aussenministern von Australiens, Jordanien und Andorra. Am 26. September hielt Regierungsrätin Aurelia Frick ihre Rede vor der UNO-Generalversammlung. Als Ausgangspunkt wählte sie die Ereignisse des «Arabischen Frühlings», dem bestimmenden Thema der Generaldebatte.

Auf Einladung des polnischen Aussenministers Radoslaw Sikorski weilte Regierungsrätin Aurelia Frick am 4. November zu einem Arbeitsbesuch in Polen. Anlass der Einladung war der Vorsitz Polens in der Europäischen Union in der zweiten Jahreshälfte 2011 und die gleich-

zeitige Präsidentschaft Liechtensteins im EWR. Europapolitische Themen standen daher bei diesem Treffen der beiden Aussenminister im Zentrum, neben weiteren aussenpolitischen Fragen. Im Rahmen des eintägigen Besuchs traf sich die Regierungsrätin auch mit Polens Justizminister Krysztof Kwiatkowski und Vize-Kulturministerin Monika Smolén.

Regierungsrätin Aurelia Frick vertrat Liechtenstein am Herbstministertreffen des EFTA-Ministerrats am 14. November in Genf. Die Ministerinnen und Minister der EFTA-Staaten diskutierten unter anderem den Stand sowie die weiteren Prioritäten bezüglich Freihandelsbeziehungen mit Drittstaaten. Das Freihandelsabkommen mit Montenegro konnte an diesem Ministertreffen unterzeichnet werden. Zugleich wurde die Aufnahme von Freihandelsverhandlungen mit drei zentralamerikanischen Staaten angekündigt. Die Verhandlungen mit Indien sollten Anfang 2012 abgeschlossen werden.

Am 15. November fand in Brüssel die halbjährliche Sitzung der Minister der EWR/EFTA-Staaten mit ihren Partnern auf Seiten der EU statt. Als aktuelle Vorsitzende des EWR-Rats leitete Regierungsrätin Aurelia Frick das Treffen. Zentrales Thema des formellen EWR-Ratstreffens war die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise und die von der EU ergriffenen Massnahmen zur Eindämmung der Schuldenkrise. Daneben wurden auch die Fortschritte der für den EWR relevanten EU-Strategie Europa 2020 und der sogenannten Binnenmarktakte besprochen. Im Vorfeld des EWR-Rats besprachen die Minister in einem informellen politischen Dialog die Situation in Nordafrika, im Nahen Osten und in Afghanistan.

Vom 1. bis 3. Dezember besuchte Regierungsrätin Aurelia Frick die Republik Moldau. Seit 2007 ist die Republik Moldau ein Schwerpunktland des LED, welcher dort hauptsächlich im Berufsbildungsbereich tätig ist. Die Regierungsrätin besichtigte in Begleitung des Leiters des lokalen LED-Büros, Pius Frick, einige von Liechtenstein unterstützte Projekte. Sie nutzte den Besuch aber auch dazu, sich mit dem moldauischen Aussenminister Iurie Leancă und dem Bildungsminister Mihail Şleahtiţchi auszutauschen. Beim Treffen mit dem Aussenminister wurden nebst dem Engagement Liechtensteins in der Republik Moldau auch weitere aussenpolitische Themen von beiderseitigem Interesse, namentlich die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen oder das Verhältnis zur EU, angesprochen.

Auf Einladung des deutschen Aussenministers Guido Westerwelle und des afghanischen Aussenminister Zalmai Rassoul nahm Regierungsrätin Aurelia Frick am 5. Dezember an der Internationalen Afghanistan-Konferenz in Bonn teil. Gastgeber der Konferenz war Deutschland, den Vorsitz über die Gespräche führte aber die afghanische Regierung. Ziel war es, gemeinsam mit Afghanistan das weitere Vorgehen nach dem Truppenabzug zu diskutieren. Im Zentrum der Diskussionen standen die Fragen, wie das langfristige gemeinsame Engagement konkretisiert und der weitere politische Prozess im Land unterstützt werden kann.

Regierungsrätin Aurelia Frick leitete die Delegation Liechtensteins am 18. Ministertreffen der 56 Teilnehmerstaaten der OSZE. Das Treffen fand auf Einladung des litauischen Aussenministers, Audronius Azubalis, am 6. und 7. Dezember in Vilnius statt. Am Rande des OSZE-Ministertreffens führte Regierungsrätin Aurelia Frick diverse Gespräche mit Ministerkollegen.

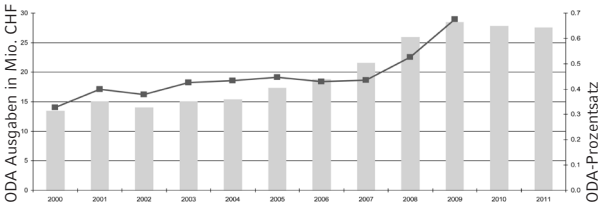
Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Die Regierung hat im Berichtsjahr insgesamt 26.3 Mio. Franken für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) aufgewendet. Der Gesamtbetrag für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) gemäss OECD-Kriterien, in dessen Berechnung auch der Katastrophenfonds der Gemeinden sowie die Betreuung von Asylsuchenden im Inland einfliessen, beläuft sich auf 27.6 Mio. Franken.

Entwicklung des liechtensteinischen ODA-Prozentsatzes

Jahr	BNE (in Mio. CHF) Ausgaben	ODA-anrechenbare	ODA-Prozentsatz
2000	4'112	13'451'090	0.33%
2001	3'782	15'114'860	0.40%
2002	3'698	14'010'065	0.38%
2003	3'538	15'055'869	0.43%
2004	3'553	15'395'590	0.43%
2005	3'892	17'381'933	0.45%
2006	4'399	18'843'051	0.43%
2007	4'947	21'563'049	0.44%
2008	4'793	25'984'138	0.54%
2009	4'214	28'434'531	0.67%
2010	Nicht bekannt	27'335'148	Nicht bekannt
2011	**Nicht bekannt**	**27'556'567**	**Nicht bekannt**

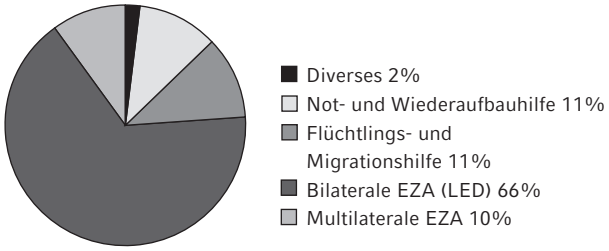
Der letzte definitive ODA-Prozentsatz, welcher die offizielle Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) aufzeigt, liegt für das Jahr 2009 vor. Bei einem BNE von 4'214 Mio. Franken ergibt sich dabei für Liechtenstein ein ODA-Prozentsatz von 0.67. Dies ist der höchste Prozentsatz, den Liechtenstein je erreicht hat. Der internationale Zielwert liegt bei 0.7 Prozent.



IHZE-Beiträge nach Kategorien

Die IHZE-Mittel werden bei der Budgetierung nach einem intern festgelegten Schlüssel auf die einzelnen Kategorien aufgeteilt. Dabei gehen 65 Prozent des Budgets an den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in ausgesuchten Schwerpunktländern. Der LED berichtet separat über die Verwendung dieser Gelder. Je 10 Prozent der Mittel gehen in die Not- und Wiederaufbauhilfe, die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe sowie in die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Für die Öffentlichkeitsarbeit und die von Liechtenstein finanzierte Expertenstelle beim Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräften (DCAF) sollen nicht mehr als 5 Prozent der Mittel aufgewendet werden.

Diagramm: IHZE-Beiträge 2011 nach Kategorien



IHZE-Beiträge nach Regionen

Bei der geografischen Verteilung der Mittel gab es eine leichte Verschiebung zugunsten von Afrika. Während 2010 rund 33 Prozent der Mittel nach Afrika flossen, waren dies 2011 41 Prozent (1 Prozent Nördliches Afrika, 2 Prozent Östliches Afrika, 17 Südliches Afrika und 21 Prozent Westliches Afrika). Das grösste Engagement erfolgte dort in den Schwerpunktländern des LED, konkret in Mosambik, Sambia, Simbabwe, Burkina Faso, Mali, Niger und Senegal.

13 Prozent (2010: 15 Prozent) der Mittel wurden in Europa ausgegeben, insbesondere durch Projekte in der Balkan-Region und im ärmsten Land Europas, in der Republik Moldau. In den Ländern des Balkans, hauptsächlich im Kosovo, in Bosnien und Herzegowina sowie in Mazedonien engagiert sich das Ausländer- und Passamt (APA) im Rahmen der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe. In der Balkan-Region liegt der Schwerpunkt auf der Friedensförderung, dem Schutz von ethnischen Minderheiten und dem Aufbau von Strukturen zur Existenzsicherung.

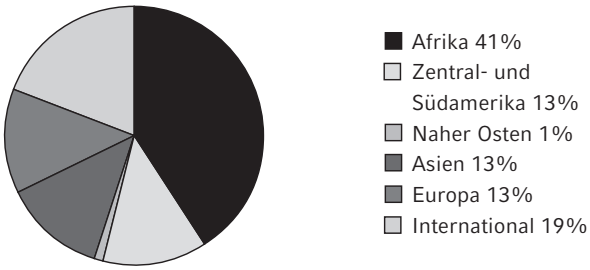
Minimal abgenommen hat der Anteil der Beiträge, die für Entwicklungsprojekte des LED in Zentral- und Südamerika verwendet werden: 13 Prozent im Vergleich zu 17 Prozent im Jahr 2010.

Das Engagement in Asien wurde leicht ausgebaut, sodass sich der Anteil am Gesamtbudget neu auf 13 Prozent (gegenüber 11 Prozent im Vorjahr) beläuft. In Asien ist der LED in zwei Schwerpunktländern, Afghanistan und Kirgisistan, tätig. Im üblichen Rahmen weitergeführt wurde die Projektunterstützung in den Bergregionen des Kaukasus durch das Amt für Wald, Natur und Landschaft. Hier handelt es sich um Beiträge im Rahmen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit zur Förderung der ländlichen Entwicklung bei gleichzeitigem Schutz des Ökosystems und der Verbesserung der Energieeffizienz.

Knapp ein Fünftel der Mittel wird nicht projektspezifisch ausbezahlt oder länderübergreifenden Programmen zugeführt. Diese Beiträge, welche in der untenstehenden Tabelle in der Länderspalte als «International» bezeichnet werden, sind essentiell, um grenzüberschreitende Aktivitäten oder unterfinanzierte Programme zu unterstützen und die Grundkosten von Entwicklungsorganisationen zu decken.

Weitergehende Details können der folgenden detaillierten Projektliste entnommen werden.

Diagramm: IHZE-Beiträge 2011 nach Regionen



NOT- UND WIEDERAUFBAUHILFE (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Verbesserung der Ernährungssicherheit	Burkina Faso	ADA	150'000	150'000
Nothilfe in Darfur	Sudan	Caritas CH	100'000	100'000
Nothilfeprojekt für kriegstraumatisierte Kinder in Kirgisistan	Kirgisistan	Caritas CH	30'000	30'000
Spendenaufstockung Ostafrika	Äthiopien; Somalia	Caritas FL	60'000	60'000
Spendenaufstockung Flüchtlingssonntag	Niger	Caritas FL	15'000	15'000
Wiederaufbau einer Schule in Miragoane/Haiti	Haiti	DEZA	210'000	210'000
Wiederaufbauprogramm von Schulen in Myanmar	Myanmar	DEZA	240'000	240'000
Beitrag für Opfer der Überschwemmungen in Queensland	Australien	Div. Partner	30'000	0
Spende an Albert-Schweitzer-Spital	Haiti	Div. Partner	10'000	10'000
Jahresbeitrag	International	Hilfswerk Liechtenstein	20'000	20'000
Transportkosten	International	Hilfswerk Liechtenstein	102'415	102'415
Allgemeiner Beitrag an den IKRK-Sonderfonds für Behinderte	International	IKRK	50'000	50'000
Hilfsprogramme des IKRK	Elfenbeinküste	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Kolumbien	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Libyen	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Israel; Palästina	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme für Minenopfer	International	IKRK	100'000	100'000
Jährlicher Beitrag an den IKRK-Hauptsitz	International	IKRK	200'000	200'000
Spendenaufstockung Westliches Afrika	Guinea; Guinea-Bissau; Mauretanien; Mali; Senegal	Kreuz des Südens	24'000	24'000
Jahresbeitrag Katastrophenfonds	International	LRK	50'000	50'000
Spendenaufstockung Japan	Japan	LRK	15'000	0
Spendenaufstockung Ostafrika	Somalia	LRK	90'000	90'000
Spendenaufstockung Weihnachtsaufruf	Tansania	LRK	20'000	20'000
Central Emergency Response Fund (CERF)	International	OCHA	250'000	250'000
Nothilfekoordination in Libyen	Libyen	OCHA	50'000	50'000
Medizinische Grundversorgung in Simbabwe	Simbabwe	SolidarMed	50'000	50'000
Umsetzung Ottawa-Konvention (Beitrag Minenräumung/Minenopferhilfe)	International	UNMAS	50'000	50'000
Allgemeiner Beitrag an das UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge	International	UNRWA	100'000	100'000
Nahrungsmittelhilfe	Korea (demokratische Volksrepublik Korea)	WFP	180'000	180'000
Nahrungsmittelhilfe für Flüchtlinge	Äthiopien	WFP	100'000	100'000
Nothilfefonds des Welternährungsprogramms	International	WFP	100'000	100'000
Total			**2'796'415**	**2'751'415**

INTERNATIONALE FLÜCHTLINGS- UND MIGRATIONSHILFE (Ausländer- und Passamt; Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Aufbau Kompetenzzentrum Vorschulerziehung Drenas	Kosovo	Caritas CH	40'000	40'000
Beitrag zum Aufbau einer privaten Trägerschaft für die Berufsfachschule Gjakova	Kosovo	Caritas CH	100'000	100'000
Frauenhandel - Schutz für junge Frauen	Kosovo	Caritas CH	10'000	10'000
Infrastruktur- und Entwicklungsprojekt für ethnische Minderheiten in Gjakova (Kosovo), Phase 1	Kosovo	Caritas CH	250'000	250'000

Jugendhaus in Ljubija	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	20'000	20'000
Kampf gegen Menschen- und Frauenhandel, Phase VI	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	95'000	95'000
Kindergartenprojekt in Drenas, Prizren und Djakova	Kosovo	Caritas CH	120'000	120'000
Landwirtschaftsprogramm	Kosovo	Caritas CH	150'000	150'000
Minderheitenprogramm Kosovo (MAAR 4)	Kosovo	Caritas CH	300'000	300'000
Multi-ethnische Friedenförderung	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	95'000	95'000
Neubau Kindergärten Drenas / Prizren	Kosovo	Caritas CH	70'000	70'000
Projekt gegen Menschenhandel	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	65'000	65'000
Soziale und berufliche Integration von Jugendlichen	Moldau	Caritas CH	112'628	112'628
Verminderung der Abwanderung durch Beerenproduktion	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	250'000	250'000
Wiederaufbau/Sanierung von 16 Häusern für Roma in Donji Vakuf/Bosnien-Herzegowina	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	220'248	220'248
Migrations- und Entwicklungsprojekt in Armenien	Armenien	Caritas Vorarlberg	180'670	180'670
Beitrag an das Global Forum on Migration and Development	International	DEZA	30'000	30'000
Beitrag an die Platform for Partnerships	International	DEZA	20'000	20'000
Allgemeiner Beitrag an IDMC	International	IDMC	100'000	100'000
Förderung der Grundausbildung von Frauen in der Provinz Parwan	Afghanistan	RET	200'000	200'000
Schulbildungsprojekt für Roma-Kinder	Mazedonien; Serbien	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi	70'000	70'000
Hilfsprogramme des UNHCR - Nördliches Afrika	Nördliches Afrika	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramme des UNHCR - Westliches Afrika	Westliches Afrika	UNHCR	100'000	100'000
Nicht-zweckgebundener Beitrag UNHCR	International	UNHCR	100'000	100'000
Total			**2'798'546**	**2'798'546**

BILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (Liechtensteinischer Entwicklungsdienst LED)

Verwendung der Mittel, siehe separate Berichterstattung des LED

TOTAL	**17'600'000**	**17'600'000**

MULTILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Folterprävention in Lateinamerika (5-Jahresprogramm)	International	APT	200'000	200'000
Allgemeiner Beitrag an das Centre for Governance and Anti-Corruption (CGA)	International	Basel Institute on Governance	50'000	50'000
Allgemeiner Beitrag an eine NGO im Bereich Kindersoldaten	International	Child Soldiers International	10'000	0
Allgemeiner Beitrag	International	Concordis International	20'000	20'000
Beitrag ans Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	International	DCAF	20'000	20'000
Beitrag an Play31 (Kindersoldaten-NGO)	International	Div. Partner	4'500	4'500
iPhone App zum Handbuch «Frauen, Frieden und Sicherheit»	International	Div. Partner	5'000	5'000
Beitrag an das Nord-Süd-Zentrum Lissabon	International	Europarat	20'000	20'000
Programm Vertrauensbildende Massnahmen in Moldau/Transnistrien: Sportturnier für benachteiligte Jugendliche; Drogenpräventionsseminar für Betreuer von Jugendlichen; Behandlung von Drogensüchtigen in Gefängnissen	Moldau	Europarat	100'000	100'000

Beitrag an das Programm «Children and Armed non-State Actors (CANSA)»	International	Geneva Call	30'000	30'000
Schulungskurse für Menschenrechtsverteidiger aus Entwicklungsländern	International	Geneva for Human Rights	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag Globaler Fonds gegen HIV / Aids, Malaria und Tuberkulose	International	Globaler Fonds gegen HIV/Aids	100'000	100'000
Beitrag ans Centre for Humanitarian Dialogue	Naher Osten	HD Centre	50'000	0
Beitrag ans generelle Budget des International Centre for Asset Recovery	International	ICAR	350'000	350'000
Beitrag an den International Service for Human Rights (ISHR)	International	ISHR International Service for Human Rights	20'000	20'000
Beitrag an das Projekt «Atlas-of-Torture» zur Prävention von Folter	International	Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte	22'500	22'500
Beitrag ans generelle Budget	International	Millennium Institute	50'000	50'000
Aufbau eines OHCHR-Länderbüros in Tunesien	Tunesien	OHCHR	40'000	40'000
Beitrag für die OHCHR-Abteilung für Menschenrechtsübereinkommen	International	OHCHR	30'000	19'200
Nicht-zweckgebundener Beitrag an OHCHR	International	OHCHR	50'000	32'000
OHCHR-Fonds für technische Zusammenarbeit	International	OHCHR	20'000	20'000
UNO-Fonds für Folteropfer	International	OHCHR	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag an die Weltorganisation gegen Folter	International	OMCT	15'000	15'000
Beitrag für das «Human Rights and Anti-Terrorism Programme» des ODIHR	International	OSZE	70'000	70'000
Beitrag für den «Legislation Review Fund» des ODIHR	International	OSZE	50'000	50'000
Allgemeiner Beitrag an das Sekretariat der Police Cooperation Convention for South East Europe	International	PCC SEE	20'000	20'000
International Swiss U16 Cup, Gastteam Sierra Leone	Sierra Leone	SCORT Foundation	30'000	30'000
Allgemeiner Beitrag an UN Women	International	UN Women	70'000	70'000
UNO-Fonds zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	International	UN Women	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag an UNAIDS	International	UNAIDS	25'000	25'000
Beitrag an das Mikrofinanz-Programm des UNO-Kapitalentwicklungsfonds	International	UNCDF	60'000	60'000
Beitrag an Microfinance-Programm in Sierra Leone	Sierra Leone	UNCDF	60'000	60'000
Allgemeiner Beitrag an UNDP	International	UNDP	50'000	50'000
UNDP-Korruptionsbekämpfungsprogramm	International	UNDP	100'000	100'000
Allgemeiner Beitrag an UNFPA	International	UNFPA	35'000	35'000
Globales Programm zur Verbesserung der Verfügbarkeit von Produkten im Bereich reproduktive Gesundheit	International	UNFPA	15'000	15'000
Allgemeiner Beitrag an UNICEF	International	UNICEF	50'000	50'000
Polio Impfkampagne von UNICEF und WHO	Afghanistan; Indien; Pakistan; Nigeria	UNICEF	15'000	15'000
Thematischer Fonds für «HIV/Aids und Kinder»	International	UNICEF	150'000	150'000
Projekt zur Abschaffung der Todesstrafe in Thailand	Thailand	Union for Civil Liberty	5'000	5'000
Allgemeinter Beitrag	International	UNITAR	10'000	10'000
Entwicklung eines Online-Ausbildungstools zum Thema Schutz von Zivilisten	International	UNITAR	15'000	15'000
Panel-Diskussion zur Verbesserung des Schutzes von Kindersoldaten	International	UNITAR	5'000	5'000
Allgemeiner Beitrag ans UNODC	International	UNODC	50'000	50'000
Allgemeiner Beitrag Globales Programm gegen Terrorismus	International	UNODC	100'000	100'000
Beitrag an NGO-Aktivitäten zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten	International	Watchlist on Children and Armed Conflict	10'000	0

Entwicklung einer iPhone App zum Thema Kinder und bewaffnete Konflikte	International	Watchlist on Children and Armed Conflict	2'500	2'500
Projekt eines Handbuchs zu «Frauen, Frieden und Sicherheit»	International	Women's International League for Peace and Freedom	5'000	5'000
Projekt Monatliche Aktionspunkte (MAP) für den Sicherheitsrat zu Frauen, Frieden und Sicherheit	International	Women's International League for Peace and Freedom	5'000	0
Genereller Beitrag an den Doha Trust Fund	International	WTO	40'000	40'000
Globale Kampagne für den Schutz von Kindern vor Missbrauch	International	WWSF	10'000	10'000
Total			**2'309'500**	**2'205'700**

UMWELT UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG (Amt für Wald, Natur und Landschaft)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Energieeffizienter Kindergarten in Arsha	Georgien	Community & Environment, Tiflis	145'300	145'300
Renovation der Kindertagesklinik in Tellavi	Georgien	Community & Environment, Tiflis	89'554	89'554
Tourismus-Entwicklungs-Projekt im Kazbegi Distrikt	Georgien	Community & Environment, Tiflis	42'700	42'700
Weiterbildungsstudium im Bereich nachhaltige Entwicklung	Usbekistan	Div. Partner	38'155	38'155
Beitrag an den Tschernobyl-Fonds zur Konstruktion des neuen Schutzmantels	Ukraine	EBRD	20'000	20'000
Aufbau von Kapazitäten im Bereich nachhaltige Entwicklung	Armenien; Aserbaidschan; Georgien	EU	12'438	12'438
Projekt zur Verbesserung der Wasserversorgung und Bewässerung	Tadschikistan	Div. Partner	10'000	10'000
Aufbau von Kapazitäten im Bereich nachhaltige Entwicklung	Ukraine	Sekretariat Alpenkonvention	8'100	8'100
Förderung der Imkerei im Kazbegi Distrikt	Georgien	Community & Environment, Tiflis	7'663	7'663
Verbesserung des Abfallmanagements	Armenien; Aserbaidschan; Georgien	EU	7'424	7'424
Tourismus-Evaluations-Projekt im Kazbegi-Distrikt	Georgien	Div. Partner	6'142	6'142
Wiederherstellung Ökosystem Paliastomi-See in Poti	Georgien	REC Caucasus	4'063	4'063
Aufbau von Kapazitäten im Bereich nachhaltige Entwicklung	Tadschikistan	Div. Partner	315	315
Total			**391'854**	**391'854**

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND KOMMISSION FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Bilderstrecke "Begegnungen mit der Solidarität Liechtensteins"	International	Div. Partner	12'219	12'219
Internetauftritt MIL	International	Div. Partner	119	119

Jahresbericht IHZE	International	Div. Partner	21'345	21'345
Kommission für Entwicklungspolitik	Liechtenstein	Div. Partner	8'825	8'825
Mitgliederbeitrag	International	EMP European Microfinanc Platform	960	960
Total			**43'468**	**43'468**

SECONDMENTS (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Secondment beim Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF)	International	DCAF	389'111	389'111
Total			**389'111**	**389'111**

SONSTIGE BEITRÄGE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN (Amt für Auswärtige Angelegenheiten und diplomatische Vertretungen Liechtensteins)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Allgemeiner Beitrag an den EMEP Trust Fund	International	UNECE	419	419
Beitrag an den Technical Cooperation Trust Fund der Basler Konvention	International	UNEP	4'700	4'700
Jahresbeitrag an den Zusatzfonds der Wüstenbildungskonvention	International	UNCCD	5'000	5'000
Jahresbeitrag Basler Konvention	International	UNEP	551	551
Jahresbeitrag Biodiversitätskonvention	International	UNEP	2'423	2'423
Jahresbeitrag Bonner Konvention zum Schutz von Wandertieren (CMS)	International	UNEP	724	724
Jahresbeitrag Internationale Union für die Erhaltung der Natur und ihrer natürlichen Ressourcen (IUCN)	International	IUCN	14'991	0
Jahresbeitrag Internationaler Jagdbeirat	International	CIC	2'232	0
Jahresbeitrag IRENA	International	IRENA	1'358	0
Jahresbeitrag Klimakonvention	International	UNFCCC	1'404	842
Jahresbeitrag Kyoto-Protokoll	International	UNFCCC	741	445
Jahresbeitrag Multilateraler Fonds des Montrealer Protokolls (Ozonfonds)	International	UNEP	15'216	15'216
Jahresbeitrag Ramsar Konvention	International	IUCN	1'000	0
Jahresbeitrag Rotterdamer Übereinkommen	International	UNEP	205	205
Jahresbeitrag Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention	International	Sekretariat Alpenkonvention	21'694	0
Jahresbeitrag Stockholmer Übereinkommen	International	UNEP	541	541
Jahresbeitrag UNEP beziehungsweise Environment Fund	International	UNEP	8'460	8'460
Jahresbeitrag Wüstenbildungskonvention	International	UNCCD	955	955
Deutsche Übersetzung des Zulässigkeitshandbuch des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	International	Europarat	10'440	0
IT-Tool zur Modernisierung der Überwachung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	International	Europarat	29'000	29'000
UNO-Mitgliederbeitrag	International	UNO	169'106	20'293
UNO-Sondertribunale	International	UNO	19'981	0
Friedenserhaltende Operationen der UNO	International	UNO	618'354	37'101
Beitrag Internationaler Strafgerichtshof ICC	International	ICC	17'206	0
Beitrag an die Koalition für den ICC	International	Coalition for the ICC	10'000	0
Opferfonds des ICC	International	ICC Victims Trust Fund	10'000	0
Mitliederbeitrag IAEO	International	IAEO	36'024	12'008

Freiwilliger Beitrag für die technische Zusammenarbeit IAEO	International	IAEO	7'012	7'012
Beiträge an die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO)	International	CTBTO	9'048	0
Beitrag an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW)	International	OPCW	7'062	0
Freiwilliger Beitrag an die Organisation Security Council Report	International	SC Report	20'000	0
Deutscher Übersetzungsdienst der UNO	International	Div. Partner	10'000	0
Allgemeiner Beitrag	International	International Peace Institute	10'000	0
Allgemeiner Beitrag	International	International Center for Transitional Justice	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag	International	International Crisis Group	10'000	10'000
Beitrag an die Weltpostunion (UPU)	International	UPU	40'993	6'559
Regulärer Beitrag an ITU	International	ITU	149'838	26'971
Beitrag an das Projekt «Follow-up to the Astana Summit»	International	OSZE	12'800	0
Programm «Civic Action for Security and Environment»	International	OSZE	40'000	40'000
Unterstützung einer Polizeireform	Kirgisistan	OSZE	30'000	30'000
Unterstützung regionale Umsetzung Sicherheitsratsresolution 1540	International	OSZE	40'000	40'000
Total			**1'399'478**	**309'425**

KLIMAANSCHUBFINAN
(Amt für Wald, Natur und Landschaft, Liechtensteinischer Einwicklungsdienst LED)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Energieeffizienz-Programm	Kirgisistan; Kasachstan; Tadschikistan	CAMP	63'328	0
Energieeffizienter Kindergarten in Poti	Georgien	Community & Environment, Tiflis	23'858	0
Projekt zum Erosions-Schutz und zur Aufforstung	Georgien	Community & Environment, Tiflis	15'200	0
Wiederherstellung von Infrastrukturbauten / Präventionskonzept Shalauri	Georgien	Community & Environment, Tiflis	30'390	0
Aufforstungs-Projekt	Senegal	LED	77'050	0
Energiesparprojekt: Pedalpumpen für Kleinbauern	Tansania	LED	112'000	0
Beitrag für regionale Klimawandel-Adaptierungs-Konferenz	Armenien; Aserbaidschan; Georgien	REC Caucasus	35'640	0
Total			**357'466**	**0**

TOTAL IHZE-AUSGABEN GEMÄSS RECHNUNG	**26'328'894**
Zwischentotal ODA	26'489'519
Flüchtlingsbetreuung im Inland: Kto. 590.318.01 und 590.366.00.01	817'048
Katastrophenfonds der Gemeinden	250'000
TOTAL ODA	**27'556'567**

AMTSTELLE

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Amtsleiter: Botschafter lic. rer. pol. Roland Marxer
Botschafter Dr. Martin Frick (ab 1. Mai 2011)

Zu den Hauptaufgaben des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten gehören die Vertretung der Interessen Liechtensteins gegenüber dem Ausland, die Unterstützung der Ressortinhaberin bei der Gestaltung und Koordination der Aussenpolitik sowie die Vorbereitung sämtlicher Regierungsgeschäfte betreffend internationale Übereinkommen und Staatsverträge. Das Amt nimmt die Interessen Liechtensteins und seiner Bevölkerung im Rahmen der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit, im Verkehr mit internationalen Organisationen sowie durch Erbringung konsularischer Dienstleistungen wahr. Dabei arbeitet das Amt eng mit dem Ressort Äusseres, den liechtensteinischen diplomatischen Vertretungen im Ausland sowie verschiedenen Stellen und Institutionen innerhalb und ausserhalb der Landesverwaltung zusammen.

Neben den Amtsaufgaben nahmen die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten im Berichtsjahr die Stellvertretung des Ständigen Vertreters beim Europarat in Strassburg und des Botschafters in Berlin sowie weitere Aufgaben für die Aussenstellen wahr.

Einen Schwerpunkt der Tätigkeit des Amtsleiters und der diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berichtsjahr bildeten die bilaterale Zusammenarbeit mit der Schweiz, mit Österreich und mit der Bundesrepublik Deutschland, die europäische Zusammenarbeit [Europarat, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), Europäischer Wirtschaftsraum (EWR), Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), Europäische Patentorganisation (EPO), Europäische Fernmeldesatellitenorganisation (EUTELSAT)] sowie die internationale Zusammenarbeit [Vereinte Nationen (UNO), Welthandelsorganisation (WTO), Internationale Fernmeldesatellitenorganisation (INTELSAT), Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung]. Weitere Schwerpunkte der Amtstätigkeit stellten auch in diesem Berichtsjahr die Vorbereitungsarbeiten zur Unterzeichnung und Ratifikation diverser Übereinkommen – einschliesslich der Erstellung von Berichten und Anträgen –, die Berichterstattung im Rahmen der internationalen Übereinkommen sowie die Vorbereitung und Teilnahme an zahlreichen Besuchen im In- und Ausland dar. Auch in diesem Berichtsjahr verursachten Finanzplatzagenden einen bedeutsamen Aufwand. Zudem mussten wiederum diverse Fragebogen von internationalen Organisationen beantwortet werden.

Im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit kam dem politischen Dialog mit den beiden Nachbarländern Schweiz und Österreich eine wichtige Bedeutung zu. Der politische Dialog mit Österreich fand bereits zum 13. Mal, derjenige mit der Schweiz zum siebten Mal statt. Das Instrument des politischen Dialogs dient dem Gedankenaustausch zwischen den Vertretern des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten sowie den Vertretern des österreichischen Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) beziehungsweise den Vertretern des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Am 30. März fand in Vaduz sodann zum ersten Mal ein politischer Dialog mit der Slowakei statt. Ebenso kam es am 6. April in Vaduz erstmals zu einem quadrilateralen Treffen auf Ebene Staatssekretäre/Generalsekretär zwischen der Schweiz, Österreich, Slowenien und Liechtenstein.

Wie in den vergangenen Jahren wurden diverse Akkreditierungs- und Beglaubigungsverfahren für diplomatische und konsularische Vertreter durchgeführt. Eine zunehmende Anzahl konsularischer Fälle konnte mit Hilfe der Liechtensteinischen Botschaft in Bern und des EDA gelöst werden.

Auch in diesem Berichtsjahr bearbeitete das Amt zahlreiche Fragen aus der Bevölkerung und dem Ausland zu Liechtenstein sowie zur liechtensteinischen Aussenpolitik und vermittelte Kontakte zu Behörden und Vertretern der Privatwirtschaft. Der Amtsleiter sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hielten zudem eine Reihe von Vorträgen zu Themen der liechtensteinischen Aussenpolitik und waren Gastgeber bei diversen Anlässen.

Menschenrechte

Im Menschenrechtsbereich war das Amt im Berichtsjahr insbesondere mit der Erfüllung von Berichterstattungspflichten im Rahmen der von Liechtenstein ratifizierten internationalen Menschenrechtsübereinkommen beschäftigt. So koordinierte und leitete das Amt im Januar die Präsentation des vierten Länderberichts über die Umsetzung der UNO-Frauenkonvention vor dem zuständigen UNO-Ausschuss (CEDAW). Auf der Grundlage des Berichts und des eintägigen Dialogs mit der liechtensteinischen Delegation verabschiedete der Ausschuss eine Reihe von an Liechtenstein gerichteten Empfehlungen, unter anderem in den Bereichen Überwindung von Stereotypen und faktischen Diskriminierungen, welche vom Amt aufbereitet wurden. Das Amt koordinierte zudem die Erstellung des Länderberichts (es handelt sich um den kombinierten vierten bis sechsten Bericht) Liechtensteins zum Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung, welcher im September beim zuständigen Ausschuss der UNO (CERD) eingereicht wurde. Der Bericht gibt Auskunft über die von der Regierung und von anderen Akteuren in den letzten sechs Jahren ergriffenen Massnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus und enthält zudem Ausführungen zur liechtenstei-

nischen Migrations- und Ausländerpolitik. Unter der UNO-Anti-Folter-Konvention wurden im Berichtsjahr die vom zuständigen Ausschuss (CAT) im Vorjahr geforderten schriftlichen Follow-up-Antworten auf bestimmte Themenbereiche vom Amt vorbereitet und beim Ausschuss eingereicht.

Im Berichtsjahr erstellte das Amt zudem ein Dokument mit Basisinformationen zu den Rahmenbedingungen, die für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in Liechtenstein von Relevanz sind. Dieses sogenannte Basisdokument («Common Core Document») wird künftig bei allen Berichterstattungen unter UNO-Menschenrechtsübereinkommen Verwendung finden.

Ausserhalb des UNO-Bereichs war im Berichtsjahr der liechtensteinische Bericht über die nationale Umsetzung der sogenannten «Interlaken-Erklärung» betreffend die Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) fällig. Dieser Bericht wurde vom Amt in Zusammenarbeit mit dem Ressort Justiz und der Ständigen Vertretung in Strassburg erstellt.

Auf der internationalen Ebene engagierte sich das Amt zudem in Expertenausschüssen und nahm an einer Reihe von Konferenzen, Seminaren und Treffen zu Menschenrechtsthemen teil. Dies gilt insbesondere für Arbeiten im Zusammenhang mit dem Europarat.

Bereits zum dritten Mal lud das Amt die im Menschenrechtsbereich tätigen liechtensteinischen Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) zu einem Treffen ein, an welchem ein Dialog über die Umsetzung der Empfehlungen internationaler Menschenrechtsgremien sowie zu allgemeinen Menschenrechtsthemen geführt wurde. Des Weiteren wurde im Januar zum ersten Mal der Bericht «Zahlen und Fakten zur Menschenrechtssituation in Liechtenstein» veröffentlicht. Das Amt hatte die Arbeitsgruppe geleitet, welche zu diesem Bericht, der statistische Grundlagen zu mehr als 80 menschenrechtsrelevanten Themen beinhaltet, führte. Die zweite Ausgabe des Berichts wurde im Dezember des Berichtsjahrs veröffentlicht. Er soll von nun an jährlich aktualisiert werden.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Das Amt übte im Berichtsjahr seine Koordinationsfunktion innerhalb der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) aus. Neben der Budgetierung und der Vorbereitung von regelmässigen Koordinationstreffen der IHZE-Akteure (Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED), Amt für Wald, Natur und Landschaft, Ausländer- und Passamt und Amt für Auswärtige Angelegenheiten) beinhaltet das auch den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Am 8. Juni konnte der dritte gemeinsame IHZE-Jahresbericht (über das Jahr 2010) veröffentlicht werden. Der Bericht ist elektronisch auf www.llv.li/ihze verfügbar. Inhaltlich befasste sich dieser mit der Frage, was ein kleines Land mit vergleichsweise bescheidenen Mitteln bewegen kann und wie dieses Engagement im Ausland wahrgenommen wird. An der Veranstaltung zur Präsentation des Jahresberichts wurde ein durch Liechtenstein finanziertes Projekt im Bereich Energie-Effizienz in Kirgisistan vorgestellt. Gleichzeitig mit dem Jahresbericht wurde eine Bilderstrecke mit dem Titel «Begegnungen mit der Solidarität Liechtensteins» präsentiert. Das Bildmaterial stammt von verschiedenen Projektreisen von Eva-Maria Schädler und Martin Walser. Die Ausstellung konnte bis Anfang August auf dem Peter-Kaiser-Platz in Vaduz besichtigt werden.

In den in seiner Zuständigkeit liegenden Kategorien der IHZE war das Amt für die Zusammenarbeit mit den Projektpartnern und für die Vorbereitung und Auszahlung der Projektbeiträge zuständig. Des Weiteren engagierte sich das Amt im Berichtsjahr als Vertretung der Regierung in der «Microfinance Initiative Liechtenstein» (MIL).

Die im Jahr 2009 eingesetzte Kommission für Entwicklungspolitik tagte im Berichtsjahr zum dritten Mal. Das Amt war für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Sitzung verantwortlich. Das diesjährige Thema der Sitzung war das liechtensteinische Engagement im Bereich Migration und Entwicklung, insbesondere die Schwerpunkte und Projekte im Rahmen der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe.

Europäische Zusammenarbeit

Das Amt war in der vom Inhaber des Ressorts Inneres, Regierungsrat Hugo Quaderer, geleiteten Arbeitsgruppe «Umsetzung Schengen» vertreten und bereitete diverse Abkommen mit der EU beziehungsweise mit Island und Norwegen im Zusammenhang mit dem Beitritt zu Schengen für die Regierung auf.

Das Amt war weiterhin für die Koordination der Arbeitsgruppe der Regierung zum Thema Europäische Integration verantwortlich.

Das Amt bearbeitete die Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit der Ukraine und Peru für den Landtag auf. Die jeweiligen Abkommen wurden vom Landtag genehmigt. Die Abkommen mit Kolumbien und Peru traten am 1. Juli in Kraft. Ausserdem unterstützte das Amt die Liechtensteinische Mission in Genf in den laufenden Verhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und Drittländern im Bereich «Geistiges Eigentum» und «Öffentliches Beschaffungswesen».

Bilaterale Zusammenarbeit

Das Amt war auch im Berichtsjahr beim Abschluss verschiedener bilateraler Vereinbarungen auf Regierungs- und Ämterebene beratend tätig. Insbesondere mit der Schweiz fanden intensive Kontakte, Verhandlungen und Gespräche statt. Gegenstand waren generelle politische Themen, aber auch spezifische Themen wie der Bereich der sozialversicherungsrechtlichen Unterstellung, der inneren Sicherheit, der geistigen Eigentumsrechte, der Umweltabgaben sowie der Landwirtschaftspolitik.

Das Amt bereitete die Interkantonale Vereinbarung über die computergestützte Zusammenarbeit der Kantone bei der Aufklärung von Gewaltdelikten vom 2. April 2009 (ViCLAS-Konkordat) für den Landtag auf. Der Beitritt zum Konkordat erfolge auf den 1. September. Des Weiteren führte das Amt Verhandlungen mit der Schweiz über einen Vertrag über die Handhabung des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Feuerwaffen, mit welchem auch nach dem Beitritt zu Schengen der Status quo im grenzüberschreitenden Verkehr mit Feuerwaffen zwischen beiden Ländern möglichst beibehalten wird. Der Vertrag konnte am 6./8. Dezember unterzeichnet werden und wird seit dem 19. Dezember vorläufig angewendet.

Die Arbeitsgruppe zur Koordinierung der Übernahme der Verordnung 883/2004 zum EU-Sozialversicherungsrecht in die Vaduzer Konvention hat die Verhandlungen mit der Schweiz unter dem Vorsitz des Amts weitergeführt und eine mögliche Lösungsvariante für die bilateralen Anwendungsprobleme diskutiert. Wenn diese Lösungsvariante auch von der EU-Kommission unterstützt und in die Verordnung 883/2004 übernommen wird, können auch die seit 2008 bestehenden Anwendungsprobleme zwischen der Schweiz und Liechtenstein geklärt werden.

Das Amt war an den Verhandlungen zum Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland und mit Österreich beteiligt.

Internationale Verbrechensbekämpfung

Auch im vergangen Jahr waren die Verbrechensverhütung und die Strafrechtspflege Tätigkeitsschwerpunkte des Amtes. Im Rahmen der relevanten Gremien der UNO und des Europarates wurde die internationale Entwicklung in diesen Bereichen weiterverfolgt. Die liechtensteinischen Interessen wurden durch die Teilnahme an Konferenzen und in verschiedenen Expertengremien zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, der Internetkriminalität, der Korruption, der Terrorismusbekämpfung und der Geldwäscherei vertreten. In der Terrorismusbekämpfung wird das Augenmerk zunehmend auf die Prävention terroristischer Straftaten und auf den Opferschutz beziehungsweise auf die Opferrechte und Entschädigungsfragen gelegt. Der präventive Ansatz zur Vorbeugung von Radikalisierungstendenzen, der auch von Liechtenstein unterstützt wird, soll in den internationalen Gremien künftig verstärkt verfolgt und koordinierter umgesetzt werden.

Im Berichtsjahr nahm Liechtenstein – vertreten durch das Amt – erstmals als Vertragsstaat an der Konferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC) teil, deren vierte Session in Marrakesch tagte. Das Amt nahm auch an den vorbereitenden Tagungen der Arbeitsgruppe zum Überprüfungsmechanismus (Implementation Review Group) sowie der Arbeitsgruppe zur Wiederbeschaffung von Vermögenswerten (Asset Recovery) teil. Im Rahmen der Durchführung des Überprüfungsmechanismus des UNCAC stellt das Amt den Evaluator für das Sultanat Brunei Darussalam, nachdem Liechtenstein zusammen mit Jemen per Los als evaluierendes Land bestimmt wurde. Der Ratifikationsprozess des Übereinkommens zur Gründung der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) als Internationale Organisation konnte im Berichtsjahr abgeschlossen und die Urkunde hinterlegt werden. Das Amt nahm zudem an der ersten Session der Provisorischen Kommission der Akademie in Wien teil.

Das Amt stellte die Vertretung Liechtensteins an den Plenarversammlungen der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) sicher. Im Berichtsjahr fand der Besuch eines Evaluationsteams der GRECO in Liechtenstein statt. Das Amt organisierte diesen Besuch federführend. Das Team traf sich insbesondere mit Vertretern von Behörden und Verbänden, um sich ein Bild über die Situation betreffend Korruption in Liechtenstein zu machen. Der entsprechende Bericht des Evaluationsteams wurde im Oktober von der Plenarversammlung der GRECO verabschiedet.

Das Amt verfolgte auch die Entwicklungen im Rahmen der internationalen Bekämpfung der Internetkriminalität, die nicht mehr vorwiegend beim Europarat auf der Agenda steht, sondern mit der sich unter anderem auch das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) befasst.

Zu einem besonderen Tätigkeitsschwerpunkt des Amtes führte im Berichtsjahr der Arabische Frühling beziehungsweise der Widerstand gegen die Regierungen Nordafrikas und des Nahen Ostens und der damit beginnende Aufbruch zu Demokratie und Freiheit. Sämtliche von der UNO und der EU beschlossene Sanktionen zu den betroffenen Ländern (Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien) setzte Liechtenstein umgehend um und traf die notwendigen Massnahmen, um allfällige Vermögenswerte politisch exponierter Personen zu sperren. Gleichzeitig erklärte sich Liechtenstein solidarisch mit den Menschen, die sich friedlich für mehr Demokratie einsetzten und unterstützte die Entwicklung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen in den betroffenen Ländern. Ausserdem forderte Liechtenstein die Respektierung der Menschenrechte sowie, dass die Verantwortlichen für Gewalt gegen Zivilisten strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. In all diesen Bereichen war das Amt koordinierend tätig.

Mitarbeit in Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen

Der Amtsleiter und die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiteten im Berichtsjahr wiederum aktiv in zahlreichen Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen sowohl auf bilateraler Ebene als auch innerhalb der Landesverwaltung mit. Das Amt hatte den Vorsitz in der Arbeitsgruppe zur Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE), in der

Expertengruppe betreffend die Vereinbarung mit der Schweiz zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik sowie in der Arbeitsgruppe zur Korruptionsbekämpfung. Des Weiteren arbeitete das Amt in folgenden Arbeitgruppen aktiv mit: Arbeitsgruppe Europäische Integration, Task Force USA, Koordinationsgruppe Terrorismus, Waffenplatzkommission, Arbeitsgruppe betreffend die Mitfinanzierung des Ausbaus der Eisenbahninfrastruktur auf liechtensteinischem Hoheitsgebiet im Hinblick auf eine S-Bahn, Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Abkommens mit den USA über die polizeiliche Zusammenarbeit zur Verhütung und Bekämpfung schwerer Kriminalität, Microfinance Initiative Liechtenstein, Arbeitsgruppe Weltausstellungen, Arbeitsgruppe Schengen/Dublin, Arbeitsgruppe Fondsplatz 2011, Arbeitsgruppe Doppelbesteuerung, Arbeitsgruppe zur Vaduzer Konvention, Arbeitsgruppe betreffend Sozialversicherungsrecht, Ständige Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung, runder Tisch zur Bekämpfung des Menschenhandels, Arbeitsgruppe betreffend die Überprüfung des Handlungsbedarfs bezüglich Liechtensteins Beitritt zum UNO-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und Gewaltschutzkommission.

Diplomatische und konsularische Beziehungen
Per Ende 2011 waren 82 Staaten sowie die Europäische Kommission und der Souveräne Malteser Ritterorden mit nicht-residierenden Botschaftern beziehungsweise Botschafterinnen im Fürstentum Liechtenstein akkreditiert. Im Berichtsjahr nahm Liechtenstein neu direkte diplomatische Beziehungen mit Brunei Darassalam und San Marino auf. Weiters sind per Ende Berichtsjahr 34 konsularische Vertreter und Vertreterinnen in Liechtenstein bestallt. Sieben konsularische Posten sind vakant.

– Berufskonsuln	Generalkonsuln	6
Konsuln	1	
– Honorarkonsuln	Honorargeneralkonsuln	6
Honorarkonsuln	20	
Honorarvizekonsuln	1	

Die Betreuung der diplomatischen und konsularischen Vertretungen gehörte auch im Berichtsjahr wieder zu den wichtigen Aufgabenbereichen des Amtes in Zusammenarbeit mit dem Protokoll und der Liechtensteinischen Botschaft in Bern. Das Amt war in Zusammenarbeit mit den Liechtensteinischen Botschaften vor Ort auch an der Betreuung der Liechtensteinischen Honorarkonsulate in Deutschland und den USA beteiligt.

KONFERENZEN UND TAGUNGEN

Eutelsat

37. Treffen der Versammlung der EUTELSAT-Vertragsparteien: 11.-12.5. in Paris
(Vertretung durch die Schweizer Delegation)

Europäische Konferenz der Post- und Fernmeldeverwaltungen (CEPT) und deren Organisationseinheiten (ECRTA, ERO, ERC, ECC, CERP)

Ausserordentliche Vollversammlung der Europäischen Konferenz der Verwaltungen für Post und Telekommunikation (CEPT): 19.12. in Kopenhagen
(Amtsleiter Kurt Bühler, Amt für Kommunikation)

Technische Treffen
An den diversen Treffen im Rahmen von ECO, ECC, CERP und ComITU war Liechtenstein durch das Amt für Kommunikation oder aufgrund entsprechender Vollmachten durch die Schweiz vertreten.

Europäische Patentorganisation

128. bis 129. Tagung des Verwaltungsrats: 28.-30.6./26.-27.10. in Berlin/München
(Esther Schindler, Botschaftsrätin, Peter Matt, Erster Sekretär)

Europarat

High-Level-Konferenz über die Zukunft des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte: 26./27.4. in Izmir
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Daniel Ospelt, Dominik Marxer, Erster Sekretär)

121. Session des Ministerkomitees: 11.5. in Istanbul
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Daniel Ospelt, Dominik Marxer, Erster Sekretär, Sandra Ruppen, Mitarbeiterin Ressort Äusseres)

Konferenz «Prävention von Menschenrechtsverletzungen»: 20./21.9. in Kiew
(Dominik Marxer, Erster Sekretär)

Runder Tisch «Die Rolle des obersten Gerichts beim Schutz der Menschenrechte auf nationaler Ebene»: 22.9. in Kiew
(Dominik Marxer, Erster Sekretär)

5. Warschauer Menschenrechtsseminar: 29./30.9. in Warschau
(Dominik Marxer, Erster Sekretär)

Konferenz zum Thema «Vision 2020 für den EGMR»: 17.-19.11. in Wilton Park
(Dominik Marxer, Erster Sekretär)

Octopus Interface-Konferenz über die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Interkriminalität: 21.-23.11 in Strassburg
(Isabel Frommelt, Erste Sekretärin)

Runder Tisch «Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung»: 24.11. in Bern
(Panagiotis Potolidis-Beck, Zweiter Sekretär)

Konferenz zum Thema «Our Internet – Our Rights, our Freedoms»: 24.-25.11. in Wien
(Christine Lingg, Erste Sekretärin)

Plenarversammlung der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO): 28.3.-1.4., 17.-21.10., 5.-7.12. in Strassburg
(Peter Matt, Erster Sekretär)

EFTA

27. EFTA-Ministerrat: 20.-23.6. in Schaan
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Kurt Jäger, Botschafter Norbert Frick, Botschafter Martin Frick, Amtsleiter Hans-Peter Walch, Ausländer- und Passamt, Andrea Entner-Koch, Leiterin Stabstelle EWR, Ministerin Doris Frick, Minister Georges Baur, Minister Patrick Ritter, Peter Matt, Erster Sekretär, Manuel Frick, Zweiter Sekretär, Panagiotis Potolidis-Beck, Zweiter Sekretär, Sandra Ruppen, Mitarbeiterin Ressort Äusseres)

28. EFTA-Ministerrat: 14.11. in Genf
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Norbert Frick, Ministerin Doris Frick, Minister Patrick Ritter, Beatrice Fankhauser, Erste Botschaftssekretärin)

EWR

EEWR-Ministerrat: 23.5. in Brüssel
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Kurt Jäger, Minister Georges Baur, Minister Pascal Schafhauser, Sandra Ruppen, Mitarbeiterin Ressort Äusseres, Emilia Breuss, Botschaftsattaché)

ECOFIN-Ministerrat: 8.11. in Brüssel
(Regierungchef Klaus Tschütscher, Botschafter Kurt Jäger, Katja Gey, Leiterin Stabsstelle für internationale Finanzplatzagenden, Anne-Sophie Constans-Lampert, Mitarbeiterin Ressort Finanzen)

EWR-Ministerrat: 15.11. in Brüssel
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Kurt Jäger, Minister Georges Baur, Minister Pascal Schafhauser, Sandra Ruppen, Mitarbeiterin Ressort Äusseres, Emilia Breuss, Botschaftsattaché, Claudia Gerner, Botschaftsmitarbeiterin)

Welthandelsorganisation (WTO)

Ausschuss über öffentliches Beschaffungswesen: 8.-11.3., 25.-26.6., 15.-16.10., 8.-15.12 in Genf
(Botschafter Norbert Frick (15.-16.10.), Peter Matt, Erster Sekretär)

Ministerkonferenz: 15.-17.12 in Genf
(Botschafter Norbert Frick, Ministerin Doris Frick)

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

OSZE-Überprüfungstreffen der menschlichen Dimension: 26.9.-7.10. in Warschau
(Domenik Wanger, Botschaftsrat)

Ministertreffen der OSZE: 6.-7.12. in Vilnius, Litauen
(Regierungsrätin Aurelia Frick, I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Domenik Wanger, Botschaftsrat)

UNO/Verschiedenes

11. Konferenz der Vertragsstaaten der Alpenkonvention (Alpenkonferenz): 8.-9.3. in Brdo pri Kranju (Slowenien)
(Regierungsrätin Renate Müssner, Jeannine Preite-Niedhart, Ressortsekretärin, Amtsleiter Felix Näscher, Amt für Wald, Natur und Landschaft)

54. Session der UNO-Betäubungsmittelkommission: 21.-25.3. in Wien
(Esther Kocsis, Amt für Soziale Dienste)

1. Versammlung der Mitgliedstaaten der Internationen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA): 4.-5.4. in Abu Dhabi
(Amtsleiter Christian Hausmann, Amt für Volkswirtschaft)

5. Konferenz der Vertragsparteien des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (POP-Konvention): 25.-29.4. in Genf
(Vertretung durch die Schweiz)

4. UNO-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder (LDC): 11.5. in Istanbul
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Dominik Marxer, Erster Sekretär, Sandra Ruppen, Mitarbeiterin Ressort Äusseres)

20. Session der UNO-Kommission für Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege (CCPCJ): 11.-15.4. in Wien
(Isabel Frommelt, Erste Sekretärin)

5. Konferenz der Vertragsparteien des Rotterdamer Übereinkommens über die Anwendung des vorgängigen Zustimmungsverfahrens für gewisse Chemikalien und Pestizide im internationalen Handel (PIC-Konvention): 20.-24.6. in Genf
(Vertretung durch die Schweiz)

Bled Strategic Forum: 9.-10.9 in Bled
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Martin Frick)

55. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO): 19.-23.9. in Wien
(I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Esther Schindler, Botschaftsrätin, Domenik Wanger, Botschaftsrat)

10. Konferenz der Vertragsparteien der Basler Konvention über die Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Sonderabfällen und deren Beseitigung: 17.-21.10. in Cartagena (Kolumbien)
(Vertretung durch die Schweiz)

Konferenz der Vertragsparteien des Protokolls V zum Übereinkommen über konventionelle Waffen: 9.-10.11. in Genf
(Minister Patrick Ritter)

Konferenz der Vertragsparteien des revidierten Protokolls II zum Übereinkommen über konventionelle Waffen: 11.11. in Genf
(Minister Patrick Ritter)

Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über konventionelle Waffen: 14.-25.11. in Genf
(Minister Patrick Ritter)

13. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe: 18.10. in Genf
(Botschafter Norbert Frick, Minister Patrick Ritter)

4. Session der Konferenz der Vertragsstaaten des UNO-Übereinkommens gegen Korruption: 24.-28.10. in Marrakesch
(Robert Wallner, Leitender Staatsanwalt, Peter Matt, Erster Sekretär)

9. Konferenz der Vertragsparteien der Wiener Konvention und 23. Konferenz der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls über ozonschichtabbauende Substanzen: 21.-25.11. in Bali
(Vertretung durch die Schweiz)

31. Internationale Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmodes: 28.11.-1.12. in Genf
(Botschafter Norbert Frick, Minister Patrick Ritter, Panagiotis Potolidis-Beck, Zweiter Sekretär)

17. Konferenz der Vertragsparteien der Klimakonvention und 7. Treffen der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls: 28.11.-9.12. in Durban
(Regierungsrätin Renate Müssner, Amtsleiter Felix Näscher, Amt für Wald, Natur und Landschaft, Sven Braden, Amt für Umweltschutz)

24. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung: 30.11. in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Minister Stefan Barriga, Georg Sparber, Zweiter Sekretär, Swen Dornig, Zweiter Sekretär, Manuel Frick, Zweiter Sekretär)

Europäische Vorbereitungskonferenz (UNECE) zur Weltkonferenz für nachhaltige Entwicklung 2012 (Rio+20): 1.-2.12. in Genf
(Karin Lingg, Botschaftsrätin)

Internationale Afghanistan Konferenz: 5.12. in Bonn
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein, Botschafter Martin Frick, Sandra Ruppen, Mitarbeiterin Ressort Äusseres)

Siebte Überprüfungskonferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und Toxinwaffen sowie deren Vernichtung: 5.-22.12. in Genf
(Minister Patrick Ritter)

Diplomatisches Treffen zur Wahl der Internationalen Humanitären Ermittlungskommission (IHFFC): 9.12. in Bern
(Botschafter Dr. Hubert Büchel)

Übereinkommen

UNO
Hinterlegung der Beitrittsurkunde zum Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10. Juni 1958: 7.7. (Inkrafttreten: 5.10.)

EU/EFTA/EWR
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Königreich Dänemark über die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung derjenigen Teile des Schengen-Besitzstands, die auf Bestimmungen des Titels V des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union basieren, vom 18. März 2011: 18.3. (Inkrafttreten 1.5.)
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Peru: 29.4. (Inkrafttreten: 1.7.)
- Abkommen zur Änderung des Zusatzabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft, der Schwei-

zerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über die Einbeziehung des Fürstentums Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen: 17.5. (Inkrafttreten: 1.12.)
- Unterzeichnung des Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Hongkong: 21.6.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Ukraine: 23.6.
- Notifikation zum Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Commonwealth der Bahamas über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte: 17.10. (Inkrafttreten 1.11.)
- Notifikation zum Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Föderation St. Kitts and Nevis über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte: 17.10.
- Unterzeichnung des Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Montenegro: 14.11.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zur Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Beteiligung dieser Staaten an der Arbeit der Ausschüsse, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durch-führungsbefugnisse in Bezug auf die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands unterstützen (Komitologie-Vereinbarung): 13.12.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zur Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein zur Festlegung der Modalitäten der Beteiligung dieser Staaten an der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (FRONTEX): 15.12. (Inkrafttreten 1.1.12)
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zur Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Island, dem Königreich Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Aussengrenzfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013: 15.12. (Inkrafttreten 1.1.12)
- Annahme von Änderungen des EFTA-Übereinkommens sowie von Änderungen einzelner EFTA-Freihandelsabkommen

EUROPARAT
- Unterzeichnung des Übereinkommens über die Fälschung von Arzneimitteln und Medizinprodukten und über ähnliche die öffentliche Gesundheit gefährdende Straftaten: 4.11.

Verschiedenes
Hinterlegung der Zustimmungserklärung zum Übereinkommen zur Gründung der Internationalen Anti-Korruptionsakademie als Internationale Organisation vom 2. September 2010: 19.9. (Inkrafttreten 17.11.).

Bilateral
- Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Schweizerischen Bundesrat über die Zusammenarbeit im Bereich des Zulassungsverfahrens von Biozidprodukten gemäss der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozidprodukten: 18.3.
- Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die computergestützte Zusammenarbeit der Kantone bei der Aufklärung von Gewaltdelikten vom 2. April 2009 (ViCLAS-Konkordat): 19.7. (Inkrafttreten 1.9.)
- Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Schweizerischen Bundesrat betreffend den Anschluss der Landespolizei des Fürstentums Liechtenstein an das schweizerische Meldungsvermittlungssystem «VULPUS-Telematik»: 10.8.
- Unterzeichnung der Vereinbarung über die Nutzung und den Betrieb des Waffenplatzes St. Luzisteig: 10.8.
- Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Schweizerischen Bundesrat betreffend die Zusammenarbeit im Bereich der Bewertung und Meldung von Ereignissen gemäss den Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) der Weltgesundheitsorganisation: 2.12.
- Unterzeichnung des Vertrags zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Handhabung des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Feuerwaffen: 6./8.12. (vorläufige Anwendung 19.12.)

DIPLOMATISCHE VERTRETUNGEN IM AUSLAND

Liechtensteinische Botschaft in Bern

Leiter: Botschafter Dr. Hubert Büchel

Hauptaufgabe der Botschaft ist die Pflege der vielfältigen, freundnachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Die im Jahr 2011 aussergewöhnlich häufigen Kontakte auf Regierungsebene sowie die etablierte Zusammenarbeit auf den Ebenen der Ämter bildeten Schwerpunkte. Eine weitere wesentliche Aufgabe der Botschaft ist ihre Funktion als Kontaktstelle für die für Liechtenstein zuständigen Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern.

Das Jahr 2011 in der Schweiz

Die Politik in der Schweiz ist während des ganzen Berichtsjahrs durch die Eidgenössischen Wahlen vom Oktober und die Bundesratswahlen vom Dezember beeinflusst. Im Bundesparlament bringen die Wahlergebnisse eine Stärkung der politischen Mitte, allerdings bei einer gewissen Aufsplitterung durch zusätzliche Parteien, wobei die jungen Parteien profitieren. Die traditionellen Parteien einschliesslich der SVP als stärkste Partei müssen Einbussen in Kauf nehmen. Der Bundesrat wird in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt, mit Ausnahme der auf Ende Jahr zurücktretenden Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey: neues Bundesratsmitglied wird Alain Berset.

Die Europapolitik ist dadurch geprägt, dass die EU mit der Schweiz keine neuen Abkommen abschliessen will, solange nicht Lösungen für institutionelle Fragen gefunden sind. Der Bundesrat hält am bilateralen Weg fest und möchte mit einem so genannten gesamtheitlichen und koordinierten Ansatz auf die institutionelle Problematik eingehen. Neben dieser Frage der Weiterentwicklung der bilateralen Abkommen Schweiz-EU bleiben auch die Streitpunkte mit der EU zu diversen Steuerfragen offen.

Die Schweizer Wirtschaft steht 2011 im Zeichen des starken Frankens. Der Nationalbank gelingt es mit verschiedenen Massnahmen, die Währungsentwicklung zu beruhigen. Der Konjunkturverlauf zeigt sich stabil, kühlt sich aber gegen Jahresende ab. Die Arbeitslosigkeit tendiert im Jahresverlauf nach unten. Der Aussenhandel entwickelt sich im ersten Halbjahr dynamisch und beginnt sich dann abzuschwächen. Die Energiepolitik ist durch den Beschluss des Bundesrats für den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie gekennzeichnet. Die neue Finanzplatzstrategie wird fortgesetzt, was zur weiteren Schwächung des Bankgeheimnisses führt. Die Budgetpolitik der Schweiz bleibt solide, statt einem veranschlagten Defizit kann ein deutlicher Überschuss ausgewiesen werden.

Die Beziehungen Liechtenstein – Schweiz

Die bilateralen Beziehungen Liechtensteins zur Schweiz sind von intensiven und freundschaftlichen Kontakten auf allen Ebenen geprägt und werden auch im Jahr 2011 intensiv gepflegt. Die Zahl der Besuche auf Regierungsebene war mit sieben Treffen überdurchschnittlich. Die Schweizer Bundespräsidentin nahm am Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter in Vaduz teil. In Vaduz traf sich auch die Parlamentarier-Freundschaftsgruppe Liechtenstein-Schweiz.

Die liechtensteinische Regierung besucht verschiedene Kantonsregierungen wie umgekehrt einzelne Kantonsregierungen in Vaduz empfangen werden. Die direkten Beziehungen zwischen den Ämtern beider Länder und der regelmässige Kontakt auf diplomatischer Ebene ermöglichen eine laufende Koordination der Geschäfte und gewährleisten die gegenseitige Information.

Der Bundesrat hat 2011 eine Nationalrats-Interpellation zu den Beziehungen Schweiz-Liechtenstein zu beantworten und gibt dabei seiner Überzeugung Ausdruck, dass die gegenseitigen Leistungen gesamthaft in einem ausgewogenen Verhältnis stehen und die darauf begründete enge Zusammenarbeit auf verschiedensten Gebieten auch im schweizerischen Interesse liegt.

Mit dem Beitritt Liechtensteins zum Schengen- und Dublin-Verbund ab 19. Dezember 2011 werden die vorübergehenden Kontrollmassnahmen an der schweizerisch-liechtensteinischen Grenze aufgehoben.

Kontakte mit den Botschaften in Bern

Neben der Pflege der bilateralen Beziehungen mit der Schweizer Eidgenossenschaft stellt die Botschaft Bern in vielerlei Hinsicht auch eine Drehscheibe für den Kontakt und Austausch mit anderen Staaten dar, nachdem sich von 69 der 84 Staaten, mit denen das Fürstentum Liechtenstein diplomatische Beziehungen unterhält, der zuständige Botschaftssitz in Bern befindet.

Konsularische Tätigkeit

Die Botschaft in Bern betreut die etwa 1'700 in der Schweiz lebenden liechtensteinischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im konsularischen Bereich. Neuerungen ab Oktober 2011 führen dazu, dass Passanträge vorübergehend, bis zu einer neuen Lösung, nur über das Passamt in Vaduz erfolgen können. Über die Botschaft werden vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ausserdem sämtliche Geschäfte aus der ganzen Welt geleitet, die über das konsularische Netz der Schweiz eingehen. Diese Tätigkeiten

halten sich 2011 im üblichen Rahmen. Weiterhin bedeutend ist die Anzahl der Ansuchen um Rechtshilfe in Straf- und Zivilfällen sowie der Beglaubigungen.

Liechtensteinische Botschaft bei der Belgischen Krone

Leiter: Botschafter Kurt Jäger

Mit der Vereidigung von Elio di Rupo als neuer belgischer Ministerpräsident fand die seit dem 13. Juni 2010 andauernde Regierungskrise nach 541 Tagen schliesslich ein Ende. Seit den Wahlen im Juni 2010, bei denen in Wallonien die Sozialisten und in Flandern die flämischen Nationalisten jeweils zur stärksten Partei geworden waren, war es nicht gelungen, eine neue Regierung zu bilden. Die Kernprobleme waren der weitere Übergang der bundesstaatlichen Kompetenzen auf die Teilstaaten, die Frage einer Aufteilung des Wahlkreises Brüssel-Halle-Vilvoorde in einen Brüsseler und einen flämischen Teil sowie die Lösung des Finanzausgleichs zwischen dem Bund und den Regionen. Di Rupo, Chef der Sozialisten, war im Mai 2011 vom belgischen König mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Am 15. September konnten sich die Vertreter von acht Parteien schliesslich auf einen Kompromiss zur Spaltung des Wahlkreises Brüssel-Halle-Vilvoorde (BHV) einigen. Nach einem fast 50 Jahre anhaltenden Streit wurde der Wahlbezirk BHV nun aufgeteilt – und zwar in einen zweisprachigen Bezirk Brüssel und in einen einsprachigen flämischen Bezirk Halle Vilvoorde, der zusammen mit Leuven/Louvain den Wahlkreis Flämisch-Brabant bildet. Nur noch die Bewohner der sechs sogenannten Fazilitätengemeinden, in denen Spracherleichterungen (Verwendung von Französisch und Niederländisch im Amtsverkehr) gelten, erhalten gemäss dieser Einigung noch eine zweisprachige Wahlaufforderung. Der Umstand, dass die flämischen Nationalisten (Nieuw-Vlaamse Alliantie/N-VA) nicht am Prozess beteiligt waren, dürfte mit ein Grund für das Zustandekommen eines Kompromisses gewesen sein. Ein weiterer wichtiger Schritt wurde schliesslich am 4. Oktober mit der Einigung über die sprachlichen Modalitäten für den Justizkreis BHV erzielt.

Nach diesem grossen «institutionellen» Schritt wurde die noch ausstehende Einigung über den Haushalt immer dringlicher. Zum einen drohte die EU-Kommission verschiedenen europäischen Staaten, darunter auch Belgien, mit Sanktionsverfahren, weil sie ihre zu hohe Staatsverschuldung nicht zügig genug abbauten. EU-Finanzkommissar Olli Rehn gab den betroffenen Staaten bis Mitte Dezember Zeit, Pläne zum Schuldenabbau vorzulegen. Von Belgien forderte Rehn in diesem Zusammenhang stärkere Bemühungen um eine Haushaltskonsolidierung. Das Land, für das die Kommission für 2012 eine Neuverschuldung von mehr als 4,5 Prozent des BIP prognostiziert hatte und dessen Staatsverschuldung 2012 den Schätzungen zufolge bei knapp 100 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen dürfte, wurde aufgefordert, seine Anstrengungen dringend zu verstärken, um die Haushaltsziele für 2012 zu erreichen. Zum anderen wurde es für Belgien von Tag zu Tag schwieriger beziehungsweise teurer, sich neues Kapital an den Finanzmärkten zu beschaffen. Seit dem erneuten Stillstand in den Verhandlungen bewegte sich die Entwicklung der Zinsen auf belgische Staatsanleihen fast linear nach oben. Zudem hatte die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) die Kreditwürdigkeit Belgiens um eine Note von bisher «AA+» auf «AA» gesenkt. Nachdem bis zum 21. November 2011 immer noch keine Einigung auf den Staatshaushalt zustande gekommen war, trat Di Rupo erneut als Formateur zurück. Es bedurfte einigen guten Zuredens, unter anderem durch den König, bis Di Rupo die Führung der Verhandlungen wieder aufnahm und am 26. November die Liberalen für seine Haushaltspläne gewinnen konnte. Folglich konnten sich die Parteien auf die künftige Ausgestaltung der Asyl- und Immigrationspolitik sowie eine stärkere Regulierung des Finanzsektors einigen. Am 6. Dezember konnte schliesslich eine neue belgische Regierung vereidigt werden. Die Regierung Di Rupo zählt 19 Mitglieder und besteht aus 13 Ministern und sechs Staatssekretären, zehn Flamen und neun Frankophonen, sechs Frauen und 13 Männern sowie zwölf Altgedienten aus der bisherigen Regierung Yves Leterme II. Unter den sieben Neulingen sind sechs Flamen und nur ein Frankophoner, nämlich Elio Di Rupo. Dieser ist der erste französischsprachige Premier seit 1979.

Vor allem von flämischer Seite war stets gefordert worden, dass die neue Regierung nicht mehr als 15 Minister zählen sollte. Nach der letzten Marathonsitzung waren es 13 Minister und sechs Staatssekretäre. Festgelegt ist nur die Höchstzahl von 15 Ministern, die Zahl der Staatssekretäre ist unbegrenzt und dient in erster Linie dazu, die Kräfteverhältnisse innerhalb der Regierung präziser auszugleichen. So ist der Posten eines Staatssekretärs ein Mittel, um jede Regierungspartei mit ausreichend politischen Mandaten zu belohnen. Im Gegensatz zu den Ministern wohnen Staatssekretäre dem Ministerrat nur dann bei, wenn es um die politischen Bereiche geht, für die sie zuständig sind. Überdies hat ein Staatssekretär kein Stimmrecht im Ministerrat, er ist einem Minister beigeordnet. Dies bedeutet, dass dieser Minister auch verantwortlich ist für seinen Staatssekretär. Waren in der Vergangenheit die internationalen Regierungsposten stets von Flamen besetzt worden, werden mit Premier Di Rupo und Aussenminister Didier Reynders in den kommenden zwei Jahren die Frankophonen im Rampenlicht des Auslands stehen.

Aus Sicht der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens hat die Staatsreform nicht die erhoffte Besserstellung gebracht. Von den Forderungen des Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Karl-Heinz

Lambertz, nach einem autonomen und gleichwertigen Bestandteil im belgischen Staat und nach einer garantierten Vertretung in der Kammer, steht nichts im Abkommen. Allerdings sollen in nächster Zeit vor allem mit der wallonischen Regierung intensive Gespräche über konkrete Entscheidungen zu gewissen Kooperationsprojekten und die Festlegung eines verbindlichen Rahmens für die anstehenden Verhandlungen zur Kompetenzerweiterung der Deutschsprachigen Gemeinschaft geführt werden.

Liechtensteinische Botschaft beim Heiligen Stuhl

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein

Neben den routinemässigen Tätigkeiten der Botschaft im Bereich der Repräsentation und des Informationsaustausches sind vor allem zwei Angelegenheiten im Berichtsjahr zu erwähnen:

S.D. Fürst Hans-Adam II. und I.D. Fürstin Marie nahmen, zusammen mit vielen anderen Staatsoberhäuptern und offiziellen Delegationen an den Feierlichkeiten zur Seligsprechung von Papst Johannes Paul II. in Rom teil. Es oblag der Botschaft, die Koordination mit den involvierten Behörden vorzunehmen.

Im Rahmen der geplanten Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat leitet der Botschafter die liechtensteinische Delegation bei den Gesprächen mit dem Heiligen Stuhl. Diese Gespräche wurden im Berichtsjahr aufgenommen und werden im Jahr 2012 weitergeführt.

Liechtensteinische Botschaft in Berlin

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein

Hauptaufgaben der Botschaft sind die Pflege und der weitere Ausbau der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Deutschland. Neben den Kontakten auf Bundesebene werden auch Beziehungen zu Bundesländern gepflegt. Im Jahr 2011 konnten eine Reihe von hohen Besuchen auf Regierungs- und Staatsebene durchgeführt und dadurch die Zusammenarbeit weiter vertieft werden. Ein wichtiger Schritt in den bilateralen Beziehungen war der Abschluss und die Unterzeichnung eines weiteren Staatsvertrages; in diesem Falle eines Abkommens zur Vermeidung von Doppelbesteuerung.

Das Jahr 2011 in den Beziehungen Liechtenstein – Deutschland Abschluss eines Staatsvertrags

Nachdem im Oktober 2010 das bilaterale Steuerinformationsaustauschabkommen (TIEA) in Kraft getreten war, war das Jahr 2011 von der Fortsetzung der intensiven Verhandlungen über ein Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung, oder auch kurz «Doppelbesteuerungsabkommen» (DBA), geprägt. Nach fünf formellen Verhandlungsrunden konnten die Verhandlungen schliesslich am 16. August abgeschlossen und der Abkommenstext paraphiert werden. Die offizielle Unterzeichnung durch Regierungschef Klaus Tschütscher und seinen Amtskollegen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble fand am 17. November in Berlin statt. 2012 muss das Abkommen noch durch die Parlamente beider Länder ratifiziert werden. Sowohl der Verhandlungsverlauf, als auch die Unterzeichnung waren von einem offenen und vertrauensvollen Umgang geprägt. Mit dem DBA werden liechtensteinischen und deutschen Unternehmen ganz neue und vor allem rechtlich gesicherte Gestaltungsmöglichkeiten in Konzernverbünden ermöglicht.
Wie erwähnt, stellt das DBA bereits das zweite Abkommen im Bereich der Steuerkooperation dar. Informelle Sondierungen zu einem möglichen dritten Abkommen begannen direkt nach Abschluss des DBA. In den Sondierungsgesprächen wird versucht, eine Lösung zur Regularisierung von offenen Fragen der Vergangenheit und eine Sicherstellung der Besteuerung für die Zukunft durch das Modell einer Abgeltungssteuer zu erreichen.

Kontakte auf Regierungsebene
Am 22. Januar nahm Regierungsrätin Renate Müssner im Rahmen des «Global Forum for Food and Agriculture» am Internationalen Agrarminister-Treffen in Berlin teil. Das Treffen von etwa fünfzig Agrarministern aus aller Welt fand in der traditionellen «Grünen Woche» statt. Der inhaltliche Schwerpunkt lag auf dem Thema «Handel und Sicherung der Welternährung».

Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer besuchte vom 8. bis 11. März Deutschland. Das Programm bestand aus der Teilnahme an der Eröffnung der Internationalen Tourismusbörse ITB in Berlin, einem Treffen mit dem thüringischen Wirtschaftsminister Thomas Machnig sowie Besuchen bei liechtensteinischen Unternehmen in Apolda und Jena. Abgerundet wurde der Besuch durch ein Treffen mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden der ThyssenKrupp AG in Essen. Mit ThyssenKrupp PRESTA ist Thyssen zweitgrösster Arbeitgeber in Liechtenstein.

Am 20. Mai hielt S.D. Fürst Hans-Adam II. auf Einladung des Vorsitzenden der Paneuropa Union Deutschland, des Europaabgeordneten Bernd Posselt, in Lindau einen Vortrag zum Thema «Der Staat im Dritten Jahrtausend». Als Vortragender an der Jahrestagung nahm auch der Präsident der Republik Mazedonien, Prof. Dr. Gjorge Ivanov, teil. Mit ihm führte S.D. Fürst Hans-Adam II. am Rande der Tagung ein bilaterales Gespräch, insbesondere über die makedonischen Integrationsbemühungen in Europa.

Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer nahm vom 25. - 27. Mai am Internationalen Transportforum der OECD in Leipzig teil. Das Forum entstand 2006/7 aus der Europäischen Konferenz der Transportminister, welche wiederum im Jahr 1953 von 19 Staaten gegründet worden war. Heute gehören dem Forum 52 Staaten an. Beim diesjährigen Jahresgipfel einigten sich die Verkehrsminister auf zehn Kernbotschaften für ihre künftige Verkehrspolitik. Sie soll vor allem auf die Bedürfnisse der Gesellschaft zugeschnitten sein. Ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit, der soziale Aspekt des unbeschränkten Zugangs zu Transportsystemen, Effizienz und Sicherheit spielen dabei zentrale Rollen.

Am 13. September traf Regierungsrätin Aurelia Frick in Berlin ihren deutschen Amtskollegen Bundesaussenminister Guido Westerwelle. Die beiden Minister führten einen Gedankenaustausch über aktuelle Themen der Aussenpolitik, insbesondere die von Deutschland als Gastgeber ausgetragene Afghanistan Konferenz in Bonn Anfang Dezember. In diesem Zusammenhang informierte die Regierungsrätin über das zum gleichen Thema für Ende Oktober geplante Liechtenstein Colloquium des Liechtenstein Institute on Self-Determination in Potsdam.

Am 26. September lud S.D. Erbprinz Alois die Staatsoberhäupter von Deutschland, Österreich und der Schweiz zum mittlerweile traditionellen «Vierer-Treffen» nach Vaduz. 2011 war turnusgemäss Liechtenstein Gastgeber. Ein Schwerpunkt des Arbeitsgesprächs lag auf dem Thema Bildung.

Vom 28. bis 30. September reiste Regierungschef Klaus Tschütscher nach Norddeutschland und besuchte die Regierungschefs der Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen. In den formellen und informellen Gesprächen ging es vor allem um die Unterrichtung der Gastgeber über die internationale Abkommensstrategie Liechtensteins im Steuerbereich sowie besonders die abgeschlossenen und laufenden Verhandlungen mit Deutschland.

Regierungsrätin Aurelia Frick nahm am 5. Dezember an der Internationalen Afghanistan Konferenz in Bonn mit dem Titel «From Transition to Transformation» teil. An der Konferenz waren circa 100 Delegationen vertreten. Die Regierungsrätin gab eine offizielle Erklärung ab, in der sie vor allem die Beteiligung der Frauen am politischen Prozess forderte. Am Rande der Konferenz konnte die Regierungsrätin Gespräche mit einer Reihe von hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern aus Afghanistan und anderen Staaten führen.

Um die Beziehungen für Liechtenstein zu erweitern, lud die Botschaft mit Unterstützung Dritter zweimal zu Vortrags- und Diskussionsabenden mit Gästen aus Politik, Wirtschaft und Medien ein. Am 10. März informierte Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer in Düsseldorf über den Wirtschaftsstandort Liechtenstein in Zeiten von Eurokrise und Globalisierung. Im Rahmen seines Norddeutschland-Besuchs sprach am 28. September Regierungschef Klaus Tschütscher in Hamburg über den Wandel des Finanzplatzes Liechtenstein und die internationale Abkommenspolitik.

Kontakte in den Bereichen Wissenschaft, Kunst und Kultur

Die Präsentation von liechtensteinischer Kultur in Deutschland fiel im Jahr 2011 sehr abwechslungsreich aus, da die verschiedensten Sparten zur Geltung kamen. Am 10. Februar präsentierte Jürgen Kader sein Buch und die eigens dazu angefertigte Ausstellung «Fotoerlaubnis Liechtenstein» in Berlins grösstem Buch- und Musikgeschäft Dussmann in der Friedrichstrasse. Insgesamt 120 Gäste besuchten die Eröffnung und verfolgten das Podiumsgespräch zwischen dem Fotografen Kader und dem liechtensteinischen Botschafter in Berlin.

Am 1. Juni fand in München ein politisch-literarisches Gespräch mit den beiden Autoren Stefan Sprenger und Richard Pietrass statt. Das Format hatte sich in der Vergangenheit bewährt, es fand 2009 bereits in Berlin und in Weimar statt. Dieses Mal bot das Münchner «Lyrik Kabinett» ein sympathisches und inspirierendes Ambiente. Vor etwa 30 geladenen Münchner Gästen aus Kultur, Wirtschaft, Kirche und Politik gingen die beiden Protagonisten den gegenseitigen Perzeptionen in Deutschland und Liechtenstein nach.

Seit Oktober 2011 gibt es ein neues liechtensteinisches Residenzatelier in Berlin-Kreuzberg. Der Wechsel war nötig geworden, nachdem der Mietvertrag des bisherigen Ateliers im Stadtteil Berlin-Friedrichshain ausgelaufen war. Das neue Atelier befindet sich in einem grossen alten Gewerbehof, in dem auch andere Künstler arbeiten.

Am 30. Oktober war S.D. Erbprinz Alois Schirmherr der Einweihungsfeier der sogenannten «Rheinberger-Orgel» in der Kirche St. Michael in München und der folgenden Konzertreihe «Orgelherbst». Weiter wird hier auch das ganze Jahr 2012 Musik von Josef Gabriel Rheinberger, das gesamte geistliche Werk, aufgeführt.

Musikalisch ging es in Berlin weiter. Am 21. November fand im Rahmen der Kammerkonzertreihe «Klang der Welt» ein liechtensteinisches Kammerkonzert in der Deutschen Oper Berlin statt. Gespielt wurden liechtensteinische Volkstänze in einer Fassung von Josef Frommelt, Werke von früheren fürstlichen Hofmusikdirektoren in Wien sowie selten zu hörende Stücke von Josef Gabriel Rheinberger von seinem Lehrer Franz Lachner

und seinem Schüler Engelbert Humperdinck. Letzterer war übrigens Mitbegründer der Deutschen Oper Berlin.

Was den akademisch-wissenschaftlichen Bereich betrifft, so engagierte sich die Botschaft wie schon im vorangegangenen Jahr im Kontext «Afghanistan». Zum einen half sie bei der Organisation der Ausstellung «Türme des Wissens» im Lichthof des Auswärtigen Amtes in Berlin im Februar. Dabei handelt es sich um eine pädagogische Fotoausstellung zur Geschichte Afghanistans, welche 2008/2009 von Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein finanziert wurde. Sie wurde von Botschafter Michael Steiner, dem Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, gemeinsam mit den Botschaftern von Afghanistan, Schweiz und Liechtenstein am 2. Februar eröffnet.

Zum anderen führte vom 20. bis 23. Oktober das Liechtenstein Institute on Self-Determination an der Princeton University (LISD) im Schloss Cecilienhof in Potsdam ein «Liechtenstein-Colloquium» über Afghanistan durch. 55 internationale Experten diskutierten über die aktuelle Lage in Afghanistan. Dieses insgesamt bereits elfte Kolloquium des LISD über Afghanistan diente auch der inhaltlichen Vorbereitung im Hinblick auf die oben erwähnte internationale Afghanistan Konferenz in Bonn. Die Botschaft unterstützte die Aktivitäten des LISD in Deutschland, da in diesem Rahmen hochkarätige Experten aus aller Welt zu einem für Deutschland zentralen Thema zusammentreffen und weil sich die Veranstaltungen auf die Wahrnehmung der aussenpolitischen Rolle Liechtensteins in Deutschland sehr positiv auswirken.

Das Jahr 2011 in Deutschland

Europäische Staatsschuldenkrise

Das dominante Thema des Jahres 2011 war sicherlich die europäische Staatsschuldenkrise. Beim letzten für das Jahr 2011 entscheidenden Euro-Gipfel am 8. und 9. Dezember konnten sich Deutschland und Frankreich mit ihrem Wunsch nach einer EU-Vertragsänderung nicht durchsetzen. Insbesondere Bundeskanzlerin Merkel wollte die Verschärfung des bestehenden Euro-Stabilitätspaktes (Einführung einer Schuldenbremse in allen EU-Mitgliedstaaten und Einführung eines automatischen Sanktionsmechanismus) in den Lissabonner EU-Vertrag integrieren, scheiterte aber am Veto Grossbritanniens. Daraufhin einigten sich die 17 Euro-Länder auf einen zwischenstaatlichen, ausserhalb der EU-Verträge stehenden völkerrechtlichen Vertrag, die «Stabilitätsunion 17plus». Dessen Unterzeichnung ist für März 2012 geplant.

Der Anteil Deutschlands an den europäischen Rettungsmassnahmen für Griechenland und den Euro ist gewaltig: Nachdem im Juli von den europäischen Staats- und Regierungschefs beschlossen worden war, die Garantiesumme der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) von 440 Mia. Euro auf 780 Mia. Euro nahezu zu verdoppeln, verdoppelte sich auch fast die Bürgschaft Deutschlands im Rahmen der EFSF, nämlich von 119 auf 211 Milliarden Euro. Das sind 27 Prozent an der bisherigen Gesamtausstattung der EFSF. Daneben stehen zusätzlich die Kredite für Griechenland (22,4 Mia. Euro) und die Bareinlage für den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM (22 Mia. Euro). Nach Schätzungen von Ökonomen betrug Ende 2011 das tatsächliche Haftungsvolumen Deutschlands im Falle eines Ausfalls, beispielsweise einer Insolvenz von einem oder mehreren Euro-Staaten, über 465 Mia. Euro.

Innenpolitische Situation

Das Jahr 2011 war stark geprägt von den Landtagswahlen in sieben Bundesländern (Hamburg, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin). Dabei zeichneten sich verschiedene Trends ab. Vor allem in Westdeutschland stieg die Bedeutung der Partei Bündnis90/Die Grünen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik stellt diese Partei in einem Bundesland, Baden-Württemberg, sogar den Ministerpräsidenten. Die Partei profitierte sicherlich von der wachsenden Unsicherheit der Öffentlichkeit gegenüber Atomkraft nach der verheerenden Atomkatastrophe von Fukushima/Japan im März, aber auch von innenpolitischen Auseinandersetzungen, wie beispielsweise den Bürgerprotesten gegen das Bahnprojekt «Stuttgart 21».

Dagegen schaffte die FDP nur in zwei von sieben Landtagswahlen den erneuten Einzug in das Parlament. Sie musste 2011 ein wahres Krisenjahr erleben. Nachdem sie bei der Bundestagswahl 2009 stolze 14,6 Prozent erreicht hatte und damit zum Juniorpartner der Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde, kam sie in Umfragen von Ende Dezember 2011 nicht einmal mehr auf 5 Prozent, der Hürde für den Einzug in den Deutschen Bundestag. Die FDP war mit Stand 31.12.2011 noch im Saarland, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Sachsen, Hessen und Bayern an der Regierung beteiligt.

Für die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat, der parlamentarischen Vertretung der Länder, bedeuteten die Ergebnisse der sieben Landtagswahlen im Jahr 2011 eine Schwächung des Regierungslagers unter Führung von Bundeskanzlerin Merkel (CDU). Es verfügte hier nicht mehr über eine gesicherte Mehrheit.

Wirtschaftliche Situation

Nach dem Krisenjahr 2009 und dem kräftigen Wachstum 2010 zeigte sich die deutsche Wirtschaft 2011 ebenfalls robust. Für das Gesamtjahr verlautete das Statistische Bundesamt ein Wachstum des Bruttoinlandproduktes BIP von 3,0 Prozent. Im Laufe des Jahres wurde im BIP auch wieder das Niveau vor der Krise erreicht. Der weitere Aufschwung fand im Wesentlichen in der ersten Hälfte 2011 statt. Auch der Arbeitsmarkt entwickelte sich positiv. Zwei Drittel des Wachstums dürften aus der Bin-

nennachfrage resultieren, das restliche Drittel aus dem Exportgeschäft. Unter der europäi-schen Staatsschuldenkrise hat die deutsche Wirtschaft offensichtlich noch nicht gelitten.

Eine langfristige wirtschaftspolitische Entscheidung war der von der Bundesregierung am 6. Juni beschlossene Atomausstieg bis zum Jahr 2022. Die während eines dreimonatigen Moratoriums in Folge der Katastrophe von Japan abgeschalteten sieben Kernkraftwerke sowie das Kernkraftwerk Krümmel werden nicht wieder ans Netz gehen. Die verbleibenden neun Atomkraftwerke in Deutschland werden stufenweise bis 2022 abgeschaltet. Die stärkere Förderung von Strom aus Wind, Sonne und Biogas wird nach den Berechnungen der Bundesregierung rund eine Milliarde Euro im Jahr zusätzlich kosten. Der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien an der gesamten Stromproduktion soll kontinuierlich erhöht werden: bis 2050 auf mindestens 80 Prozent. Heute liegt der Anteil der erneuerbaren Energien bei etwa 17 Prozent, der Anteil der Kernenergie an der Stromproduktion beträgt momentan noch 22 Prozent.

Liechtensteinische Botschaft in Washington

Leiterin: Botschafterin Claudia Fritsche

Im Berichtsjahr war die stagnierende Wirtschaft in den USA das Hauptthema, welchem die meisten anderen untergeordnet wurden. Damit zusammenhängend kam der Krise in der Eurozone sowohl auf politischer Ebene als auch in den Medien grosse Aufmerksamkeit zu. Angesichts des anhaltend hohen Defizits musste die Schuldenobergrenze erhöht werden, um das Land vor der Zahlungsunfähigkeit zu bewahren. Der zermürbende Prozess, welcher im Zusammenspiel von Kongress und Präsident in letzter Minute zu dieser Entscheidung führte, verstärkte die Politikverdrossenheit in der amerikanischen Öffentlichkeit.

Obwohl in verschiedenen Zusammenhängen die Bonität der USA in Frage gestellt und Alternativen zum US-Dollar zur Debatte standen, wurde die Dominanz der amerikanischen Währung infolge der Schwankungen der Weltmärkte gestärkt. Trotz drastischer Ausgabenkürzungen ist das amerikanische Militär nach wie vor das weltweit schlagkräftigste. Aber es sind die amerikanischen Ideale des Glaubens an eine freizügige Demokratie, an die Rechtsstaatlichkeit und an die freie Marktwirtschaft, die in den letzten Jahren an Glanz verloren haben. Die vorletzte Präsidentenwahl musste vor Gericht entschieden werden. Die Verteidigung der Menschenrechte wurde arg beschädigt durch die Aufrechterhaltung von Guantánamo Bay, den Skandal von Abu Ghraib und die durch die anhaltenden Drohnenangriffe in Pakistan getöteten Zivilisten. Die Finanzkrise von 2008 untergrub das Vertrauen in den Kapitalismus. Somit ist vorauszusagen, dass im Wahlkampf intensiv über die amerikanische Rolle in der Welt debattiert wird.

Die Reaktionen in den USA auf die europäische Schuldenkrise waren durchwegs negativ. Es besteht wenig Verständnis und Geduld für die komplizierten politischen Mechanismen innerhalb der EU und die damit verbundenen langwierigen Debatten. Viele amerikanische Medien benützten die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, dass das «Euro-Experiment» von Anfang an keine langfristigen Chancen gehabt habe. Das politische Wahlkampfklima war dazu angetan, in übertriebenen Formulierungen Europa als «aufgeblasene Wohlfahrtsstaaten» zu bezeichnen und darauf hinzuweisen, dass die USA tunlichst vermeiden sollten, «wie Europa zu werden». Es gibt jedoch auch seriöse Europa-Kenner, die immer wieder die Bedeutung der wirtschaftlichen und politischen transatlantischen Verflochtenheit betonten.

Die «Occupy Wall Street»-Protestbewegung entwickelte sich im Laufe des Jahres zu einer weit umfassenderen Bewegung und weitete sich auf andere amerikanische Städte und mittlerweile auch Länder ausserhalb der USA aus. Sie hat keinen konkreten Forderungskatalog, keine Führung und präsentiert kein eigenes Programm. Vor allem junge Demonstranten haben eines gemeinsam: sie fühlen sich um ihre Zukunft betrogen und bilden daher eine Art Ehrenrettung der amerikanischen Zivilgesellschaft.

Finanzplatzrelevante Entwicklungen

Die amerikanische Steuerbehörde gab ihre Absicht bekannt, die bisherigen Regeln betreffend «whistleblowers» zu ändern, um es diesen Informanten zu erleichtern, in den Besitz ihrer Belohnung zu kommen. Bekanntlich locken in solchen Fällen Summen in der Höhe von bis zu 30% des involvierten Steuerbetrages. Die Definition der sich für eine solche Entschädigung qualifizierenden «whistleblowers» soll sich allerdings nicht auf Informanten erstrecken, welche Steuerhinterzieher ans Tageslicht bringen. Es handelt sich vielmehr um «whistleblowers», welche der IRS die Namen ihrer Arbeitgeber, Nachbarn oder Familienmitglieder im Zusammenhang mit unversteuerten Aktivitäten nennen.

Die amerikanische Steuerbehörde (IRS) lancierte im Februar ein neues freiwilliges Offenlegungsprogramm für Steuersünder, diesmal gültig für sechs Monate. Die Bedingungen waren etwas weniger vorteilhaft als beim letzten Offenlegungsprogramm, aber es wurde nach wie vor zugesichert, dass die Steuersünder nicht angeklagt werden. Wer sich freiwillig meldete, musste rückwirkend auf die letzten acht Jahre nebst den eigentlichen Steuern zusätzlich 25% des ausländischen Bankguthabens als Strafe bezahlen, wobei von der Summe des Höchstkontostandes ausgegangen wird. Sonderlösungen wurden für Guthaben unter USD 75'000 angeboten, vor allem für vererbte Konten.

Am 5. Mai fand im University Club in Zusammenarbeit mit der American Bar Association/Criminal Justice

Section and White Collar Crime Tax Fraud Subcommittee eine Paneldiskussion zu folgendem Thema statt: «Bank Secrecy, Tax Havens and Trends Toward Transparency: Liechtenstein and Beyond». Katja Gey wirkte im Panel mit. Botschafterin Fritsche gab einführende Bemerkungen.

Die Bemühungen, im US-Finanzministerium beziehungsweise bei der US-Steuerbehörde Interesse für ein bilaterales Offenlegungsprogramm zu wecken, wurden auf informelle Art fortgesetzt. Von einer pro-aktiveren Vorgangsweise wurde in der zweiten Jahreshälfte angesichts der Exponiertheit verschiedener Schweizer Banken (einschliesslich LLB-Tochter in der Schweiz) innerhalb der zuständigen US-Regierungsstellen und vor allem in der US-Presse abgesehen.

Als Folge der intensivierten Lobbying-Tätigkeit verschiedener europäischer und aussereuropäischer Regierungen gab die amerikanische Steuerbehörde IRS Mitte Juli bekannt, dass der Zeitplan für die Inkraftsetzung von FATCA, ursprünglich auf den 1. Januar 2013 vorgesehen, wie folgt angepasst wird: Für neue Kunden müssen die Regelungen erst ab 1.7.2013 erfüllt werden. Der Einbehalt der FATCA-Quellensteuer auf US-Erträge beginnt am 1.1.2014, in einigen Fällen sogar erst am 1.1.2015. Das FATCA-Reporting muss erstmals bis zum 30.9.2014 vorgenommen werden. Um einem Steuereinbehalt ab dem 1.1.2014 vorzubeugen, muss die Übereinkunft der Finanzinstitute mit dem IRS bis zum 30.6.2013 abgeschlossen sein.

Am 12. Juli wurde der bekannte Gesetzesentwurf Stop Tax Haven Abuse Act (STOP) von Senator Carl Levin in einer neuen Form wieder eingeführt. Diesmal entbehrt der Entwurf jeglicher Länderliste, was aus liechtensteinischer Sicht in der Vergangenheit der grösste Stein des Anstosses war. Wie bereits früher wurde der Entwurf im Repräsentantenhaus von Congressman Lloyd Doggett eingeführt, er hat etwas mehr als 50 Co-Sponsoren. Mitarbeiter von insgesamt drei dieser Co-Sponsoren waren Teil jener Gruppe, welche Mitte August Liechtenstein besuchte. Der Besuch bot Gelegenheit, STOP II mit ihnen zu diskutieren.

Am 2. August reichten die Senatoren Carl Levin und Chuck Grassley gemeinsam einen Gesetzesentwurf ein, welcher die nach amerikanischem Recht gegründeten Strohfirmen (shell companies) betrifft («The Incorporation Transparency and Law Enforcement Assistance Act»). Die Senatoren begründeten die Einreichung unter anderem wie folgt: «Korrupte Politiker, Terroristen, Steuersünder, Drogenhändler und andere Kriminelle sollen sich nicht mehr länger hinter den anonymen Firmen verstecken können». Ausländische Firmengründer müssten demnach hinkünftig gegenüber dem betroffenen Bundesstaat (Delaware, Wyoming) Aufschluss geben über die wirtschaftlich Berechtigten beziehungsweise Inhaber der Gesellschaft.

Die freiwilligen Offenlegungsprogramme von 2009 und 2011 führten gemäss der amerikanischen Steuerbehörde IRS zu insgesamt rund 30'000 Selbstanzeigen betreffend Bankkonten in 140 Ländern. Aus dem Programm 2009 seien USD 2.2 Milliarden Einnahmen geflossen. Das 2011-Programm soll über USD 500 Millionen gebracht haben; diese Zahl reflektiert jedoch nur die Anzahlungen und wird sich demzufolge noch um einiges erhöhen.

Der demokratische Congressman Jerry McNerney aus Kalifornien reichte am 3. November einen Gesetzesentwurf ein, wonach das amerikanische Steuergesetz durch einen Paragraphen ergänzt werden soll, welcher potentielle Steuerparadiese für amerikanische Unternehmen definiert. Die genannten Kriterien sind wie folgt: 1) Steuersatz im betreffenden Land, 2) Mangel an effektivem Informationsaustausch zwischen den Regierungen, 3) Mangel an Transparenz im Finanzdienstleistungssektor, 4) mangelndes Erfordernis einer effektiven wirtschaftlichen Tätigkeit, 5) Anreize für ein US-Unternehmen, im betreffenden Land anstelle der USA zu investieren, 6) weitere Faktoren, die im Ermessen des US-Finanzministers liegen. Der Gesetzesentwurf wurde an die zuständigen Ausschüsse weitergeleitet.

Bilaterale Beziehungen

Die bilateralen Beziehungen zwischen Liechtenstein und den USA drückten sich im Berichtsjahr auf Regierungsebene in der Fortsetzung der Zusammenarbeit in den einschlägigen Bereichen aus. Dazu gehören regelmässige Zusammenkünfte der Botschaft mit den Mitarbeitern des für Liechtenstein zuständigen Referats im State Department, welches neu unter der Leitung von Michael Morrow steht. Mit US-Botschafter Don Beyer in Bern wird ebenfalls regelmässig Kontakt gehalten. Er war unter anderem sehr hilfreich bei der Lösung der «dual-use goods»-Angelegenheit.

Die im Frühjahr eingeleiteten Bemühungen zur Ausräumung der Ungleichbehandlung liechtensteinischer Unternehmen im Bereich Import und Export von «dual-use goods», d.h. von Produkten, die für militärische Zwecke genützt werden können, konnten im Oktober erfolgreich abgeschlossen werden. Es ging in erster Linie darum, gegenüber dem amerikanischen Handelsministerium zu verdeutlichen, dass der Zollvertrag zwischen Liechtenstein und der Schweiz das entsprechende Sanktionen- und Kontrollregime abdeckt. Direkt betroffen sind die Betriebe Oerlikon Balzers und Inficon.

Am 28. September weilten der Presse-Attaché der US-Botschaft in Bern, Alex Daniels, und Ron Hawkins, für Liechtenstein zuständiger Public Diplomacy Desk Officer im State Department in Washington, zu einem eintägigen Besuch in Liechtenstein. Zweck des Besuches waren allgemeine Informationen und ein besseres Kennenlernen der Medienlandschaft. Das Programm beinhaltete unter anderem Treffen mit den einschlägigen Regierungsstellen und Verantwortlichen an der Universität Liechtenstein.

Kongress

Die öffentliche Meinung in den USA stellt dem Kongress seit Jahren kein gutes Zeugnis aus. Die Zustimmungsrate lag im Berichtsjahr bei 17% und damit so tief wie nie zuvor. Viele Sachfragen konnten aufgrund politischer Unstimmigkeiten keiner Lösung zugeführt werden.

Die bestehenden guten Beziehungen mit dem Kongress wurden gepflegt und erweitert. Persönliche Kontakte fanden sowohl auf der Ebene der Abgeordneten als auch ihrer MitarbeiterInnen statt.

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag eines bilateralen Offenlegungsprogramms fanden im Januar und Februar Treffen mit insgesamt 16 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der einschlägigen Ausschüsse statt, um sie über die liechtensteinische Initiative zu informieren, darunter Mitarbeiter des aussenpolitischen Ausschusses sowie des Ausschusses für Finanzdienstleistungen und des Ways and Means Committee im US-Repräsentantenhaus, des Bankenausschusses, des aussenpolitischen Ausschusses sowie des Finanzausschusses des US-Senats. Das «Ways and Means Committee» (wörtlich «Mittel-und-Wege-Ausschuss») ist ein wichtiger Ausschuss des Repräsentantenhauses. Seine sehr weit gefasste Zuständigkeit erstreckt sich nicht nur auf die Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik, sondern auch auf die Sozialversicherungssysteme und einige familienpolitische Themenbereiche.

Am 12. und 13. April trafen sich Vorstandsmitglieder der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, welche sich zu ihrem traditionellen Besuch in Washington aufhielten, mit nachfolgenden Mitgliedern des Senats und des Repräsentantenhauses:

– Senator Mike Johanns
– Senator Tom Coburn
– Senator Jack Reed
– Congressman Jim Sensenbrenner
– Congressman Maurice Hinchey
– Congressman Nick Rahall
– Congressman Tom Petri
– Mitarbeitern von Congressman Spencer Bachus

Die Botschafterin führte Gespräche mit nachfolgenden Mitgliedern des Repräsentantenhauses, in deren Wahlkreis sich ein liechtensteinisches Unternehmen befindet:

– Congressman Larry Bucshon, Bundesstaat Indiana – ThyssenKrupp Presta
– Congresswoman Kathy Hochul, Bundesstaat New York – Ivoclar Vivadent
– Congressman Randy Hultgren, Bundesstaat Illinois – Oerlikon Balzers

Zum dritten Mal erfolgte der Besuch einer Gruppe von hochrangigen Mitarbeitern des US-Kongresses in Liechtenstein (15.-17. August). Die acht Besucher wurden von Matthew Keller begleitet. Das Programm umfasste Gespräche mit Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer, Regierungsrätin Aurelia Frick, Katja Gey sowie mit Vertretern des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, des Bankenverbandes, der FMA, der Treuhändervereinigung, des Versicherungsverbandes, des Anlagefondsverbandes, der Staatsanwaltschaft, der Industrie- und Handelskammer und der Klimastiftung. Eine Besichtigung der Neutrik AG vermittelte den Besuchern einen Einblick in die produzierende Industrie. S.D. Erbprinz Alois empfing die Gruppe auf Schloss Vaduz. Eine Besichtigung des Landtaggebäudes und des Landesarchivs verdeutlichte umweltbewusstes Bauen. Diese sehr wertvolle Gelegenheit, den Besuchern Liechtenstein näher zu bringen, hat im Hinblick auf die Finanzplatzthemen besondere Bedeutung. Die Einladung erfolgt jeweils gezielt an hochrangige Mitarbeiter von einflussreichen Mitgliedern des Kongresses sowie einschlägigen Ausschüssen.

Der Besuch von Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer wurde ebenfalls dazu benützt, um die Kontakte im Kongress zu festigen und zu erweitern. Im Rahmen des Besuchsprogramms fand am 8. September eine Veranstaltung mit den Congressional Friends of Liechtenstein Caucus (derzeit 16 Mitglieder) statt, innerhalb welcher die liechtensteinischen Industriebetriebe ihre Produkte vorstellen und mit Mitgliedern des Kongresses und ihren Mitarbeitern zusammentreffen konnten. Es nahmen acht Kongressabgeordnete und rund ein Dutzend ihrer Mitarbeiter teil. Individuelle Treffen des Regierungschef-Stellvertreters fanden mit nachfolgenden Mitgliedern des Kongresses statt:

– Congressman Jim Sensenbrenner
– Congressman Cliff Stearns
– Senator Mark Udall

Honorarkonsulate

Die im Juli 2011 auslaufenden Übereinkünfte mit den Honorarkonsuln Leodis Matthews in Los Angeles und Dr. Bruce Allen in Macon/Atlanta wurden von der Regierung auf Empfehlung der Botschaft für weitere vier Jahre verlängert.

Paul Donahue, liechtensteinischer Honorarkonsul in Chicago, konnte in den ersten sechs Monaten seiner Amtszeit wichtige Kontakte innerhalb des konsularischen Corps, mit kulturellen und akademischen Institutionen sowie mit dem Swiss Business Hub in Chicago knüpfen. Er besuchte Liechtenstein auf eigene Initiative vom 17.-20. September. Ein Ganztagesprogramm am 19. September bestand aus Treffen beziehungsweise Gesprächen mit Frau Regierungsrätin Aurelia Frick und Katja Gey sowie im Rahmen von Mittag- und Abendessen mit Vertretern der LIHK, des Bankenverbandes, der Vereinigung des konsularischen Corps sowie Liechtenstein Tourismus. Eine Besichtigung von Hilti AG und eine Führung durch das Landesmuseum sowie das Landtagsgebäude rundeten das Programm ab.

Honorarkonsulin Mary Jean Thompson war im Berichtsjahr Präsidentin des konsularischen Corps in Portland. Entgegen den üblichen Gepflogenheiten wird

dieses Amt nicht aufgrund der Seniorität verteilt. Sie unterstützte unter anderem den Schweizer Generalkonsul in San Francisco in Bezug auf Kontakte in Portland im Hinblick auf Veranstaltungen zum Thema direkte Demokratie. Konsulin Thompson hat die im April 2012 stattfindende Konzerttournee von Jürg Hanselmann initiiert und ist aktiv an deren Organisation beteiligt. Sie hielt zudem verschiedene Vorträge über Liechtenstein und konnte die Kontakte mit hochrangigen lokalpolitischen Vertretern vertiefen. Konsulin Thompson begleitete die Botschafterin auf ihrer Reise nach Seattle Anfang Dezember und war massgeblich beteiligt an der Gestaltung und Vorbereitung des Programms, wozu sie ihre Kontakte in Seattle entsprechend nutzen konnte. Des Weiteren organisierte sie für Prof. Francesco Schurr von der Universität Liechtenstein eine Vortragsmöglichkeit in Portland.

Honorarkonsul Leodis Matthews stellte die Dienste seiner Kanzlei in Los Angeles sowie eines befreundeten Anwalts in Washington pro bono zur Verfügung, um die Herausgabe eines Bildes von Stephan Sude durch die Alex Gallery zu erwirken. Leider war dem Unterfangen kein Erfolg beschieden. Er empfing und betreute zwei Vertreter der Klimastiftung Liechtenstein, welche sich zu verschiedenen Treffen in Kalifornien aufhielten. Konsul Matthews ist aktives Mitglied des konsularischen Corps in Los Angeles. Leodis Matthews hielt sich im Dezember mit seiner Familie zu einem privaten Besuch in Liechtenstein auf, um Land und Leute noch besser kennenzulernen.

Mit Hilfe von Honorarkonsul Dr. Bruce Allen kam der Kontakt zwischen der Universität Liechtenstein und dem J. Mack Robinson College of Business, Georgia State University, zustande und resultierte in einer Vereinbarung betreffend Austausch von Studenten. Seit Herbst 2011 studieren erstmals zwei liechtensteinische Studenten an diesem College in Atlanta. Konsul Dr. Allen ist sehr aktiv innerhalb des konsularischen Corps in Atlanta und nimmt dort eine Protokoll-Liaison-Position ein. Er hat zudem gute Verbindungen zu einigen akademischen Institutionen, zur Presse, zu den Lokalbehörden sowie zum Goethe-Institut. Dr. Allen konnte die Visibilität des liechtensteinischen Honorarkonsulats in Macon/Atlanta des Weiteren dadurch erhöhen, dass er im Oktober im Rahmen des von ihm initiierten Public Diplomacy-Symposiums an der Universität von Georgia bei einigen Anlässen als Moderator auftrat. Dr. Allen nahm am Besuchsprogramm von Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer in Charlotte, North Carolina, teil.

Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit

Im kulturellen Bereich konnten aus den bekannten Gründen nur beschränkte Akzente gesetzt werden. Erstmals haben sich allerdings die liechtensteinischen Unternehmen in den USA bereit erklärt, einen kulturellen Anlass im Jahr 2012 zu sponsern.

Die dritte Ausgabe des Buches «Best European Fiction 2012», welche im November des Berichtsjahres veröffentlicht wurde, enthält wiederum einen liechtensteinischen Beitrag (diesmal von Patrick Boltshauser). Wie auch die beiden vorangegangenen Bände (2011, 2010, ebenfalls mit einem liechtensteinischen Beitrag) ist das Buch sehr populär und wurde sowohl von Time Magazine, New York Times, Wall Street Journal, Chicago Tribune, Financial Times, Vogue Magazine als auch The Guardian positiv kommentiert.

Im Rahmen von insgesamt 35 Anlässen wurden im Berichtsjahr 784 Gäste in der Botschaftsresidenz empfangen (Mittagessen, Abendessen, kleinere und grössere Empfänge, Briefings).

9. Februar	Besuch einer Schülergruppe der International School of the Americas in der Botschaft – Kurzvortrag der Botschafterin mit anschliessenden Erfrischungen
18. Febr.	3. Liechtenstein Lounge in der Residenz
16. März	Vortrag der Botschafterin mit anschliessendem Empfang in der Residenz für 45 Mitglieder der Washington Intergovernmental Professional Group
30. März	Vortrag der Botschafterin mit anschliessendem Empfang in der Residenz für 35 Mitglieder des National Press Club
14. April	Empfang in der Residenz für die Mitglieder des National Advisory Board, National Museum of Women in the Arts
5. Mai	Paneldiskussion im University Club: «Bank Secrecy, Tax Havens and Trends Toward Transparency: Liechtenstein and Beyond» mit Katja Gey als Panelteilnehmerin und einführenden Bemerkungen durch die Botschafterin
	Empfang in der Residenz für 50 Steueranwälte/TeilnehmerInnen an der obigen Paneldiskussion
13. Mai	Gemeinsame Veranstaltung von CSIS/Liechtensteinische Botschaft im Rahmen des Small States Forum mit Botschafter John K. Veroneau, former Deputy U.S. Trade Representative, zum Thema: «The Future of U.S. Trade Policy and its Implications for Multilateral Trade»
14. Mai	4. Liechtenstein Lounge – Sondergast Dr. John Hamre, Präsident und CEO von CSIS (Center for Strategic and International Studies) sprach zum Thema: «Arab Spring – The Way Ahead»
21. Mai	Teilnahme der Botschaft mit einem eigenen Stand (betreut durch Tamara Büchel-Brunhart) am jährlichen Children's Festival im Meridian Center
7. Juni	Gemeinsame Veranstaltung von CSIS/Liechtensteinische Botschaft im Rahmen des Small States Forum mit zwei Experten von CSIS und der Heinrich Böll Stiftung zum Thema «The Future of Nuclear Energy Policy»

9. Juni Höflichkeitsbesuch der Botschafterin beim neuen Bürgermeister von Washington, Vincent Gray

21.-22. Juni Reise der Botschafterin nach Terre Haute und Indianapolis
- Treffen mit dem Gouverneur des Bundesstaates Indiana, Mitch Daniels
- Vortrag vor Mitgliedern der Indianapolis Bar Association
- Besichtigung von ThyssenKrupp Presta in Terre Haute
- Vortrag im Rose-Hulman Institute of Technology
- Treffen mit dem Bürgermeister von Terre Haute, Duke Bennett

15. Juli 5. Liechtenstein Lounge

20. Juli Besuch einer 25-köpfigen Gruppe der Global Young Leaders (15 bis 18-jährige SchülerInnen/StudentInnen aus aller Welt) in der Botschaft – Kurzvortrag von Matthew Keller mit anschliessender Fragestunde

14. Sept. Gemeinsame Veranstaltung von CSIS/ Liechtensteinische Botschaft im Rahmen des Small States Forum zum Thema «U.S. Policy and the Global Economic Outlook»

29. Sept. Vortrag der Botschafterin in der Residenz vor 50 Mitgliedern der Women's Diplomatic Series

30. Sept. 6. Liechtenstein Lounge in der Residenz mit Sondergast Kojo Nnamdi, der in Washington durch seine tägliche NPR-Radiosendung («The Kojo Nnamdi Show») bekannt ist

11.-12. Okt. Reise der Botschafterin nach Chicago:
- Teilnahme an einem Panel im Rahmen des DLA Piper Global Women's Leadership Summit
- Vortrag an der Loyola University Law School
- Treffen mit Honorarkonsul Paul Donahue

20.-21. Okt. Reise der Botschafterin nach Vermont:
- Vortrag Norwich University
- Vortrag Middlebury College/Rohatyn Center for International Affairs
- Arbeitsfrühstück/Präsentation Bankenverband von Burlington, Vermont

16. Nov. Gemeinsame Veranstaltung von CSIS/ Liechtensteinische Botschaft im Rahmen des Small States Forum zum Thema Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2012

17. Nov. Vortrag der Botschafterin vor dem liechtensteinischen konsularischen Corps

30.Nov.-2. Dez.: Reise der Botschafterin nach Seattle:
- Treffen mit dem Bürgermeister
- Vortrag an der Universität von Washington
- Informelles Briefing für Mitglieder des World Affairs Council
- Besichtigung der Chihuly Studios (Dale Chihuly ist einer der bekanntesten Glaskünstler der USA)
- Besuch der Theateraufführung «The Man in the Newspaper Hat» der liechtensteinisch-amerikanischen Regisseurin Katrin Hilbe
- Besichtigung des Boeing-Unternehmens in Everett
- Vortrag Women's International Forum
- Besuch am Hauptsitz der Bill & Melinda Gates Foundation
- Abendessen für geladene Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur

Liechtensteinische Besuche in den USA

René Brülhart und Katja Gey hielten sich zu Gesprächen mit Mitarbeitern des amerikanischen Finanzministeriums und der Steuerbehörde (IRS) sowie weiteren Amtsstellen an folgenden Daten in Washington auf: René Brülhart am 18. Januar, 28. März, 14./15. Juni und am 21./22. September (mit Mitarbeiter Samuel Roth), Katja Gey am 28. März.

Das Besuchsprogramm für die zwei Vorstandsmitglieder der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, Michael Hilti und Klaus Risch, welche vom 12.-14. April in Begleitung von LIHK-Geschäftsführer Josef Beck nach Washington reisten, beinhaltete unter anderem nachfolgende Treffen:
- Commissioner Kathleen L. Casey, U.S. Securities and Exchange Commission
- Chairwoman Deanna Tanner Okun, U.S. International Trade Commission
- José Fernandez, Assistant Secretary of State for Economic Affairs
- Kevin Wolf, Assistant Secretary for Export Administration, Department of Commerce
- Co-Vorsitzende des Congressional Friends of Liechtenstein Caucus, Congressman Joe Crowley and Congressman John Sullivan
- Congressman Jim Sensenbrenner, Congressman Maurice Hinchey, Congressman Jim McDermott, Congressman Nick Rahall
- Senator Tom Coburn, Senator Jack Reed, Senator Mike Johans
- Briefing im Peterson Institute for International Economics
- Arbeitsfrühstück mit Vertretern von Politik, Think Tanks und Verbänden
- Empfang zu Ehren der Delegation in der Residenz mit Vertretern von Politik, Privatwirtschaft, Verbänden, Medien, sowie kulturellen und akademischen Institutionen

Am 10. Juni sprach S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein im Rahmen einer Mittagsveranstaltung in den Räumlichkeiten der Heritage Foundation über

sein Buch «Der Staat im Dritten Jahrtausend». Der Präsident der Heritage Foundation, Ed Feulner, hatte den Teilnehmerkreis persönlich ausgesucht und eingeladen.

Der Besuch von Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer, in Begleitung von Christian Hausmann, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, und Ressortsekretär Sandro D'Elia führte vom 6.-9. September in vier verschiedene Städte, nämlich New York, Princeton, Washington und Charlotte, North Carolina. Im Rahmen des Standortförderungskonzepts diente der Besuch in erster Linie der besseren Bekanntmachung Liechtensteins als Industrie- und Investitionsstandort, der Auslotung von verstärkten Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Switzerland Tourism und dem Swiss Business Hub sowie dem Informationsaustausch über aktuelle Wirtschaftsthemen. Nachstehend die wichtigsten Programmpunkte:

New York:
- Gespräch mit dem Vertreter von Switzerland Tourism
- Gespräch mit dem Leiter des Swiss Business Hub und Vertretern des Schweizerischen Generalkonsulats

Princeton:
- Gedankenaustausch mit Vertretern der Wirtschaftsfakultät sowie der Dekanin der Woodrow Wilson School
- Besuch des Liechtenstein Institute on Self-Determination

Washington DC:
- Treffen mit Under-Secretary of Commerce Eric L. Hirschhorn
- Treffen mit Vertretern der liechtensteinischen Unternehmen in den USA (Hilti USA, Ivoclar Vivadent, ThyssenKrupp Presta, Oerlikon Balzers)
- Empfang in der Botschaft mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, den Medien, usw.
- Frühstücksveranstaltung mit dem «Congressional Friends of Liechtenstein Caucus»: Präsentation der liechtensteinischen Unternehmen. Es nahmen acht Mitglieder des Kongresses sowie rund ein Dutzend Mitarbeiter teil
- Treffen mit Congressman Jim Sensenbrenner, Congressman Cliff Stearns sowie Senator Tom Udall

Charlotte, NC:
- Besuch von Neutrik USA
- Arbeitsmittagessen mit Vertretern der Handelskammer sowie Energie- und Umweltspezialisten der University of North Carolina

Eine Delegation der FMA reiste Mitte November zu Ausbildungszwecken (SEC) für eine Woche nach Washington und stattete der Botschaft einen Besuch ab.

Anfang Dezember hielten sich Robert Wallner, Leiter der Staatsanwaltschaft, und Gert Zimmermann, Ressort Justiz, in Washington zu Konsultationen mit Beamten des Justizministeriums auf.

Liechtensteinische Botschaft in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Aufgabe der Botschaft war es, die liechtensteinischen Interessen in Österreich zu wahren und die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten zu fördern. Im vergangenen Jahr fand eine Reihe von hochrangigen Besuchen, sowohl auf politischer als auch auf Beamtenebene, statt. Neben der Vorbereitung und Koordination dieser Treffen gehörten die Bearbeitung diverser Anfragen zu Liechtenstein, die Imagepflege sowie die konsularische Betreuung liechtensteinischer Staatsbürger in Österreich zu den Aufgaben der Botschaft in Wien. Besonders hervorzuheben ist auch im Jahr 2011 die Konkretisierung der Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik, die über die Botschaft in Wien erledigt wird.

Die Beziehungen Liechtenstein – Österreich

Am 27. Juni hielt S.D Fürst Hans Adam II. auf Einladung des Präsidenten des Bundesrates Gottfried Kneifel vor der Österreichischen Parlamentarischen Gesellschaft im Parlament eine Rede zu seinem Buch «Der Staat im dritten Jahrtausend». Auf Einladung S.D. Erbprinz Alois fand am 26. Juni das deutschsprachige Staatsoberhäuptertreffen zum zweiten Mal in Liechtenstein statt.

Besuche auf Regierungsebene

Die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich wurden, wie in den vergangenen Jahren, im Berichtsjahr 2011 durch zahlreiche Treffen auf höchster Ebene sowohl in Liechtenstein als auch in Österreich gepflegt.

Regierungschef Klaus Tschütscher traf am 3. Januar den Tiroler Landeshauptmann Günther Platter und den Finanzminister des Landes Baden-Württemberg Willi Stächele in Innsbruck.

Am 31. Januar reiste Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer für ein Treffen mit Bundsministerin Doris Bures (Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technik) nach Wien und hielt zudem einen Vortrag beim Forum der «Jungen Industrie» der Industriellenvereinigung.

Das jährliche Treffen der liechtensteinischen Regierung mit der Vorarlberger Landesregierung fand dieses Jahr am 22. Februar in Balzers statt.

Vom 3. - 4. März nahm Regierungsrat Hugo Quaderer am jährlichen Vierländertreffen der Innenminister Deutschlands, Österreichs, der Schweiz und Liechtensteins teil. Zudem traf sich Regierungsrat Hugo Quaderer mit Bundesministerin Beatrix Karl (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung).

Auf Einladung von Justizministerin Claudia Bandion-Ortner nahm Regierungsrätin Aurelia Frick vom 4. - 6. März an der 39. Präsidentenkonferenz der österreichischen Rechtsanwaltskammer teil und führte diverse Arbeitsgespräche.

Am 24. März besuchte Regierungsrätin Aurelia Frick das Vorarlberger Landeskonservatorium.

Vom 28. - 30. März reiste Regierungschef Klaus Tschütscher nach Wien und setzte im Rahmen dieses Besuches mit den Themen «Agenda 2020» und «Steuerkontrollmassnahmen» den Auftakt zur Serie «Liechtenstein im Gespräch». Dieser Besuch umfasste zudem Treffen mit Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek (Bundesministerium für Frauenangelegenheiten und Öffentlichen Dienst), Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend Verena Remler und mit dem Präsidenten der Österreichischen Wirtschaftskammer, Dr. Christoph Leitl.

Am 31. März überreichte Regierungsrat Hugo Quaderer, Frau Mag. Dr. Nina Clementi, Herrn Mag. Dr. Michael Bahn und Herrn Mag. Dr. Klaus Amann, in Innsbruck, den an beiden Innsbrucker Universitäten verliehenen Liechtenstein-Preis.

Am 4. April trafen sich Regierungsrat Hugo Quaderer und Vorarlbergs Landesrat Siegmund Stieger zu einem Arbeitsgespräch.

Im Rahmen eines informellen Arbeitsbesuchs reiste der Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler vom 19. - 20. April für Treffen mit Regierungschef Klaus Tschütscher und Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer nach Liechtenstein.

Regierungsrätin Aurelia Frick besuchte am 16. Mai die Eröffnung der österreichischen RichterInnenwoche in Lochau zum Thema «200 Jahre ABGB».

Regierungschef Klaus Tschütscher nahm am 22. Mai als einer der Hauptredner zum Thema «Weltpolitik – Regionalpolitik» am jährlich stattfindenden «Europa-Forum Wachau» teil.

Am 23. Mai lud Regierungschef Klaus Tschütscher zum zehnten Bodenseesicherheitsgespräch nach Vaduz.

Auf Einladung des Umweltministers Nikolaus Berlakovich nahm Regierungsrätin Renate Müssner am 25. Mai an einem Ministertreffen über Fragen der Kernenergie teil.

Am 25. Mai fand zudem das deutschsprachige Finanzministertreffen in Vaduz statt, bei dem der Austausch internationaler Finanzthemen im Gesprächsmittelpunkt stand.

Vom 7. - 9. Juni nahm Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer am World Economic Forum on Europe and Central Asia teil.

Am 17. Juni besuchte Regierungsrätin Renate Müssner das Landeskrankenhaus Feldkirch.

Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Mitterlehner stattete am 17. Juni Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer einen Gegenbesuch ab.

Der jährliche Empfang der Österreichisch Liechtensteinischen Gesellschaft (ÖLI) fand am 19. Juli in Bregenz statt.

Regierungschef Klaus Tschütscher lud am 28. August in Alpbach zum traditionellen Mittagessen anlässlich der Politischen Gespräche des Europäischen Forums Alpbach. Der Gästekreis setzte sich aus Referenten der Politischen Gespräche und hochrangigen Besuchern der Veranstaltung zusammen.

Anlässlich der zweiten Veranstaltung der Reihe «Liechtenstein im Gespräch» hielt Regierungsrätin Aurelia Frick am 5. September in ihrer Funktion als Aussenministerin einen Vortrag zu den Prioritäten der liechtensteinischen Aussenpolitik.

Vom 7. - 8. November reiste Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer zur dritten Veranstaltung der Reihe «Liechtenstein im Gespräch» nach Wien und nahm zudem am Infrastruktursymposium «Future Business Austria» teil. Im Rahmen eines Wien-Besuches vom 10. - 11. November absolvierte Regierungschef Klaus Tschütscher Treffen mit Finanzministerin Dr. Maria Fekter, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Mitterlehner sowie ein Vieraugengespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann.

Auf Einladung von Regierungsrat Hugo Quaderer nahm der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Dr. Herbert Anderl, in Vertretung von Innenministerin Frau Mag. Johanna Mikl-Leitner an der feierlichen Unterzeichnung des Schengen-Beitrittes des Fürstentums Liechtenstein in Vaduz teil.

Besuche auf Beamtenebene

Am 4. April setzte eine liechtensteinische Fach-Delegation die Gespräche über ein überarbeitetes DBA zwischen Liechtenstein und Österreich in Wien fort.

Am 28. April reisten Botschafter a.D. Roland Marxer und Botschafter Dr. Martin Frick zum Abschieds- beziehungsweise Antrittsbesuch nach Wien. Im Rahmen seines Antrittsbesuchs traf sich Botschafter Dr. Martin Frick mit der Geschäftsführerin der «Austrian Development Agency», Botschafterin Brigitte Öppinger-Walchshofer, zu einem Gespräch. Thematisiert wurde die internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung und die langjährige Zusammenarbeit zwischen AAA und ADA.

Am 13. September traf sich eine liechtensteinische Delegation unter der Leitung von APA-Leiter Hans-Peter Walch mit Vertretern des österreichischen Bundesrechenzentrums, der österreichischen Sicherheitsdirektion und des Bundesministeriums für Inneres, zu einem Fachgespräch.

Der Amtsleiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Dr. Martin Frick, traf am 8. November Generalsekretär Botschafter Dr. Hans Kyrle zum politischen Dialog.

Am 6. Dezember fanden in Wien die Verhandlungen über die Weiterentwicklung des trilateralen Polizeikooperationsvertrags statt.

Kultur

In den Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich ist die kulturelle Zusammenarbeit sehr eng. Am 21. Februar nahmen Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur an der Ausstellungseröffnung «In Between» teil. Während ihres Aufenthaltes vom 4. - 6 März in Wien, traf Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick die am Burgtheater engagierte liechtensteinische Schauspielerin Sarah Viktoria Frick.

Am 29. Mai empfing Regierungsrätin Aurelia Frick die Vorarlberger Landesrätin Andrea Kaufmann für ein Arbeitsgespräch zum Thema «Kulturarbeit für Kinder» in Vaduz.

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Museumsquartiers reiste Regierungsrätin Aurelia Frick vom 30. Juni bis 2. Juli zum Festprogramm nach Wien, an welchem auch I.I.E.E. Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, Aussenminister Dr. Michael Spindelegger, Kulturministerin Claudia Schmied, Staatssekretär Dr. Wolfgang Waldner und Bürgermeister Dr. Michael Häupl teilnahmen. Im Zuge des Programmteiles «Klanginstallation» mit einem liechtensteinischen Beitrag (FL-Künstler Matthias Frommelt) richtete I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer Grussbotschafter an die anwesenden Gäste.

Am 20. Juli nahm I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer an der Eröffnungsfeier der Bregenzer Festspiele teil.

Liechtensteinische Botschaft in Tschechien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen am 8. September 2009 und der Akkreditierung der bilateralen, nicht-residierenden Botschafter am 13. Januar 2011 (S.E. Botschafter Boris Lazar mit Sitz in Bern) und am 11. April 2011 (I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer mit Sitz in Wien) wurde die aktive Besuchsdiplomatie im Berichtszeitraum fortgesetzt. Ein Schwerpunkt konnte dabei mit liechtensteinischer Präsenz sowohl beim deutschsprachigen Theaterfestival in Prag als auch bei der Architecture Week in Prag gesetzt werden.

Die Beziehungen Liechtenstein - Tschechien

S. D. Fürst Hans-Adam II. präsentierte am 5. und 6. April im Zuge eines Privatbesuches die tschechische Übersetzung seines Buches «der Staat im dritten Jahrtausend» in Prag und Brünn. Zur Buchtaufe und Signierung luden die «Historic Association Liechtenstein» und die «Top 100 Association», eine Vereinigung von Führungskräften der Wirtschaft, unter der Präsidentschaft von Jan Struž, dem Co-Sponsor der tschechischen Übersetzung des Buches. S.D. Fürst Hans-Adam II. hielt zur Verleihung der «Top 100»-Auszeichnung «The Most Admired Companies of 2011» die Festansprache. In der Karls-Universität in Prag hielt S.D. Fürst Hans-Adam II. am 5. April eine Rede zu seinem Buch und diskutierte im Anschluss mit Studenten darüber.

Regierungschef Klaus Tschütscher besuchte am 29. März das Fussball-Länderspiel Liechtenstein-Tschechien in Budweis. Das Spiel verlor Liechtenstein trotz einer guten sportlichen Leistung mit 2:0. Am 30. März stattete Regierungschef Klaus Tschütscher dem Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik, Petr Nečas, einen ersten Besuch auf Regierungsebene ab.

Vom 4. - 6. April absolvierten I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer mit Botschaftsrat Domenik Wanger verschiedene Arbeitstreffen.

Am 11. April wurde I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer als nicht residierende Botschafterin des Fürstentums Liechtensteins in der Tschechischen Republik akkreditiert.

Vom 23. - 26. Mai reiste I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer zu ersten Antritts- und Höflichkeitstreffen nach Prag.

Am 16. Juni unterzeichnete I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer das «Memorandum of Understanding» (MoU) zum EWR-Finanzmechanismus 2009 - 2014 in Prag.

Eine siebenköpfige Delegation von Prorektoren und Verantwortlichen für die Aussenbeziehungen der Masaryk-Universität in Brünn, der Gregor-Mendel Universität in Brünn und der Brünner University of Technology, besuchten am 21. Juni gemeinsam mit politischen Vertretern der Region Südmährens, die Universität Liechtenstein.

Am 28. Juni reiste I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer für diverse Arbeitsgespräche unter anderem mit Generalstaatsanwalt JUDr. Pavel Zeman nach Brünn.

Am 15. August besuchte eine politische Delegation der Region Südmährens unter der Leitung von Frau DI Anna Matějková, Vorsitzende des Ausschusses für internationale Beziehungen, die Feierlichkeiten zum Liechtensteinischen Staatsfeiertag.

Vom 8. - 9. September nahm I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer am jährlichen Treffen zwischen dem Financial Mechanism Commitee (FMC) und dem tschechischen Finanzministerium in Prag teil.

Vom 3. - 4. Oktober stattete Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer auf Einladung des südmährischen Landeshauptmannes, Dr. Michal Hasek, mit einer Wirtschaftsdelegation einen Gegenbesuch in Südmähren ab. Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer und die Wirtschaftsdelegation nahmen an der Eröffnung der re-

nommierten Brünner Maschinenbaumesse teil, welche traditionell von höchster Ebene vorgenommen wird. Am Rande der Messe konnten dadurch Treffen mit Staatspräsident Klaus und Premier Petr Nečas sowie Wimin Kocourek stattfinden.

Am 2. Dezember stattete der Leiter des Sudetendeutschen Büros in Prag (SKS), Herr Peter Barton, I.D. Maria-Pia Kothbauer einen Besuch in der Liechtensteinischen Botschaft ab.

Der Südmährische Landeshauptmann, DI Michal Hasek besuchte am 7. Dezember in Begleitung einer Fachdelegation Liechtenstein, wo er von S.D. Fürst Hans Adam II. auf Schloss Vaduz empfangen wurde. Zudem traf er mit Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer zusammen.

Am 12. Dezember nahm I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer auf Einladung des Speaker «of the Chamber of Deputies of the Parliament», Mrs. Miroslava Němcová, an einem Empfang im Parlament teil. Weiters umfasste diese Reise einen Besuch beim Leiter des Protokolls der Präsidentschaftskanzlei, Dr. Jindrich Forejt und ein Treffen mit Mrs. Eva Anderová, Direktorin des International Relations Department im Finanzministerium.

Am 23. Dezember nahm I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer an den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Alt-Präsidenten der Tschechischen Republik, Václav Havel, teil.

Kultur

Die Ständige Vertretung Wien nahm durch Domenik Wanger am 10. Oktober an der Eröffnung der «Architecture Week Prague 2011» teil, welche vom 10. - 23. Oktober in Prag durchgeführt wurde. Anlässlich dieser Ausstellung wurde Liechtenstein eingeladen, Werke des Ausstellungswettbewerbs «Konstruktiv» durch Bildmaterial sowie ein Modell des Regierungsviertels vorzustellen.

Im Rahmen des Prager Theaterfestivals deutscher Sprache 2011 unterstützte Liechtenstein das in deutscher Sprache aufgeführte Stück «Krabat», eine liechtensteinischschweizerische Koproduktion der freien Theatergruppe TRIAD. Domenik Wanger besuchte die Aufführung in Prag.

Historikerkommission

Die liechtensteinisch-tschechische Historikerkommission wurde im Rahmen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen (8. September 2009) mit der gleichzeitigen Unterfertigung eines MoU durch die jeweiligen Aussenminister über die Absicht der Bildung einer gemeinsamen – eigenständigen – Historikerkommission und mit der am 7. April 2010, anlässlich des Besuches des tschechischen Aussenministers unterzeichneten diesbezüglichen Vereinbarung, ins Leben gerufen. Der konstituierenden Sitzung der liechtensteinisch-tschechischen Historikerkommission am 14. Dezember 2010 im Palais Liechtenstein folgten Arbeitssitzungen am 10. Februar 2011 in Prag, am 18. April in Budweis, am 16. Juni in Wien, sowie ein Workshop zum Thema «Erinnerungsorte» in Wranau vom 11. - 12. November, an dem I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer teilnahm.

Liechtensteinische Mission in Brüssel

Leiter: Botschafter Kurt Jäger

In der Europäischen Union stand das Jahr 2011 vor allem im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der politischen Umwälzungen in Nordafrika. Die Staatshaushaltkrisen einzelner EU-Mitgliedstaaten und die damit verbundene Eurokrise sowie die Probleme mit den Migrations- und Flüchtlingsströmen aus Nordafrika waren denn auch die bestimmenden Themen an den Gipfeltreffen des Europäischen Rates. Aus liechtensteinischer Sicht hervorzuheben ist der Vorsitz Liechtensteins im EWR im zweiten Halbjahr sowie der im Dezember vollzogene Beitritt zum Schengen- und Dublinraum.

Beziehungen Liechtensteins zur Europäischen Union

Rechtsübernahmeprozess im EWR

Im EWR war das erste Halbjahr 2011 geprägt von einigen administrativen Problemen beim internen Genehmigungsverfahren der EU zur Übernahme vom neuen EU-Recht in den EWR. Nach der Übertragung der Verantwortung für EWR-Angelegenheiten von der Generaldirektion RELEX in der Europäischen Kommission auf den neu geschaffenen Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) mussten einige Verfahrensabläufe in der EU angepasst werden, was zu Beginn zu Verzögerungen bei der Übernahme neuen EU-Rechts in den EWR geführt hatte. Die Situation konnte im Frühjahr 2011 schliesslich weitgehend bereinigt werden.

Im zweiten Halbjahr übernahm Liechtenstein von der EU den Vorsitz im EWR. Zu den Schwerpunkten des liechtensteinischen Vorsitzes gehörten unter anderem das Voranbringen der Arbeiten zur Umsetzung der Europa 2020 Strategie und der EU-Binnenmarktakte im EWR sowie die Beteiligung der EWR/EFTA-Staaten an den seit Januar 2011 operativen neuen EU-Aufsichtsbehörden im Finanzbereich. Konkret geht es um die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA), die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) und die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA). Um eine möglichst baldige Teilnahme an den Aufsichtsbehörden zu erreichen, haben die EWR/EFTA-Staaten

mit der Europäischen Kommission einen Dialog aufgenommen. Zudem konnten unter liechtensteinischem Vorsitz Fortschritte bei Schlüsseldossiers wie der Verordnung über die Europäische Agentur für Flugsicherheit oder der Richtlinie zu Erneuerbaren Energien erzielt werden. Die entsprechenden Rechtsakte wurden im Dezember ins EWR-Abkommen übernommen.

Ein weiteres Hauptthema, das auch an der EWR-Ratssitzung am 15. November zur Sprache kam und zu den Arbeits-schwerpunkten des neuen Jahres zählen wird, war die Problematik des Rückstands («backlog») bei der Übernahme EWR-relevanter EU-Gesetzgebung in den EWR. Gemeinsam mit dem EAD wurde ein Prozess in Gang gesetzt, um die bestehenden Verfahren zur Übernahme von EU-Rechtsakten in den EWR auf deren Effizienz hin zu überprüfen und ggf. zu beschleunigen. Die Arbeiten sollen im ersten Halbjahr 2012 abgeschlossen werden.

Nichtsdestotrotz sind sich die EWR/EFTA-Staaten und die EU weiterhin einig, dass der EWR gut funktioniere. Dies wurde zuletzt im EWR-Rat im November 2011 zum Ausdruck gebracht. Im Laufe des Jahres 2011 wurden insgesamt 160 Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses gefasst, womit 369 neue EU-Rechtsakte in den EWR übernommen wurden. Nach wie vor ist die Übernahme einiger wichtiger EU-Erlasse in den EWR durch den Widerstand Norwegens blockiert. Zu erwähnen sind hier insbesondere die Richtlinie 2007/65/EG über audiovisuelle Dienste, bei der Norwegen auf die Möglichkeit zur Blockierung grenzüberschreitender Werbung für den Alkoholkonsum und Wettspiele besteht, sowie die EU-Richtlinie 2008/6 zur Änderung der bisherigen Postdiensterichtlinie.

Besonders zu erwähnen ist auch, dass der EU-Rat Mitte des Jahres nach langen Beratungen, und zwar gegen den Widerstand insbesondere Grossbritanniens, einer Übernahme der für den grenzüberschreitenden Personenverkehr im EWR wichtigen EU-Verordnung 883/2004 über die Ausdehnung der Koordinationsregeln zur Sozialversicherung bei grenzüberschreitenden Tatbeständen in den EWR auf der Basis von Artikel 48 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (AEUV) zustimmte. Damit soll im Gegensatz zum Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU weiterhin eine Binnenmarkt-Rechtsgrundlage für diesen Regelungsbereich im EWR gewährleistet werden. Andernfalls hätte das Vereinigte Königreich nämlich eine «opt-out»-Möglichkeit (Nichtbeteiligung) geltend machen können, was zu grossem zusätzlichem Verwaltungsaufwand und zu Verzerrungen in der Anwendung von EU-Sozialversicherungsnormen im EWR geführt hätte. Das Vereinigte Königreich legte aber im August eine Klage beim EuGH ein und ficht den EU-Ratsbeschluss und konkret die dort verwendete «Binnenmarktrechtsgrundlage» an, indem es geltend macht die Ratsentscheidung zur Übernahme der EU-Verordnung in den EWR hätte sich auf Artikel 79 Abs. 2 Bst. b des AEUV und nicht auf Artikel 48 AEUV stützen dürfen. Sollte diese Klage Erfolg haben, hätte dies weitreichende Auswirkungen auf den EWR, denn damit wäre das bewährte System der Koordinierung der nationalen Systeme im Sozialversicherungsbereich in Frage gestellt. Die Gleichstellung von Erwerbstätigen und deren Familienangehörige aus EWR/EFTA-Staaten mit entsprechenden Personen aus der EU wäre nämlich gefährdet.

Im April veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung zum Erlass einer sogenannten Binnenmarktakte (Single Market Act), die unmittelbar auch für den EWR relevant ist. Es handelt es sich um ein Massnahmenpaket zur Unter-stützung der im Jahr 2010 verabschiedeten «Europa 2020 Strategie». Die Kommission hat zwölf Faktoren identifiziert, die als Hebel für die Förderung des Wachstums und für die Stärkung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger fungieren können und zu jedem dieser Hebel schlägt die Kommission eine Leitaktion vor. Die EWR/EFTA-Staaten reichten einen Beitrag zur öffentlichen Debatte zum Single Market Act ein, in dem sie die Initiative der Kommission begrüssten und sich insbesondere für die Reform des Europäischen Normungssystems sowie eine effektive Steuerung (Governance) des Binnenmarkts aussprachen. Die EWR/EFTA-Staaten sind auch in Zukunft bestrebt, aktiv an der weiteren Entwicklung der Vorschläge mit EWR-Relevanz teilzunehmen. Die Kommission beabsichtigt, die für die Umsetzung der Leitaktionen erforderlichen Gesetzesvorschläge rechtzeitig vorzulegen, dass das Europäische Parlament und der EU-Rat der Aufforderung des Europäischen Rates nachkommen können, bis Ende 2012 ein erstes Bündel vorrangiger Massnahmen für die Neubelebung des Binnenmarktes zu verabschieden. Ausserdem ist die Kommission bereits dabei, die nächste Etappe über 2012 hinaus vorzubereiten und weitere Massnahmen zur Stärkung des Binnenmarktes zu bestimmen.

Im Zusammenhang mit Bemühungen zur Verbesserung des Verständnisses bei den ständigen Vertretungen der EU-Mitgliedsstaaten bei der EU für die besonderen Verhältnisse in Liechtenstein und zur Erhöhung des «Goodwills» gegenüber der europäischen Integrationspolitik Liechtensteins wurde im Juni 2011 durch die Mission in Brüssel ein Besuch der EU-Ratsarbeitsgruppe für die Beziehungen zu den EFTA-Staaten Liechtenstein (EFTA Working Party on EFTA Relations) in Liechtenstein organisiert. Diese Arbeitsgruppe stellt ein wichtiges Entscheidungsorgan in Liechtenstein-relevanten Themenbereichen dar, weil sämtliche den EWR betreffenden Agenden von dieser Arbeitsgruppe als Vorstufe zu entsprechenden Entscheidungen im EU-Ministerrat behandelt werden. Es handelte sich um den ersten solchen Besuch in Liechtenstein. Der Arbeitsgruppe wurde Gelegenheit gegeben, sich ein Bild über die Situation im Land sowie der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltungsstruktur zu machen und gegebenenfalls auch gewisse vorgefasste Meinungen zu revidieren. Die Reaktionen seitens der geladenen Teilnehmer sind durchwegs

positiv ausgefallen.

EWR-Rat

An der EWR-Ratssitzung vom 23. Mai 2011 konnten die EWR/EFTA-Staaten erstmals formell zu den EU-Ratsschlussfolgerungen vom Dezember 2010 betreffend die Beziehungen der EU zu den EFTA-Staaten Stellung nehmen. Die Bewertung fiel vor allem für die EWR/EFTA-Staaten positiv aus. Die Schlussfolgerungen des Rats sind insbesondere für Liechtenstein von besonderer Bedeutung, da zum ersten Mal auf höchster Ebene seitens der EU die Fähigkeit Liechtensteins, den Anforderungen des EWR-Abkommens trotz seiner Kleinheit gerecht zu werden, anerkannt und gewürdigt wurde. Diesmal wurde seitens der EU erstmals das Thema «Weiterentwicklung des EWR» in einem EWR-Rat angesprochen, und zwar auch unter Bezugnahme auf entsprechende Diskussionen beziehungsweise Untersuchungen in Norwegen und Liechtenstein zum bisherigen Funktionieren des EWR-Abkommens. Auch wenn die diesbezüglichen Gedanken in der EU zur Stossrichtung einer Fortentwicklung des EWR noch keineswegs klar erkennbar waren, gewann man den Eindruck, dass sich in der EU eine neue Dynamik in der Beurteilung der Integration der verbleibenden Staaten ausserhalb der Union in Westeuropa abzeichnet. Die EU wies auf ihre eingeleitete Überprüfung des Funktionierens des EWR-Abkommens hin, die sich noch in der Anfangsphase befindet und im Laufe des Jahres 2012 abgeschlossen sein sollte. Es bestehe zwar in der EU eine grundsätzliche Zufriedenheit mit der bestehenden Struktur des EWR, aber es werde dennoch zu prüfen sein, inwieweit sich Anpassungen des Abkommens und der Funktionsweise der EWR-Institutionen aufdrängen würden, um ein Auseinanderdriften des Rechtsbestandes im EWR gegenüber jenem des Binnenmarktrechts in der EU nach dem Inkrafttreten der Änderungen im Lissabon-Vertrag zu verhindern.

Am 15. November 2011 fand unter Vorsitz von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick in Brüssel die zweite EWR-Ratssitzung dieses Jahres statt. Die Partner im Europäischen Wirtschaftsraum waren sich auch diesmal einig, dass das Abkommen gut funktioniere. Gleichzeitig sprachen sich beide Seiten dafür aus, die bestehenden Verfahren zur Übernahme von EU-Rechtsakten in den EWR auf deren Effizienz hin zu überprüfen. Zentrales Thema des formellen EWR-Ratstreffens waren die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise und im Besonderen die jüngst von der EU ergriffenen Massnahmen zur Eindämmung der Schuldenkrise. Regierungsrätin Frick informierte in diesem Zusammenhang über die in Liechtenstein bereits getroffenen und noch durchzuführenden Massnahmen zur Konsolidierung des liechtensteinischen Staatshaushalts. Daneben wurden auch die Fortschritte bei der Umsetzung der für den EWR relevanten EU-Strategie «Europa 2020» und der sogenannten Binnenmarktakte besprochen. Im Hinblick auf die neu geschaffenen europäischen Behörden zur Finanzmarktaufsicht, die ihre Arbeit bereits Anfang 2011 aufgenommen haben, wurde seitens Liechtensteins einmal mehr betont, wie wichtig eine rasche Einbindung der EWR/EFTA-Staaten in die Entscheidungsfindungsprozesse des neuen europäischen Finanzaufsichtssystems sei. Im Vorfeld des EWR-Rates wurden ausserdem im Rahmen des politischen Dialogs die Situation in Nordafrika, im Nahen Osten und in Afghanistan besprochen sowie auf Initiative von Liechtenstein die Themen internationale Strafgerichtsbarkeit und Internationaler Strafgerichtshof diskutiert.

Arbeiten im EFTA Überwachungs- und Gerichtsausschuss

Der sogenannte EFTA Überwachungs- und Gerichtsausschuss (ESA/Court-Committee) tagt ein- bis zweimal im Jahr. Er fasst Beschlüsse über die Budgets, das Finanzgebaren, allfällige Abänderungen der Verfahrensregeln von Gerichtshof und EFTA-Aufsichtsbehörde und bestellt neue Richter oder Mitglieder der Aufsichtsbehörde. Im ersten Halbjahr wurden die norwegische Botschafterin Oda Helen Sletnes sowie der Präsident der EFTA-Überwachungsbehörde verabschiedet. Während Per Sanderud in eine neue Position in der norwegischen Verwaltung wechselte, wurde Botschafterin Sletnes per 1. Juli 2011 für die Restlaufzeit des ausgeschiedenen Per Sanderud bis Ende 2011 zur Präsidentin der EFTA-Überwachungsbehörde ernannt. Nachdem im ersten Halbjahr der isländischer Richter im EFTA Gerichtshof, Thorgeir Örlygsson, seinen Rücktritt per 15. September 2011 erklärt hatte, wurde ausserdem am 5. Juli Páll Hreinsson, der bisher Richter im obersten Gerichtshof Is-lands war, als neues isländisches Mitglied im EFTA Gerichtshof für die verbleibende Amtszeit bis zum 31. Dezember 2014 gewählt.

Unter liechtensteinischem Vorsitz fand Ende Jahr ein Treffen zwischen den Mitgliedern des ESA/Court-Committee (ECC) und dem EFTA Board of Auditors (EBOA) zur Frage eines im April von der EBOA (gegenüber der ESA) vorgebrachten Vorschlags eines Audits der «ESA case handling routines» statt. Hintergrund des Treffens war ein Briefwechsel zwischen der ESA, der EBOA und dem ECC, welches auf Rückfrage der ESA klar stellte, dass es einen solchen Audit nicht verlangt habe, und zugleich an die relevanten Bestimmungen des Mandats von EBOA erinnerte. Demnach kann die EBOA einen Audit ausserhalb der gewöhnlichen Buchprüfung beziehungsweise ein so genanntes Performance Audit durchführen, allerdings nur auf Aufforderung des ESA/Court Committees (3. Satz, Artikel 7 der Entscheidung 5/2002 vom 23. Oktober 2002). Darüber hinaus muss stets die Unabhängigkeit der ESA gewahrt bleiben. Die ESA habe daher richtig gehandelt, indem sie den Vorschlag für die Durchführung des case handling Audits an das ECC verwiesen habe, welches über solch ein Audit ausserhalb der gewöhnlichen Buchprüfung zu entscheiden hat. Im Rahmen des eingangs erwähnten Treffens mit der EBOA

wurde erneut klargestellt, dass über ein Mandat der EBOA für ein Audit ausserhalb der gewöhnlichen Buchprüfung beziehungsweise ein so genanntes Performance Audit das ECC zu entscheiden hat. Das ECC erklärte sich bereit, einen entsprechenden Vorschlag der EBOA zu prüfen, vorausgesetzt, dass dieser in schriftlicher Form vorgelegt wird und die notwendigen Details enthält, um eine Vereinbarkeit eines solchen Audits mit der Unabhängigkeit der ESA sorgfältig überprüfen zu kön-nen.

Das ESA/Court Committee befasste sich in der zweiten Jahreshälfte ausserdem mit einem Vorschlag des EFTA-Gerichtshofes, wonach künftig bei komplexen, umfangreichen Gerichtsfällen das reguläre dreiköpfige Richtergremium durch jeweils zwei der auf Abruf zur Verfügung stehenden sechs Ad Hoc Richter aus den EFTA Staaten ergänzt werden kann. Ausserdem umfasst der Antrag auch den Vorschlag zur Schaffung der Möglichkeit des Beizugs eines Generalanwaltes in solchen Fällen sowie das Einsetzen eines Evaluierungsausschusses zur Beurteilung der Kandidaten für das Richteramt. Diese Vorschläge sollen im Laufe des Jahres 2012 von den Regierungen der EWR/EFTA-Staaten geprüft werden.

Künftige Entwicklungen im EWR

Seit Island im Jahr 2009 ein Beitrittsgesuch für eine EU-Mitgliedschaft gestellt hat, stellt sich die Frage nach der Zukunft des EWR in stärkerem Masse als bisher. Natürlich ist die Frage vor allem für die (möglicherweise) beiden verbleibenden EWR/EFTA-Staaten Liechtenstein und Norwegen von Bedeutung. In Norwegen wurde im Berichtsjahr eine umfassende Studie zum Funktionieren des EWR abgeschlossen, zu der die Regierung in Oslo bis Ende 2012 Stellung nehmen wird. In Liechtenstein erfolgte bereits im Jahre 2010 eine Bewertung der ersten 15 Jahre im EWR, welche dem Landtag vorgelegt wurde und positiv ausfiel. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass der EWR institutionell auch ohne Island weitergeführt werden kann, auch wenn dies Fragen nach der künftigen Zusammensetzung in den EWR EFTA Institutionen (EFTA-Gerichtshof und EFTA Überwachungsbehörde) nach sich ziehen wird, die aber technisch einfach zu lösen sein dürften. Allerdings macht sich auch die EU Gedanken über die Fortführung des EWR und einen allfälligen Anpassungsbedarf. Unter anderem wurde letzthin über eine Einbindung der übrigen europäischen Kleinststaaten Andorra, Monaco und San Marino diskutiert. Eine Option bei den Überlegungen war auch der EWR. Inzwischen wird aber seitens des EAD nur noch von einem eigenständigen Vehikel, einer Art Assoziierungsmodell, für die europäischen Kleinststaaten gesprochen. Liechtenstein ist nicht Gegenstand dieser Überlegungen, da es dem EWR angehört und somit bereits in den EU-Binnenmarkt integriert ist. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die Regierung Ende Jahr das Centre for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel beauftragt hat, eine Studie zu den Integrationsperspektiven Liechtensteins als EWR-Mitglied durchzuführen, deren Ergebnisse Ende 2012 zu erwarten sind. Einerseits wird die Studie das bisherige Funktionieren des EWR-Abkommens und seiner Institutionen insbesondere im Vergleich zu anderen Formen von Vertragsbeziehungen zur EU untersuchen, andererseits soll ein Ausblick auf mögliche künftige Entwicklungen des EWR im Lichte der Veränderungen in der EU selbst gegeben werden, einschliesslich Optionen hinsichtlich einer möglichen Erweiterung des EWR-Abkommens auf andere Drittstaaten und einer weiteren Integration Liechtensteins in die EU.

EWR-Finanzierungsmechanismus 2009/2014

Das Übereinkommen zwischen der EU, Island, dem Fürstentum Liechtenstein und dem Königreich Norwegen über einen neuen EWR-Finanzierungsmechanismus für den Zeitraum 2009-2014 trat am 1. Mai 2011 formell in Kraft. Die EWR-Finanzmechanismen haben zum Ziel, einen Beitrag zum Ausgleich und zur Reduzierung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ungleichheiten innerhalb des EWR zu leisten. Zugleich sollen die bilateralen Beziehungen zwischen den Geberländern Island, Liechtenstein und Norwegen und den begünstigten Staaten (die «neuen» EU-Mitgliedstaaten sowie Spanien, Griechenland und Portugal) durch die Bereitstellung finanzieller Mittel in definierten Bereichen gefestigt werden. Diese finanziellen Mittel betragen EUR 988.5 Mio. im Rahmen des neuen Finanzierungsmechanismus 2009-2014. Der Beitrag Liechtensteins entspricht etwa 1% der Gesamtsumme (dies sind insgesamt 10 Millionen Euro), 95% werden von Norwegen geleistet.

Im Rahmen des neuen EWR-Finanzierungsmechanismus 2009-2014 wurden bis zum heutigen Tag seitens der EWR/EFTA-Staaten 13 von 15 Memoranda of Understanding (MoU) unterzeichnet. Damit sind nur noch das MoU mit Portugal und jenes mit Rumänien ausstehend. In den anderen Empfängerländern kann nun die Entwicklung der konkreten Programme beginnen, die dann von den Geberländern Norwegen, Island und Liechtenstein bewilligt werden müssen. Während im Bereich «Scholarships» die Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten (AIBA) in Liechtenstein als so genannter donor programme partner fungiert, wird derzeit das Ziel einer stärkeren Einbeziehung Liechtensteins auch im Bereich des Kulturaustausches verfolgt.

Die EWR-Finanzierungsmechanismen für die Periode 2004-2009 stehen in den meisten Empfängerländern vor dem Abschluss. So fand am 6. September 2011 in Prag die offizielle Abschlussveranstaltung zum EWR-Finanzierungsmechanismus 2004-2009 statt, bei dem Liechtenstein durch die liechtensteinische Botschafterin in Tschechien (mit Sitz in Wien) vertreten war. Polen, das weitaus grösste Empfängerland, veranstaltete am 21. September 2011, ebenfalls zum erfolgreichen Abschluss des EWR-Finanzierungsmechanismus 2004-2009, eine

Konferenz in Warschau, an welcher der liechtensteinische Botschafter in Brüssel teilnahm.

Im Mai sahen sich die EWR/EFTA-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen veranlasst, eine vorläufige Suspendierung von Zahlungen an Griechenland im Rahmen des EWR-Finanzierungsmechanismus 2004-2009 vorzunehmen. Es handelt sich dabei um eine vertraglich mit dem Empfängerstaat vorgesehene Massnahme um sicherzustellen, dass zugesprochene Gelder in der vorgesehenen Weise eingesetzt werden. Wenn sich ergeben sollte, dass gewisse Vorkehrungen seitens des Emp-fängerstaates nicht getroffen werden, kann die Zahlung von Geldern ausgesetzt werden. Die konkrete Suspendierung erfolgte auf Empfehlung des Financial Mechanism Office (FMO), nachdem die Umsetzung von Projekten in Griechenland nur sehr langsam voranging und insbesondere da aufgrund einer mangelnden Berichterstattung der verantwortlichen Stellen in Griechenland Unklarheiten sowohl über die genaue Verwendung der Gelder als auch die Co-Finanzierung durch Griechenland bestanden. Die zurückgehaltenen Ausschüttungen betrugen deutlich weniger als 1 Million Euro. Die Suspendierung von Zahlungen konnte Anfang November wieder aufgehoben werden. Die Entscheidung zur Wiederaufnahme der Zahlungen fiel, nachdem die Beseitigung der festgestellten Schwachstellen nachgewiesen werden konnte.

Schengen- und Dublin-Assoziation

Ziemlich genau 10 Jahre nach der ersten offiziellen Interessensbekundung ist Liechtenstein am 19. Dezember 2011 dem Schengen-Raum als 26. Staat beigetreten und damit wie seine EFTA-Kollegen Island, Norwegen und Schweiz assoziiertes Mitglied im Schengen-Verbund.

Nachdem Liechtenstein bereits Ende 2001 der EU mitgeteilt hatte, dass es wie die Schweiz an einer Teilnahme am Schengener Übereinkommen interessiert sei, konnten die offiziellen Verhandlungen unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft schliesslich im Juni 2006 abgeschlossen werden. Nach einigen Verzögerungen im Zusammenhang mit dem Verhandlungsbeginn zu einem Betrugsbekämpfungsabkommen mit der EU konnten die liechtensteinischen Assoziierungsprotokolle betreffend die Übernahme des Schengen- und Dublin-Besitzstands dann im Februar 2008 unterzeichnet werden. Eine Verkettung unvorhergesehener politischer Umstände führte dann aber dazu, dass der EU-interne Ratifikationsprozess erst im März 2011 abgeschlossen werden konnte, fast zweieinhalb Jahre nach der Ratifikation der erwähnten Abkommen durch Liechtenstein. Die Assoziierungsprotokolle zu Schengen und Dublin traten schliesslich am 7. April 2011 (Schengen) beziehungsweise 1. April 2011 (Dublin) in Kraft. Die operative Anwendung der Schengen-Assozierungsprotokolle ist jedoch stets an den positiven Abschluss von Evaluationen über die im beitretenden Land getroffenen Umsetzungsmassnahmen geknüpft. Konkret überprüft wurden in Liechtenstein die Bereiche Datenschutz, Polizeikooperation und die Umset-zung des Schengener Informationssystems (SIS). Nachdem die Evaluationen allesamt positiv ausgefallen sind, zog der Justiz- und Innenministerrat am 13. Dezember 2011 die Schlussfolgerung, dass Liechtenstein sämtliche Evaluationen zufriedenstellend absolviert hat und somit die Voraussetzungen erfüllt, um Schengen beizutreten. Gleichzeitig legte der Rat den Beitrittstermin auf den 19. Dezember 2011 fest.

Aufgrund der Verzögerungen des Beitritts Bulgariens und Rumäniens, welcher insbesondere von den Niederlanden und Finnland mangels Fortschritts in diesen Ländern bei der Bekämpfung der Korruption immer blockiert wird, war ein Beitritt Liechtensteins noch im Jahre 2011, also vor Bulgarien und Rumänien, lange Zeit ungewiss.

Seit Inkrafttreten des Schengen-Protokolls ist Liechtenstein, was die Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes betrifft, an klare Regeln und Fristen für die Übernahme und Umsetzung entsprechender Erlasse und Beschlüsse gebunden. So hat Liechtenstein als assoziiertes Schengen-Mitglied nach Annahme eines neuen Rechtsaktes durch die EU 30 Tage Zeit, um die Annahme beziehungsweise Umsetzung der Weiterentwicklung mitzuteilen. Erfordert die Umsetzung der Weiterentwicklung eine Gesetzesanpassung, besteht im Falle eines Vorbehalts bezüglich «verfassungsrechtlicher Zustimmungsvo-raussetzungen» eine Frist von bis zu 18 Monaten. Um eine entsprechende Behandlung in Liechtenstein zu gewährleisten, hat die Regierung an ihrer Sitzung am 13. Dezember 2011 einen entsprechenden Grundlagenbeschluss samt Leitfaden angenommen, welcher die Abläufe und Zuständigkeiten in der Verwaltung festlegt. Die bisher für EWR-Rechtsakte zustän-dige Landtagskommission wird in Zukunft auch mit Schengen-Rechtsakten befasst werden.

Nebst den Abkommen, die direkt mit Schengen zusammenhängen (Anwendung der Schengen-Regeln auch zwischen Liechtenstein, Norwegen und Island sowie - aufgrund seiner Sonderstellung - Dänemark), der Teilnahme an der EU-Aussengrenzagentur FRONTEX und am EU-Aussengrenzfonds sind derzeit auch noch ein Kooperationsabkommen mit EU-ROJUST sowie ein Abkommen zur Teilnahme am Europäischen Asylunterstützungsbüro (EASO) in Arbeit. Das Abkommen mit EUROJUST dürfte 2012 unterzeichnet werden und dann auch in Kraft treten. Hinsichtlich des EASO fand bislang erst ein exploratorisches Gespräch mit der EU Kommission statt. Mit dem Verhandlungsmandat der Kommission wird Anfang 2012 gerechnet. Als weitere Konsequenz des Schengen-Beitritts ist auch der im Hinblick darauf verhandelte Rahmenvertrag mit der Schweiz betreffend Aufenthalt, Visaverfahren und Zusammenarbeit im Grenzraum in Kraft getreten. Das Abkommen mit der Schweiz zur Ein- und Ausfuhr von Waffen, welches notwendig wurde, um den Status quo in diesem Bereich auch nach dem Schengen-Beitritt beibehalten zu können, wird seit dem Beitritt zu

Schengen vorläufig angewendet.

Ratssitzungen der EU-Innenminister

An den Ratstreffen der EU-Innenminister, bei denen jeweils auch Liechtenstein im Rahmen des gemischten Ausschusses für Schengen-Fragen teilnimmt, standen vor allem der Umgang mit den Migrations- und Flüchtlingsströmen aus Nordafrika sowie die Bekämpfung illegaler Migration im Mittelpunkt der Diskussionen. In diesem Zusammenhang wurde einmal mehr die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit und eines verbesserten Informationsaustausches zwischen den Mitgliedstaaten und den zuständigen EU-Agenturen wie Frontex oder Europol hervorgehoben. Am 12. Mai 2011 fand ein ausserordentliches Treffen der EU-Innenminister statt, an dem im Rahmen der liechtensteinischen Schengen-Assoziierung auch Regierungsrat Hugo Quaderer teilnahm. Vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingsströme aus Nordafrika konzentrierte sich die Diskussion der Innenminister nebst einer Stärkung der Grenzschutzagentur FRONTEX auf die Möglichkeit einer vorübergehenden Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen im Schengen-Raum. Ein solcher Mechanismus würde im Falle von aussergewöhnlichen Umständen, wie etwa die unerwartete Belastung eines Teils der Schengenaussengrenze greifen.

An der Ratssitzung vom 22. September präsentierte die Europäische Kommission erstmals ihre Vorschläge zur Stärkung des Schengen-Raums («Schengen governance»). Diese betreffen das Recht, vorübergehende Grenzkontrollen an den Binnengrenzen wiedereinzuführen, und sehen ein strengeres EU-gestütztes Evaluierungs- und Überwachungssystem vor, um eine kohärente und effiziente Anwendung der Schengen-Regeln sicherzustellen und zu überprüfen. Wenn es nach der Kommission ginge, so würde die Kompetenz, über die vorläufige Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zu entscheiden, weitgehend von den EU-Mitgliedstaaten auf die Kommission übertragen werden, die Kriterien blieben aber dieselben, nämlich eine schwerwiegende Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit. So können das andauernde Versäumnis eines Mitgliedstaates, seine Aussengrenze zu kontrollieren oder der plötzliche und unvorhergesehene Zustrom Drittstaatsangehöriger eine solch schwerwiegende Bedrohung darstellen. Nur in dringenden Fällen und in einem sehr begrenzten Rahmen verbliebe die Entscheidungsbefugnis bei den Mitgliedstaaten. Eine Mehrheit der Delegationen hatte in einer ersten Reaktion die Übertragung mitgliedstaatlicher Befugnisse auf die Europäische Kommission in Fragen der inneren Sicherheit kategorisch abgelehnt. Ein wiederkehrendes Thema an den Ministertreffen war sodann der Beitritt von Bulgarien und Rumänien zum Schengen-Raum. Die Niederlande und Finnland hielten an ihren Vorbehalten fest, da ihres Erachtens im Falle von Bulgarien und Rumänien das Vertrauen in die korrekte Umsetzung und Einhaltung von angenommenen Rechtsakten, (zum Teil auch solche, die über den Schengen-Beitrittsacquis im formellen Sinne hinausgehen), durch diese Staaten fehle; insbesondere mangele es an Reformen des Justizapparates und einem entschiedenen Vorgehen der Justiz gegen Korruption und das organisierte Verbrechen. Auch an der letzten Ministerratssitzung am 13. Dezember 2011 konnten in dieser Frage keine Fortschritte erzielt werden. Schliesslich beschäftigten sich die Innenminister auch regelmässig mit dem Stand der Arbeiten zum neuen Schengener Informationssystem (SIS II), dessen Einführung für 2013 vorgesehen ist, sowie mit dem am 11. Oktober 2011 in Betrieb genommenen Visa-Informationssystem (VIS), das den Austausch von personenbezogenen Daten über Visaantragssteller zwischen den Schengenstaaten erleichtern soll.

Im Rahmen der Ratssitzung vom 13. Dezember wurde schliesslich der Ratsentscheid über den Beitritt Liechtensteins als vollständig assoziiertes Mitglied im Schengen/Dublin-Raum gefasst. Liechtenstein war im Rahmen des Gemischten Aus-schusses für Schengen-Fragen durch Regierungsrat Hugo Quaderer vertreten. Auch dieses Mal konzentrierten sich die Diskussionen auf die Gesetzgebungsvorschläge der Europäischen Kommission zur Stärkung des Schengen-Raums («Schengen governance») und auf den Umgang mit grenzüberschreitender Kriminalität und dem steigenden Migrationsdruck. Erstmals wurde auch die Abänderung der Vorschriften über visumfreies Reisen, dessen Kernstück die sogenannte Visa Schutzklausel ist, auf Ministerebene diskutiert. Die Schutzklausel würde unter gewissen Voraussetzungen die vorläufige Wiedereinführung der Visumspflicht für Drittstaatsangehörige, die normalerweise visumsbefreit sind, erlauben.

Wirtschafts- und Steuerkooperation mit der EU

Der EU-Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) befasste sich an seinem Treffen am 17. Mai 2011 erneut eingehend mit dem Thema der Zinsertragsbesteuerung. Die ungarische Präsidentschaft bemühte sich darum, dass der Europäischen Kommission ein Mandat für Verhandlungen über ein erweitertes Zinsertragsbesteuerungsabkommen mit den bekannten Drittstaaten (Schweiz, Liechtenstein, etc.) gegeben wird. Das Vorhaben scheiterte jedoch am Widerstand Italiens, das sich dagegen aussprach, der Europäischen Kommission bereits ein Verhandlungsmandat für erweiterte Zinsertragsbesteuerungsabkommen mit Drittstaaten zu erteilen, bevor der Bericht der Europäischen Kommission vorliege, der die Ergebnisse einer «due diligence» Untersuchung über die Art der Anwendung der geltenden Zinsertragsbesteuerungsrichtlinie durch die EU-Mitgliedsstaaten Luxemburg und Österreich und der entsprechenden Zinsertragsbesteuerungsabkommen durch

Drittstaaten darlege. Am 12. Juli wurde dieses Thema erneut im ECOFIN-Ministerrat behandelt, aber die Zustimmung zur Erteilung eines Verhandlungsmandats an die Europäische Kommission scheiterte diesmal nicht nur an der Einwilligung Italiens, sondern auch jener Luxemburgs und Österreichs. Bei letzteren Staaten geht es weiterhin um die Verknüpfung des Abschlusses von Abkommen mit den Drittstaaten Schweiz, Liechtenstein, Andorra, Monaco und San Marino, in denen ein Steuerinformationsaustausch gemäss OECD-Standard vorgesehen würde, mit der Verpflichtung Luxemburgs und Österreichs, in Folge dessen die Kooperation via Steuerrückbehalt aufzugeben und zu einem automatischen Steuerinformationsaustausch gegenüber allen anderen EU-Mitgliedsstaaten überzugehen. Wegen der Abkommen von Deutschland und Grossbritannien mit der Schweiz über eine Quellenbesteuerung (Abgeltungssteuer) und eine Steueramnestie haben Österreich und Luxemburg am 22. September in der Ratsarbeitsgruppe Steuern jeden Kompromiss über eine Revision der Richtlinie über Zinsbesteuerung und über die Abkommen der EU mit Liechtenstein, Andorra, San Marino und Monaco abgelehnt. Österreich und Luxemburg sind nicht bereit, vom Prinzip der Quellenbesteuerung (unter Wahrung des Bankgeheimnisses) abzugehen und das Prinzip der automatischen Information einzuführen, wenn dies nicht auch für die Schweiz gilt. Widerstand kam auch von Italien, das gegen eine Vorzugsbehandlung für einzelne Mitgliedstaaten in Bezug auf Drittländer ist. Die Kommission prüft derzeit die Vereinbarkeit der genannten bilateralen Verträge mit EU-Recht.

Beim gemeinsamen Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister der EU- und EFTA-Staaten in Brüssel am 8. November 2011, an dem Liechtenstein durch Regierungschef und Finanzminister Dr. Klaus Tschütscher vertreten war, standen Fragen der Finanzmarkt- und Budgetkonsolidierung im Vordergrund. Die Vertreter des EU-Rates und der EU-Kommission berichteten über die angespannten Haushaltssituationen in einzelnen Mitgliedsstaaten sowie die geplanten Sanierungsmassnahmen. Besprochen wurden ausserdem die weiteren Vorhaben im Bereich der Finanzmarktregulierung und Finanzmarktaufsicht. Von besonderer Bedeutung für Liechtenstein ist hierbei der möglichst weitgehende Einbezug der EWR/EFTA-Staaten in das neue europäische Aufsichtssystem, der für das Funktionieren des EWR-Binnenmarktes unabdingbar ist.

Auch führten die Finanzminister an der Ratssitzung eine erste Aussprache über den Vorschlag der Kommission für eine Finanztransaktionssteuer. Wie erwartet, lehnte Grossbritannien die Steuer entschieden ab. Wegen des Einstimmigkeitsprinzips in Steuerfragen besteht angesichts des Widerstands einiger EU-Mitgliedsstaaten (insbesondere Grossbritanniens und Schwedens) kaum eine Chance auf Einführung in der gesamten EU. Einige EU-Finanzminister sprachen sich dafür aus, die Steuer zumindest im Eurogebiet einzuführen. Hierfür zeichnete sich eine Mehrheit der Eurostaaten ab. Allerdings äusserten hierzu Luxemburg, die Niederlande, Irland und Italien Bedenken. Denkbar ist die Einführung der Steuer im Wege der verstärkten Zusammenarbeit von mindestens neun Staaten, sofern der Rat mit qualifizierter Mehrheit diesem Vorgehen zustimmt.

Am G20-Gipfel in Cannes im November dieses Jahres unterzeichneten die teilnehmenden Wirtschaftsmächte eine vom Europarat und der OECD entwickelte Steuerkonvention, die über den bisherigen OECD-Standard für Amtshilfe in Steuerfragen hinausgeht. Das neue Abkommen sieht einen automatischen Informationsaustausch vor, inklusive automatisierter Datenabgleichungen. Zudem ist eine zeitlich beschränkte Rückwirkung zwingend vorgesehen. Durch die gemeinsame Aktion der G20-Staaten ist damit zu rechnen, dass der Druck auf Liechtenstein, sich der Konvention anzuschliessen, steigen wird. Aus liechtensteinischer Sicht wenig erfreulich ist die Tatsache, dass Liechtenstein zusammen mit der Schweiz und neun anderen Staaten auf eine Liste von Ländern gesetzt wurde, die keinen oder keinen ausreichenden gesetzlichen Rahmen zum Austausch von Steuerinformationen hätten. Im Hinblick auf die Schweiz und Liechtenstein bestünden Zweifel, ob die vorhandenen Strukturen effektiv seien. Von unmittelbaren Sanktionen ist allerdings keine Rede, hingegen sollen bei Bedarf bereits bestehende Gegenmassnahmen ergriffen werden.

In den Ratsschlussfolgerungen vom 19. Dezember 2011 zum Verhaltenskodex zur Unternehmensbesteuerung ermutigte der Rat die Europäische Kommission, die Beratungen mit Drittstaaten mit dem Ziel weiterzuführen, dass die Grundsätze und Kriterien des Verhaltenskodex auch auf Drittstaaten Anwendung finden. Im Weiteren soll die Kommission die Gruppe Verhaltenskodex regelmässig über Fortschritte in diesem Bereich unterrichten. In ihrem Bericht zuhanden des Rats der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) schlägt die Gruppe Verhaltenskodex in Bezug auf Liechtenstein vor, dass unbe-schadet künftiger Bewertungen einzelner Aspekte des liechtensteinischen Steuersystems folgende Punkte zu erörtern sind: i) allgemeine Befreiung von der Besteuerung von Dividenden und Kapitalgewinnen; ii) Befreiung von der Besteuerung von Kapitalgewinnen mit gleichzeitiger Steuerabzugsfähigkeit von Wertverlusten; iii) Private Vermögensverwaltungsstrukturen – Transparenz hinsichtlich der wirtschaftlich Berechtigten. Die Gruppe Verhaltenskodex wurde zudem aufgefordert, mit Ende der dänischen EU-Präsidentschaft im Juni 2012 dem Rat erneut Bericht zu erstatten. Diese Ratsschlussfolgerungen erscheinen insofern problematisch, als von den Drittstaaten einschliesslich Liechtenstein verlangt wird, dass sie sich allen Kriterien des Verhaltenskodex zu schädlichen Steuerpraktiken vorbehaltlos unterwerfen sollen, was bis jetzt kein erklärtes Ziel war und für ein Nicht-EU-Mitgliedsstaat kaum annehmbar ist.

Die Euro-Krise

Die Gipfeltreffen der EU im Berichtsjahr waren klar von der Eurokrise beziehungsweise den Staatsschuldenkrisen einzelner Mitgliedstaaten geprägt. Bereits an ihrem Treffen im März hatten die Staats- und Regierungschefs ein Reformpaket beschlossen, zu dessen wesentlichen Elementen ein Paket von sechs Gesetzgebungsvorschlägen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung («Sixpack»), der Euro-Plus-Pakt (Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Finanzstabilität und Förderung der Beschäftigung durch konkrete Verpflichtungen auf nationaler Ebene) sowie die Schaffung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder Euro-Rettungsschirms gehörten. Der auf Artikel 136 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) gestützte Vertrag über die Errichtung des ESM wurde am 11. Juli 2011 von den 17 Euro-Staaten unterzeichnet. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt und die damit verbundenen schärferen Regeln gegen Defizitsünder traten am 13. Dezember 2011 in Kraft.

Beim Europäischen Rat vom Juni sind die am Euro-Plus-Pakt teilnehmenden Mitgliedstaaten in Anlehnung an den Euro-Plus-Pakt konkrete Verpflichtungen eingegangen, die insgesamt über 100 Einzelmassnahmen umfassen. Im Weiteren befürworteten die Staats- und Regierungschefs die von der Kommission angenommen länderspezifischen Empfehlungen zur Wirtschaftslage der Mitgliedstaaten, womit das erste Europäische Semester abgeschlossen wurde. Es handelt sich dabei um einen alljährlichen Zeitraum von sechs Monaten, in dem die Haushalts- und Strukturpolitik der Mitgliedstaaten überprüft wird, um Unstimmigkeiten und entstehende Ungleichgewichte aufzudecken. Die Vorlage der Stabilitäts- beziehungsweise Konvergenzprogramme und der nationalen Reformprogramme hat gezeigt, dass für Beschäftigung, Energieeffizienz, Forschung und Entwicklung, Armutsbekämpfung und tertiäre Bildung noch zusätzliche Anstrengungen erforderlich sind. Vorrangige Weitere Aufgaben umfassen die Gewährleistung stabiler gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die Wiederherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die Korrektur der makroökonomischen Ungleichgewichte und die Stärkung des Finanzsektors.

Wegweisend war das ausserordentliche Gipfeltreffen im Oktober, an dem sich die Staats- und Regierungschefs auf ein Gesamtpaket zur Eindämmung der gegenwärtigen Schuldenkrise einigten. Zum einen wurden einschneidende Massnahmen zur Rettung Griechenlands beschlossen, insbesondere ein Schuldenschnitt von 50 Prozent. Angestrebt wurde eine Senkung der Verschuldung des Landes von derzeit 160 Prozent des BIP auf 120 Prozent des BIP bis 2020. Zum anderen wurde an diesem Euro-Gipfel eine Rekapitalisierung der europäischen Banken beschlossen, um diese künftig besser gegen neue Risiken zu wappnen. Die Rekapitalisierung soll bis Mitte 2012 abgeschlossen sein. Der dritte und entscheidende Beschluss des Euro-Gipfels betraf die Stärkung des Euro-Rettungsschirms durch eine Aufstockung (Hebelung) des derzeitigen Volumens der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität (EFSF), damit diese allfälligen Ansteckungseffekten der Krise möglichst dezidiert entgegentreten kann. Die Finanzminister des Eurogebiets einigten sich schliesslich im November 2011 auf die konkreten Bedingungen für die Hebelung des Eurorettungsfonds EFSF. Bei Neuemissionen von Staatsanleihen kann der Fonds ein «Teil-Ausfall-Schutzzertifikat» ausgeben, das den Anlegern 20 bis 30% des Nominalwerts der Bonds ersetzt, wenn der Staat die Anleihe nicht zurückzahlen kann. Ferner können über Co-Investmentfonds (CIF) Untergesellschaften des Fonds gebildet werden, an denen sich neben der EFSF auch private und staatliche Anleger beteiligen können.

Bis Ende 2012 verpflichtet sich zudem jeder Mitgliedstaat der Euro-Zone, eine Schuldenbremse, vorzugsweise in der Verfassung, einzuführen. Im Weiteren sind bei wichtigen haushalts- oder wirtschaftpolitischen Reformplänen die Kommis-sion und die anderen Mitgliedstaaten im Vorfeld zu konsultieren. Bei Staaten im Defizitverfahren werden die Kommission und der Rat ermächtigt, die Haushaltspläne vor Annahme durch die Parlamente zu überprüfen. Schliesslich bekannten sich die EU-Staats- und Regierungschefs zu einer entschiedenen Umsetzung der Strategie Europa 2020 und zur Beschleunigung von Strukturreformen. Bis Ende 2012 sollte eine Einigung über alle 12 vorrangigen Vorschläge der Binnenmarktakte (Single Market Act) erzielt und bis 2015 der digitale Binnenmarkt realisiert sein.

Mangels einer nachhaltigen Beruhigung der Märkte stand abermals die Euro-Krise im Zentrum des Europäischen Rates im Dezember, insbesondere das Ziel der Stärkung der Finanzdisziplin der Staaten.

Die konkreten Neuerungen des am Gipfel beschlossenen «fiskalpolitischen Pakts» (Fiscal Compact) umfassen erstens die Einführung einer gesetzlichen Schuldenbremse mit dem Ziel ausgeglichener öffentlicher Haushalte, wobei die korrekte Umsetzung auf nationaler Ebene vom Europäischen Gerichtshof überprüft werden kann. Zweitens werden Länder in Zukunft bestraft werden, sobald deren Haushaltsdefizit die Grenze von 3% des BIP übersteigt. Gestoppt werden können diese «automatischen» Sanktionen nur noch mit einer qualifizierten Mehrheit der Euro-Staaten. Die dritte Neuerung ist, dass Länder mit zu hoher Verschuldung rechtlich bindende, detaillierte Reformvereinbarungen in Partnerschaft mit der Europäischen Kommission abschliessen sollen.

Zur entscheidenden Frage im Rahmen des Gipfeltreffens der 27 EU-Staats- und Regierungschefs wurde das «Wie» der Umsetzung der gerade genannten Neuerungen. Das Vereinigte Königreich, das seine Zustimmung zu einer Vertragsänderung von Zugeständnissen unter anderem im Bereich der britischen Positionen bei

den Finanzmarktregulierungen abhängig gemacht hatte, rückte von seiner Ablehnung gegenüber dem neuen fiskalpolitischen Pakt nicht ab. Dies führte zur Lösung der rechtlichen Umsetzung der inhaltlichen Neuerungen durch einen zwischenstaatlichen Vertrag zwischen den 17 Eurostaaten mit der Möglichkeit für die Nicht-Euro-Staaten sich ebenfalls anzuschliessen. Davon machten sämtliche EU-Mitglieder ausser dem Vereinigten Königreich Gebrauch. Ziel ist es, den Vertrag bis März 2012 zu unterzeichnen.

Zudem beschlossen die Staats- und Regierungschefs weitere, kurzfristigere Massnahmen zur Bekämpfung der gegenwärtigen Krise: So soll der künftige dauerhafte Euro-Rettungsschirm ESM nicht erst 2013, sondern schon im Sommer 2012 in Kraft treten. Entscheidungen über seinen Einsatz werden nicht wie vorgesehen einstimmig, sondern mit einer Mehrheit von 85% des Kapitalschlüssels fallen können, um eine Blockade durch Einzelne zu vermeiden. Was die Beteiligung der privaten Gläubiger betrifft, soll sich der ESM fortan an den diesbezüglichen Praktiken des Internationalen Währungsfonds IWF orientieren Der Schuldenschnitt in Griechenland soll ein Einzelfall bleiben. Zusammenfassend hat das Gipfeltreffen von Anfang Dezember zwar nicht den Durchbruch zu einer Fiskalunion erreicht, die Ergebnisse können jedoch – deren erfolgreiche Umsetzung vorausgesetzt – als sehr wichtiger Schritt in Richtung eines stabilen Fundaments für die Wirtschafts- und Währungsunion der EU angesehen werden.

Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg

Leiter: Botschafter Dr. Daniel Ospelt

Die Arbeiten im Rahmen des Europarats im Berichtsjahr standen im Zeichen der Reform. Hauptschwerpunkte bildeten dabei die Reform des Europarats, die Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) sowie die Reform des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE). Wichtige weitere Themen waren die Arbeiten zum geplanten Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), zur Nachbarschaftspolitik des Europarats – vor dem Hintergrund der Revolutionen in den südlichen Mittelmeerstaaten und im Nahen Osten – sowie die Aktivitäten im Rahmen der Entwicklungsbank des Europarats (CEB).

Die bedeutendsten Veranstaltungen in der Berichtsperiode waren die 121. Ministersession am 11. Mai in Istanbul und eine weitere Konferenz über die Zukunft des EGMR am 26. - 27. April in Izmir.

Am 11. Mai ging der halbjährliche Vorsitz im Ministerkomitee von der Türkei auf die Ukraine über. Schwerpunkte des türkischen Vorsitzes (November 2010 bis Mai 2011) waren die Reform des Europarats und des EGMR sowie die Stärkung der sog. Monitoring-Mechanismen des Europarats durch regelmässige Überprüfungen der Mitgliedsstaaten (bspw. durch den Menschenrechtskommissar und den Antifolter-Ausschuss CPT).

Schwerpunkte des ukrainischen Vorsitzes, mit denen die Ukraine ihr europäisches Engagement zeigen wollte, waren der Schutz der Kinderrechte, die Weiterentwicklung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Prävention von Menschenrechtsverletzungen sowie die Entwicklung der lokalen Demokratie. Die Stärkung der politischen Rolle des Europarats war der Ukraine ebenfalls ein Anliegen.

Zu den erklärten Schwerpunkten des britischen Vorsitzes (November 2011 bis Mai 2012) zählten folgende Themen: die Reform des EGMR und die Verbesserung der Umsetzung der EMRK, die Unterstützung der Bemühungen von Generalsekretär Jagland zur Reform des Europarats, die Stärkung der Rechtsstatlichkeit, Internet-Gouvernanz, der Kampf gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder des Geschlechts sowie die Konzentration der Europaratsarbeiten im Bereich der lokalen und regionalen Demokratie.

121. Ministersession

Die 121. Ministersession des Europarats fand am 11. Mai in Istanbul statt. Liechtenstein war durch Regierungsrätin Aurelia Frick vertreten. Hauptthemen waren die Reform des Europarats, seine Schwerpunkte 2012-2013, die Situation der Roma, die Zusammenarbeit mit der EU, die Partnerschaft mit der Fachministerkonferenz für kommunale und regionale Selbstverwaltung, die Entlastung des EGMR auf der Grundlage der Beschlüsse der Konferenz von Izmir vom 26. - 27. April, die Bemühungen um ein harmonisches Zusammenleben in Europa (Verwirklichung der Vorschläge einer Gruppe namhafter Persönlichkeiten) sowie die Nachbarschaftspolitik des Europarats (vor allem engere Zusammenarbeit mit den Mittelmeeranliegern und Staaten in Zentralasien auf der Basis der Europaratsnormen). Anlässlich der Ministersession wurde das Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zur Unterzeichnung aufgelegt. Mit einer Erklärung des Vorsitzes wurde das politische Bekenntnis zur Rolle des Europarats in der heutigen Zeit bekräftigt (Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit).

Reform des Europarats

Am 16. Februar genehmigte das Ministerkomitee ein erstes Paket an Reformvorschlägen von Generalsekretär Jagland mit den Schwerpunkten für 2012 - 2013, einem Zweijahresbudget und einem Plan zur Überprüfung aller Konventionen des Europarats.

Der Abschluss von Teilabkommen soll künftig erleichtert werden. Die interne Mobilität der Bediensteten der Organisation wird gefördert und gefordert.

Die Anzahl der sog. «Intergouvernmentalen Strukturen», d.h. der zwischenstaatlichen Expertenausschüsse, wird verringert.

Die Organisationen der Zivilgesellschaft sollen künftig verstärkt in die Arbeiten des Europarats eingebunden werden.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)
Der neue Präsident des EGMR, Sir Nicolas Bratza (Vereinigtes Königreich), hat am 4. November die Nachfolge von Jean-Paul Costa/Frankreich angetreten. Er zog anlässlich der Eröffnung des Gerichtsjahres 2012 Bilanz über das Jahr 2011, in dem die Klageflut nicht nachgelassen hat. Im Jahr 2011 trafen 64'500 neue Beschwerden beim EGMR ein. Das sind 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der hängigen Beschwerden ist damit im Vergleich zu 2010 weiter angewachsen und stand Ende 2011 bei 151'624. Zu erwähnen ist dabei, dass die Gesamtzahl der hängigen Beschwerden in der zweiten Jahreshälfte erstmals seit längerem rückläufig war. Dies lässt sich vor allem auf die erfolgreiche Anwendung des Einzelrichterverfahrens gemäss Protokoll Nr. 14 zur EMRK im Zusammenhang mit klar unzulässigen Beschwerden zurückführen. Wie in den vergangenen Jahren betreffen über die Hälfte der Beschwerden lediglich vier Staaten, nämlich Russland (26,6%), Türkei (10,5%) Italien (9,1%) und Rumänien (8,1%). Insgesamt hat der EGMR 1'157 Urteile gefällt. Die höchste Anzahl von Urteilen betraf die Türkei (174), gefolgt von Russland (133), der Ukraine (105), Griechenland (73), Polen (71), Rumänien (68) und Bulgarien (62). Diese sieben Staaten brachten es somit auf 59 Prozent der 2011 gefällten Urteile.

Gegen Liechtenstein wurden 9 Beschwerden einem Richtergremium zugeteilt und 10 für nicht zulässig erklärt beziehungsweise von der Liste gestrichen. Es erging im Berichtsjahr kein Urteil gegen Liechtenstein.

Am 17. März entschied die Grosse Kammer des Gerichtshofs (Lautsi gg. Italien), dass Kruzifixe in Klassenzimmern der öffentlichen italienischen Schulen keinen Verstoss gegen das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit darstellen.

Reform des EGMR: Folgearbeiten zu den High-Level-Konferenzen in Interlaken und Izmir
Ein Jahr nach der High-Level-Konferenz zur Zukunft des EGMR in Interlaken fand unter türkischem Vorsitz am 26. - 27. April in Izmir eine weitere hochrangige Konferenz zu diesem Thema statt. Die liechtensteinische Delegation wurde von Regierungsrätin Aurelia Frick angeführt. Die Konferenz bewertete die bisherigen Auswirkungen von Protokoll Nr. 14 zur EMRK, zog eine Zwischenbilanz des in Interlaken begonnenen Reformprozesses und setzte weitere Impulse für die Fortsetzung der Reform des EGMR. In der verabschiedeten Erklärung wurde der Handlungsbedarf in den einzelnen Reformbereichen aufgezeigt. Liechtenstein beteiligte sich aktiv an den diesbezüglichen Arbeiten. In Izmir unterstrich Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick insbesondere ihren bereits in Interlaken eingebrachten Vorschlag, ein Audit des EGMR durchzuführen. Dieser Vorschlag wurde vom EGMR angenommen und soll im Frühjahr 2012 umgesetzt werden.

Liechtenstein setzte sich im Berichtsjahr weiterhin für ein Vorantreiben der EGMR-Reform ein. So beteiligte es sich auch aktiv an einer vom Vereinigten Königreich organisierte Konferenz zum Thema «Vision 2020 für den EGMR» am 17. - 19. November 2011 in Wilton Park.

Durch den in Interlaken angenommenen Aktionsplan hatten sich die Staaten verpflichtet, bis Ende 2011 über die getroffenen Massnahmen zur nationalen Umsetzung der Interlaken-Erklärung zu berichten. Liechtenstein reichte seinen Bericht fristgerecht Ende 2011 ein. Den nächsten formellen Höhepunkt der Arbeiten zur EGMR-Reform bildet eine Ministerkonferenz in Brighton im April 2012.

Beitritt der EU zur EMRK
Das Direktionskomitee für Menschenrechte (CDDH) legte dem Ministerkomitee im Oktober einen Bericht über den aktuellen Stand der Ausarbeitung der rechtlichen Instrumente für den Beitritt der EU zur EMRK vor. In diesem Bericht wurde auf eine Reihe von offenen, vor allem politischen Fragen, welche auf Expertenebene nicht gelöst werden konnten. Der vom CDDH vorgelegte Entwurf für die Beitrittsabkommen wurde dem Ministerkomitee ebenfalls zur Kenntnis gebracht. Die Verhandlungen zu diesem wichtigen, politisch aber sensiblen Thema konnten nicht wie ursprünglich geplant bis Ende 2011 abgeschlossen werden. Es wird sich zeigen, ob die offenen (vor allem EU-internen) Fragen im Verlauf des Jahre 2012 gelöst werden können.

Nachbarschaftspolitik des Europarats
Der Europarat verfolgte im Berichtsjahr intensiv die Entwicklung in Nordafrika, dem Nahen Osten und in Zentralasien. Auf Ersuchen der betroffenen Länder ist er bereit, sie beim Übergang zur Demokratie zu begleiten und vor allem in Fragen der Verfassung und des Wahlgesetzes zu beraten sowie Wahlbeobachter zu entsenden. Bei der Parlamentarischen Versammlung können diese Länder den Status eines «Partners für Demokratie» beantragen, wie ihn jüngst der Palästinensische Nationalrat erhielt. Auch Beratung in Sachen unabhängiger Gerichtsbarkeit, Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche kann geboten werden. Zahlreiche Übereinkommen des Europarats stehen darüber hinaus auch Nichtmitgliedsstaaten offen. Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten wird ferner im Kampf gegen Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Menschenhandel und Internet-Kriminalität angestrebt. Im Augenblick ist allerdings die innenpolitische Lage in vielen der betroffenen Länder noch unsicher. Hilfsprogramme können nur mit Hilfe freiwilliger Beiträge oder EU-Zuschüsse finanziert werden.

Betreffend die folgenden Länder ist der Europarat im Rahmen dieser Nachbarschaftspolitik aktiv: Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien, Israel, Jordanien, Libanon, Kasachstan und Kirgisistan.

Zustrom von Flüchtlingen aus dem nördlichen Afrika und aus dem Nahen Osten
Im Zusammenhang mit den Entwicklungen in Nordafrika und im Nahen Osten beschäftigte sich der Europarat auch mit der Bewältigung des massiven Ansturms von Asylsuchenden und Flüchtlingen aus diesen Regionen. Am 15. September wurden an einer gemeinsamen Konferenz des Europarats und seiner Entwicklungsbank (CEB) die in diesem Zusammenhang nötigen Massnahmen erörtert.

Zusammenleben im Europa des 21. Jahrhunderts: Bericht der Gruppe namhafter Persönlichkeiten
Der vom Europarat zu diesem Thema in Auftrag gegebene Bericht wurde im Rahmen der Ministersession in Istanbul im Mai zur Kenntnis genommen und von der Parlamentarischen Versammlung am 22. Juni diskutiert. Für die anschliessende Diskussion im Ministerkomitee erstellte Generalsekretär Jagland eine Diskussionsvorlage, in welcher verschiedene aktuelle Problemfelder unter anderem betreffend die Themen Migration, Integration, Asyl, Religionsfreiheit und die Rolle der Medien aufgezeigt wurden. Im Oktober machte der Generalsekretär dem Ministerkomitee weitere Vorschläge, wie Empfehlungen des Berichts ins Arbeitsprogramm des Europarats aufgenommen werden könnten. Aufgrund der politischen Sensibilität der im Bericht behandelten Themen bleibt abzuwarten, inwieweit es gelingen wird, diese Vorschläge in die Tat umzusetzen.

Menschenrechtskommissar des Europarats
Der Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg konzentrierte sich im Jahr 2011 vor allem auf Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung, den Schutz der Rechte besonders verletzlicher Gruppen sowie die Achtung der Menschenrechte in der Medienwelt (z.B. Medienfreiheit). Er besuchte unter anderem Georgien, Irland, Italien, Litauen, Serbien, Slowenien, Spanien, Russland und die Türkei. Er veröffentliche Berichte über seine Besuche in Armenien, Georgien und Malta sowie eine Untersuchung über die Rechte von Homosexuellen, Lesben, Bisexuellen und Transsexuellen. Im Übrigen galt seine Aufmerksamkeit auch weiterhin den Themen Migration und Medienvielfalt.

Venedig-Kommission
Die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) berät bekanntlich nicht nur die Mitgliedsstaaten des Europarats, sondern auch zahlreiche andere Staaten in Verfassungs- und Gesetzgebungsfragen. Inzwischen sind Kirgisistan, Mexiko und Tunesien Mitglieder. Kasachstan zeigt sich interessiert. Mit Tadschikistan und Usbekistan besteht bereits eine Zusammenarbeit.

Derzeit ist die Venedig-Kommission bestrebt, den in Umwälzung befindlichen arabischen Staaten bei Verfassungs- und Gesetzgebungsfragen behilflich zu sein. Sie arbeitet diesbezüglich bereits eng mit Ägypten, Marokko und Tunesien zusammen.

Forum für die Zukunft der Demokratie
Am 13. - 14. Oktober nahm Liechtenstein durch den Ständigen Vertreter am 7. Forum für die Zukunft der Demokratie in Limassol, Zypern teil. Thema war «Der Zusammenhang zwischen Demokratie und sozialem Zusammenhalt – Stärkung der Vertretung und demokratischen Mitsprache durch öffentlichen Dialog und bürgerliches Engagement». Dabei ging es darum, mehr Solidarität in der Bevölkerung zu erreichen und alle Schichten zu grösserem Engagement und zur Beteiligung am öffentlichen Leben zu bewegen, vor allem auch die Jugend, die Einwanderer und die Minderheiten.

Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE)
An der 20. Plenarsession des Kongresses vom 22. - 23. März fand eine Dringlichkeitsdebatte zur Lage in den arabischen Ländern statt, bei der die Rolle der Gemeinden und Regionen betont und die entsprechende Erfahrung und Hilfe des Kongresses als Bestandteil der Nachbarschaftspolitik des Europarts angeboten wurde. Diskutiert wurden ferner die regionale Energieversorgung, Massnahmen zur Vermeidung interreligiöser und interkultureller Spannungen, Verbesserung der Situation der Roma, die Rolle des Kongresses und seine Reform, der Stand der kommunalen Selbstverwaltung in Malta, Österreich, Rumänen und der Türkei sowie die Roller regionaler Ombudsleute.

Das besondere Thema der 21. Plenarsessionen des Kongresses vom 18. - 20. Oktober lautete «Zusammenleben in Würde». Weitere Punkte der Tagesordnung waren die Bürgerbeteiligung auf kommunaler und regionaler Ebene, die kommunale und regionale Demokratie in Slowenien, das Abkommen über die Zusammenarbeit des Kongresses mit der Konferenz europäischer Regionen mit Rechtssetzungsbefugnis (REGLEG), das Amt des Ombudsmanns und die kommunalen und regionalen Behörden, die Kampagne «Kampf dem Kindsmissbrauch», neue Formen jugendlichen Verhaltens und Gewalt in den Städten, die Situation der Roma sowie die Energieversorgung und Energiewirksamkeit.

Entwicklungsbank des Europarats (CEB)
Die Anfang 2011 vom Verwaltungsrat und vom Aufsichtsrat der CEB beschlossene 6. Kapitalerhöhung trat am 31. Dezember in Kraft. Diese sieht vor, das gezeichnete Kapital der CEB um max. EUR 2,2 Milliarden zu erhöhen. Der Anteil des einbezahlten Kapitals soll bei 11,9 Prozent des bisher gezeichneten Kapitals für jeden Mitgliedsstaat

(wie bisher) belassen werden. Dies soll durch eine teilweise Umwidmung aus den Reserven der Bank geschehen. Es muss kein Geld in bar einbezahlt werden. Die Unterzeichnungsfrist soll bis zum 30. Juni 2012 laufen. Eine erneute Überprüfung des Kapitalbedarfs der Bank soll 2014 stattfinden.

Dr. Rolf Wenzel, Deutschland wurde vom Aufsichtsrat am 8. April in Paris zum neuen Gouverneur der CEB gewählt. Er hat sein 5-jähriges Mandat ab 18. Dezember angetreten.

Teilnahme an Sitzungen

Im Berichtsjahr fanden neben der 121. Ministersession 40 Sitzungen des Ministerkomitees auf Botschafterebene einschliesslich der Sitzungen zu Menschenrechtsfragen (DH-Sitzungen) statt. Zudem gab es 91 Treffen von Arbeitsgruppen des Ministerkomitees. Der Ständige Vertreter nahm an diesen Sitzungen teil, soweit sie von besonderem Interesse für Liechtenstein waren. Er nahm ausserdem an drei Sitzungen des Aufsichtsrats und sechs Sitzungen des Verwaltungsrats der Entwicklungsbank (CEB) in Paris, in Strassburg sowie an einer gemeinsamen Sitzung beider Organe in Tirana, Albanien teil.

Ebenso nahm der Ständige Vertreter an den vier Sessionen der Parlamentarischen Versammlung (PV) und an den zwei Plenarsessionen des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE) teil. Zu den inhaltlichen Aspekten der Sessionen der PV wird auf den Jahresbericht der PV-Delegation des Landtags für das Jahr 2011 verwiesen.

Unterstützung von Projekten des Europarats

Die Stärkung der Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte ist weiterhin ein Schwerpunkt der liechtensteinischen Aussenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Liechtenstein unterstützte deshalb im Berichtsjahr folgende Projekte des Europarats in den Bereichen Schutz der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und interkultureller Dialog mit insgesamt CHF 160'000:

- vertrauensbildende Massnahmen in der Republik Moldau und in Transnistrien (CHF 120'000);
- Nord-Süd-Zentrum in Lissabon (CHF 20'000);
- IT-Tool der Generaldirektion für Menschenrechte des Europarats zur beschleunigten Umsetzung der Urteile des EGMR (CHF 29'000);
- deutsche Übersetzung des Handbuchs des EGMR zum Thema Zulässigkeitsbedingungen (CHF 11'000).

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York

Leiter: Botschafter Christian Wenaweser

Die Ständige Vertretung engagierte sich aktiv in den bekannten prioritären Bereichen, mit besonderem Augenmerk auf finanzplatzrelevante Entwicklungen und die Bereiche Menschenrechte, Völkerrecht (Internationaler Strafgerichtshof, ICC) und UNO-Reform. Höhepunkte der Arbeit im Jahr 2011 waren die erfolgreiche Übergabe der Präsidentschaft der ICC-Vertragsstaatenversammlung und eine in diesem Zusammenhang organisierte und hochrangig besuchte Klausurtagung in Liechtenstein zur Zukunft des ICC sowie der Abschluss der Überprüfung des Menschenrechtsrates unter liechtensteinischer Verhandlungsführung. Regierungsrätin Aurelia Frick vertrat Liechtenstein an der Generaldebatte der 66. Session der UNO-Generalversammlung.

Prioritär behandelte Themen

Finanzplatzrelevante Themen

Das Thema Steuertransparenz blieb prominent auf der internationalen Agenda, vor allem im Kontext der Entwicklungsdebatte. Entsprechende Standards in Resolutionen der UNO-Generalversammlung konnten auf Vorjahresniveau gehalten werden. Zwar wird die Bekämpfung illegaler Kapitalabflüsse und die Unterbindung von Steuerflucht weiter unter dem Titel der innovativen Mechanismen zur Entwicklungsfinanzierung diskutiert, andere Massnahmen in diesem Bereich (Finanztransaktionssteuer, Flugticketbesteuerung usw.) gewinnen jedoch zunehmend an Prominenz. Die G20 setzt im Rahmen ihrer Arbeitsgruppe zu Entwicklung nach wie vor starke Akzente zu einer verstärkten Steuerkooperation. Der G20-Gipfel in Cannes hat abermals gezeigt, dass der internationale Druck zu verstärkter Steuerkooperation auch in Zukunft steigen dürfte. Mit der Ankündigung der G20, eine multilaterale Steuerkonvention zu unterschreiben, welche substantiell über derzeit von Liechtenstein bilateral ausgehandelte Standards hinausgeht, betätigt sich die informelle Gruppe erneut im Bereich der globalen Normsetzung. Die aktive Mitarbeit Liechtensteins in der Global Governance Group (3G) dürfte sich in diesem Zusammenhang als hilfreich erweisen. Die 3G wurde im Zuge des G20-Gipfels von London 2009, an welchem das Ende des Bankgeheimnisses angekündigt wurde, mit dem Ziel gegründet, sich für universale Mitsprache bei Entscheidungen von universaler Tragweite einzusetzen.

Liechtenstein berichtete zum siebten Mal an den Sicherheitsratsausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus über die innerstaatliche Umsetzung der Standards zur Terrorismusbekämpfung, darunter Terrorismusfinanzierung. Liechtenstein setzt weiterhin prompt die Finanzsanktionen des Sicherheitsrates um, so auch die

neuen Sanktionen gegen Libyen, welche teilweise bereits wieder aufgehoben wurden, um gesperrte Gelder für den Wiederaufbau des Landes zu kanalisieren. Mit der massiven Reform des Sanktionenregimes gegen die Taliban und Al-Qaida kam der Sicherheitsrat zahlreichen Forderungen Liechtensteins für verbesserte rechtsstaatliche Prinzipen nach.

Menschenrechte

Im Zentrum der Aufmerksamkeit standen die zahlreichen gravierenden Menschenrechtsverletzungen, welche im Zuge der Unterdrückung der Proteste im arabischen Raum verübt wurden. Die Generalversammlung beschloss als Reaktion auf die Gewaltanwendung des libyschen Regimes gegen friedliche Demonstranten erstmals die Aussetzung der Mitgliedschaftsrechte eines Landes im Menschenrechtsrat. Diese Massnahme wurde nach der Machtübernahme des Nationalen Übergangsrates wieder rückgängig gemacht. Erstmals wurde eine Resolution zur Menschenrechtslage in Syrien verabschiedet. Das im Vergleich mit anderen Länderresolutionen (Nordkorea, Iran, Myanmar) deutlichste Resultat bekräftigte die internationale Isolation des syrischen Regimes. Liechtenstein engagierte sich intensiv zum Thema politische Partizipation von Frauen in Ländern, welche sich in einer politischen Übergangsphase befinden. Regierungsrätin Aurelia Frick unterschrieb während ihres Aufenthalts in New York im September eine Erklärung zur verstärkten Teilnahme von Frauen an politischen Prozessen und verwies in ihrer Rede vor der Generalversammlung ausführlich auf diese Thematik. Zudem betonte Liechtenstein wiederholt die Notwendigkeit, keine Straflosigkeit für schwerste Menschenrechtsverletzungen zu dulden und nannte dabei insbesondere die Situationen in Syrien, Jemen, Bahrain und Sri Lanka. Die Empfehlungen des Berichts des Expertenpanels vom März zu den schweren Menschenrechtsvergehen in Sri Lanka am Ende des Bürgerkrieges (im Winter und Frühjahr 2009) wurden jedoch bis anhin nicht formell von der Generalversammlung oder dem Menschenrechtsrat behandelt.

Im Rahmen des Dritten Ausschusses setzte sich Liechtenstein erfolgreich für die Unabhängigkeit jener UNO-Akteure ein, welche sich dem Schutz von Kindern, insbesondere in bewaffneten Konflikten, widmen. Zudem konnte das dritte Fakultativprotokoll zur Kinderrechtskonvention verabschiedet werden, welches einen Beschwerdemechanismus für die in der Konvention festgeschriebenen Rechte schafft.

Völkerrecht/Rechtsstaatlichkeit/ICC

Die Arbeiten zum ICC standen im Zeichen des bevorstehenden Generationenwechsels. Nach langwieriger Suche wurde Tiina Intelmann (Estland) als Nachfolgerin für Botschafter Wenaweser als Präsident der ICC-Vertragsstaaten bestimmt. Ein Nominierungsausschuss begutachtete potentielle Kandidaturen für die Nachfolge von Chefankläger Moreno Ocampo, was schliesslich zur Wahl der Konsenskandidatin Fatou Bensouda (Gambia) führte. Unter liechtensteinischem Vorsitz (Stefan Barriga) wurden Massnahmen und Abläufe zum Umgang mit nichtkooperierenden Staaten verhandelt, welche von der Vertragsstaatenversammlung (mittlerweile 120 Mitglieder) verabschiedet wurden. Mehrere Initiativen wurden zur Förderung der Ratifikation der Statutsänderung zum Verbrechen der Aggression lanciert, darunter die Publikation der «Travaux Préparatoires» (herausgegeben von Stefan Barriga und Prof. Claus Kreß). Aus Anlass der Übergabe der ICC-Präsidentschaft organisierte die Ständige Vertretung im Oktober eine hochrangige Klausurtagung zur Zukunft des ICC in Liechtenstein. Auf Einladung von Regierungsrätin Aurelia Frick nahmen sämtliche ICC-Organchefs sowie die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte Navi Pillay teil. Während den vier Sitzungen wurden 52 Aktionspunkte erarbeitet, die konkrete Vorschläge an das Gericht, die Vertragsstaatenversammlung und andere Akteure enthalten.

Auf einstimmiges Ersuchen des Sicherheitsrats eröffnete der ICC eine Untersuchung zu Libyen und erliess in diesem Zusammenhang drei Haftbefehle, unter anderem gegen Muammar al-Gaddafi, welcher wenig später von Widerstandskämpfern getötet wurde. Der inzwischen gefangen genommene Gaddafi-Sohn Saif Al-Islam soll nach Angaben des Nationalen Übergangsrates trotz ICC-Zuständigkeit in Libyen vor Gericht gestellt werden.

Die von Liechtenstein/Mexiko geleiteten Verhandlungen zur Rechtsstaatlichkeit resultierten unter anderem in Modalitäten für das hochrangige Treffen zur Rechtsstaatlichkeit im September 2012 sowie in einem Fahrplan für ein substantielles Schlussdokument. Die informelle Debatte der Generalversammlung zum Thema Schutzverantwortung (R2P) stand ganz im Zeichen der westlichen Intervention in Libyen.

UNO-Reform

Die von Liechtenstein (Botschafter Wenaweser) und Marokko geleiteten Verhandlungen zur Überprüfung des Menschenrechtsrates stellten den Höhepunkt der UNO-internen Reformbemühungen im Jahr 2011 dar. Der angestrebte Konsens wurde leider in letzter Minute verhindert, doch wurde der Text mit überwältigender Mehrheit angenommen. Inhaltlich muss das Ergebnis der Überprüfung als minimal bezeichnet werden. Angesichts der schwierigen Verhandlungsdynamik kann dennoch von einem Erfolg für die liechtensteinische Verhandlungsleitung gesprochen werden, da sich eine breitestmögliche Zustimmung für einige technische Verbesserungen sowie für eine erneute Überprüfung in 10 bis 15 Jahren finden liess. Die Verhandlungen zur Erweiterung des Sicherheitsrates standen ganz im Zeichen einer Initiative der G-4 (Brasilien, Deutschland, Indien, Japan) für einen Grundsatzbeschluss zur Einrichtung neuer Ständiger Sitze, die letztlich scheiterte. Die S-5 (Costa Rica, Jordanien, Schweiz, Singapur, Liechtenstein) legten einen neuen Resolutionsentwurf zur Verbesserung der Arbeits-

methoden des Sicherheitsrates vor. Der Entwurf wird voraussichtlich Anfang 2012 formell aufgelegt werden.

Generalversammlung

Bereits im Juni wurde Generalsekretär Ban Ki-moon für eine weitere Amtszeit von fünf Jahren wiedergewählt (Beginn 1. Januar 2012). Nach einem überwältigenden Unabhängigkeitsvotum nahm die Generalversammlung im Juli den Südsudan als 193. UNO-Mitglied auf. Die im September ausgelaufene Amtszeit Joseph Deiss' als Präsident der Generalversammlung ist als solide zu bezeichnen und hat die Bemühungen zur Stärkung der UNO im System der globalen Gouvernanz einen Schritt weiter gebracht. Sein Nachfolger aus Katar, Al-Nasser, hat die Generaldebatte unter das Thema «Mediation» gestellt. Regierungsrätin Aurelia Frick bezog sich in ihrer Rede auf die Ereignisse des Arabischen Frühlings. Sie stellte, wenn auch unzureichende, Fortschritte beim Schutz von Zivilisten und der Durchsetzung der internationalen Strafgerichtsbarkeit fest. Nebst zahlreichen bilateralen Treffen nahm die Regierungsrätin am hochrangigen Treffen zu nuklearer Sicherheit teil und veranstaltete ein Minister-Mittagessen für den ICC. Weitere zentrale Themen waren am wenigsten entwickelte Länder, Wüstenbildung, nicht übertragbare Krankheiten und Rassismus.

Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)

Liechtenstein brachte erfolgreich das Thema des sicheren Zugangs zu Brennstoffen in humanitären Notlagen auf die humanitäre Agenda des ECOSOC und organisierte an der Hauptsession eine Veranstaltung zur Sensibilisierung zu diesem Thema. Parallel dazu wurde die Problematik auch im Rahmen der Generalversammlung mit von Liechtenstein organisierten Paneldiskussionen weiter etabliert. Liechtenstein brachte sich erneut aktiv im Rahmen der funktionalen ECOSOC-Kommissionen ein, unter anderem in der Kommission zur Rechtsstellung der Frau, in welcher sich Liechtenstein für den verbesserten Zugang von Mädchen zu Bildung einsetzte.

Sicherheitsrat

Ländersituationen

Der Sicherheitsrat reagierte ungewöhnlich rasch auf die Libyen-Krise. Die umfassenden Massnahmen beinhalteten ein Waffenembargo, Finanzsanktionen, ein Reiseverbot, den Verweis an den ICC (erst den zweiten seit dem Verweis zur Situation in Darfur im Jahr 2005) sowie eine Flugverbotszone und die Autorisierung von Gewaltanwendung zum Schutz der Zivilbevölkerung. Jene letzte Massnahme war später heftig umstritten – vor allem Russland, China und afrikanische Staaten warnten vor einem nichtautorisierten Regimewechsel. Die breite Auslegung des Libyen-Mandates zum Schutz der Zivilbevölkerung hat sich in der Folge als zentrales Hindernis für eine Einigung des Rates für Massnahmen gegen das syrische Regime herausgestellt.

Der Rat befasste sich in mehreren Sitzungen mit den gewalttätigen Ausschreitungen und der unverhältnismässigen Unterdrückung der Proteste in Syrien, ohne sich jedoch auf mehr als eine schwache Präsidialerklärung zu einigen. Ein westlicher Resolutionsentwurf zur Lage in Syrien wurde zuvor durch ein Doppelveto von Russland und China blockiert. Die Fortschritte, welche in der Etablierung des Begriffs der Schutzverantwortung (R2P) gemacht wurden, sind damit in Gefahr.

Das gewaltsame Vorgehen gegen Demonstranten im Jemen wurde vom Rat scharf verurteilt. Staatschef Saleh ist nach längerem Zögern offenbar bereit sein Amt endgültig niederzulegen, sollte ihm und seiner Familie internationale Immunität garantiert werden.

Anfang November kritisierte der Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) die Entwicklung von Zündungstechnologien für Atomwaffen im Iran, welche nicht durch eine friedliche Nutzung von Atomenergie gerechtfertigt werden können. Die schleichende Atomisierung des Landes und die entsprechend verschärften Sanktionen des Westens tragen zur stetigen Steigerung der Spannungen bei. Der Iran beschuldigt seinerseits den Westen, insbesondere Israel und die USA, hinter Anschlägen auf iranische Nuklearwissenschaftler sowie einem Cyberangriff auf iranische Nukleaanlagen zu stehen.

Wie angekündigt, beantragte die Palästinensische Autonomiebehörde die UNO-Vollmitgliedschaft. Der Antrag liegt nach wie vor im Sicherheitsrat ohne Aussicht auf eine Entscheidung, da die USA ihr Veto angekündigt haben und der Vorschlag auch sonst nicht über die erforderliche Unterstützung verfügt. Hingegen ist den Palästinensern die Mitgliedschaft in der UNESCO geglückt, was jedoch für die Organisation zu einer dramatischen Finanzierungslücke führt, da die USA ihre Beiträge im Ausmass von 22% des Gesamtbudgets eingefroren haben.

NATO-Länder haben angekündigt, bis 2014 den Grossteil ihrer Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Da sich Afghanistan hauptsächlich durch Entwicklungshilfe und Kriegswirtschaft finanziert, wird ein wirtschaftlicher Kollaps aber auch ein Bürgerkrieg befürchtet. Der Sicherheitsrat bekräftigte die fortdauernde Partnerschaft zwischen Afghanistan und der internationalen Gemeinschaft nach 2014.

Auf der Basis eines Berichts des Generalsekretärs, welcher sich seinerseits auf Untersuchungen des Schweizers Dick Marty bezieht, forderte Serbien mit der Unterstützung Russlands die Prüfung des Verdachts des Organ- und Drogenhandels durch den kosovarischen Präsidenten Thaci während seiner Zeit als Führer der Befreiungsarmee UCK. Der Grossteil des Rates erachtete jedoch die momentan von der EU-Mission in Kosovo (EULEX) geführte Untersuchung als ausreichend. Derweil haben Spannungen an der Grenze zwischen Kosovo und Serbien zu einer neuen Welle der Gewalt geführt,

welche alle anderen Entwicklungen in der Region überschattet. Serbisch-stämmige Kosovaren hatten Strassensperren im Nordkosovo errichtet, um gegen ein Handelsembargo gegen serbische Güter zu protestieren.

Darüber hinaus befasste sich der Sicherheitsrat unter anderem mit der Lage in Côte d'Ivoire, in der Demokratischen Republik Kongo, in Somalia, im Sudan und Südsudan, im Nahen Osten, in Kambodscha und Thailand sowie in Bosnien & Herzegowina.

Thematische Schwerpunkte

Liechtenstein beteiligte sich weiter aktiv in einer Kerngruppe der «Friends of Children in Armed Conflict». Der Sicherheitsrat verabschiedete eine Resolution, mit welcher der Berichts- und Überwachungsmechanismus zu Kindern und bewaffneten Konflikten (MRM) in Zukunft auch durch Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser ausgelöst wird. Zur Unterstützung der deutschen Ratspräsidentschaft bei der Erweiterung des MRM führte Liechtenstein, unter Federführung der Ständigen Vertretung New York, gemeinsam mit dem deutschen Auswärtigen Amt, der Bundesakademie für Sicherheitspolitik sowie der Stiftung Wissenschaft und Politik eine zweitägige Konferenz in Berlin zum Thema «Kinder im Krieg» durch. Im Zuge des öffentlichen Teils sowie der begleitenden Berichterstattung z.B. im Radio wurde auf den Beitrag Liechtensteins zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten verwiesen. Die zum zwanzigsten Jahrestag der Mitgliedschaft Liechtensteins in der UNO entstandene Kindersoldaten-CD erwies sich dabei als ausgezeichnetes PR-Instrument.

Liechtenstein gehört ebenfalls zu den Hauptakteuren der Freundesgruppe «Women, Peace and Security». Im Zentrum der Diskussion stand die Schaffung eines Berichts- und Überwachungsmechanismus zu sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten, welcher bereits letzten Dezember vom Sicherheitsrat mandatiert wurde. Liechtenstein finanzierte und konzipierte die Entwicklung einer iPhone App zum Handbuch zu «Frauen, Frieden und Sicherheit», welches bereits letzten Herbst unter der Schirmherrschaft der ehemaligen Bundesrätin Micheline Calmy-Rey und Regierungsrätin Aurelia Frick veröffentlicht wurde.

Ständige Mission in Genf

Leiter: Botschafter Norbert Frick

Die Ständige Mission in Genf nimmt die Beziehungen zu allen internationalen Organisationen mit Sitz in Genf wahr. Mit Priorität werden dabei die EFTA- und WTO-Agenden sowie die Aktivitäten des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNO) mit Sitz in Genf behandelt.

In Bezug auf die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) lag der Fokus der Tätigkeit im ersten Halbjahr vor allem bei der Wahrnehmung des EFTA-Vorsitzes in Genf und der damit verbundenen Organisation, Koordination und Durchführung des EFTA-Ministertreffens vom 21. Juni 2011 in Schaan unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Aurelia Frick. Der Schwerpunkt der EFTA-Aktivitäten in Genf lag auch im Berichtsjahr weiterhin bei den EFTA-Drittlandbeziehungen. Dabei geht es im Wesentlichen um den weiteren Ausbau des Netzwerkes an Freihandelsabkommen mit Drittstaaten sowie um die Pflege und Weiterentwicklung bereits abgeschlossener Freihandelsabkommen. Diese Aktivitäten nahmen im Berichtsjahr neue Dimensionen an: Die EFTA-Staaten haben mehr Verhandlungsrunden und Treffen durchgeführt als je zuvor, wobei das Hauptaugenmerk auf Asien gerichtet war.

Die Ständige Mission befasste sich im Rahmen der WTO weiterhin mit der laufenden Welthandelsliberalisierungsrunde (Doha-Runde), welche trotz Bemühungen auf allen Ebenen nicht abgeschlossen werden konnte. Dies mussten auch die zuständigen MinisterInnen anlässlich des ordentlichen WTO-Ministertreffens vom 15. - 17. Dezember in Genf zur Kenntnis nehmen. Dennoch konnte die WTO am Rande des Ministertreffens einen Erfolg feiern: In den seit 10 Jahren laufenden Verhandlungen über ein revidiertes WTO-Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (Government Procurement Agreement) konnte am 15. Dezember der Durchbruch erzielt werden. Liechtenstein beteiligte sich aktiv an diesen Verhandlungen und musste mit diversen Staaten bilaterale Verhandlungen über spezifische Verpflichtungen führen.

In Bezug auf den Menschenrechtsrat konzentrierte sich das Engagement der Ständigen Mission insbesondere auf die Weiterentwicklung des internationalen Rechts im Menschenrechtsbereich und die Überprüfung der bestehenden Standards durch die Sondermechanismen des Rates.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Liechtenstein hatte im ersten Halbjahr 2011 den EFTA-Vorsitz in Genf inne. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Mission in Genf lag neben den damit verbundenen zusätzlichen Aktivitäten, wie z.B. die Vorsitze im EFTA-Rat und Drittlandkomitee sowie zahlreiche Koordinationsaufgaben, vor allem bei der Organisation und Durchführung des EFTA-Ministertreffens, welches vom 20. - 22. Juni unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Aurelia Frick in Schaan stattfand. Gleichzeitig nahmen aber die EFTA-Tätigkeiten im Drittlandbereich in Genf sehr stark zu. Im Berichtsjahr wurden so viele Verhandlungsrunden und Treffen durchgeführt wie noch nie. Die Bewältigung der Kombination EFTA-Vorsitz und gleichzeitige starke Zunahme der Drittlandaktivitäten stellte für die Ständige Mission eine echte Herausforderung dar.

Bei den Tätigkeiten der EFTA im Bereich der Beziehungen zu Drittstaaten geht es hauptsächlich darum, das bestehende Netzwerk an Freihandelsabkommen mit Drittstaaten mit dem Abschluss weiterer Freihandelsabkommen auszubauen sowie die bereits bestehenden Freihandelsabkommen zu pflegen und weiterzuentwi-

ckeln. Im Berichtsjahr konnten diesbezüglich wiederum einige Erfolge erzielt werden. Am 1. Juli traten die beiden Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru in Kraft. Bei den bereits unterzeichneten (und Liechtenstein intern auch bereits ratifizierten) Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit den Golfkooperationsstaaten und der Ukraine stehen die Ratifikationen in den Partnerstaaten noch aus, so dass diese beiden Abkommen erst (frühestens) 2012 in Kraft treten können. Anlässlich der beiden EFTA-Ministertreffen vom 21. Juni 2011 in Schaan resp. vom 14. November 2011 in Genf konnten die EFTA-MinisterInnen je ein Freihandelsabkommen mit Hongkong resp. Montenegro unterzeichnen. Beim Freihandelsabkommen mit Hongkong handelt es sich um ein umfassendes Abkommen, welches neben dem Warenteil auch in anderen Bereichen, wie z.B. Dienstleistungen, Investitionen, Geistiges Eigentum und öffentliches Beschaffungswesen, zu Liberalisierungen führen wird. Das unter dem Vorsitz von Botschafter Norbert Frick (EFTA-Verhandlungsleiter) ausgehandelte Freihandelsabkommen mit Montenegro umfasst in erster Linie – wie mit anderen Staaten dieser Region üblich – den Warenhandel (Industrieprodukte, Fisch und verarbeitete Landwirtschaftsprodukte). Erstmals konnte dabei auch eine eigentliche Verhandlungsrunde in Liechtenstein organisiert und durchgeführt werden. Liechtensteins Unternehmen werden durch beide Abkommen weitere Märkte eröffnet, in welche sie künftig zu bevorzugten Bedingungen exportieren können. Der Handel mit Agrarprodukten wurde wie üblich bilateral verhandelt. Liechtenstein ist über den Zollvertrag in das bilaterale Landwirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und Hongkong resp. Montenegro eingebunden.

Die Drittlandaktivitäten konzentrierten sich im Berichtsjahr weiterhin auf Asien. Die Verhandlungen mit Indien wurden weiter intensiviert und mit Priorität vorangetrieben. Es fanden vier Verhandlungsrunden in Neu Delhi statt (insgesamt gab es bisher 10 Verhandlungsrunden), welchen jeweils Treffen der VerhandlungsleiterInnen vorausgingen. Die Verhandlungen mit Indien sind intensiv und langwierig, doch wird weiterhin auf einen Verhandlungsabschluss in der ersten Hälfte 2012 hingearbeitet. Mit Indonesien konnten im Berichtsjahr drei Verhandlungsrunden (eine in Genf, zwei in Indonesien) über ein umfassendes Freihandelsabkommen («Comprehensive Economic Partnership Agreement») abgehalten werden. Diese Verhandlungen waren ebenfalls sehr zeitaufwendig. Im Berichtsjahr konnten jedoch bereits gute Fortschritte erzielt werden. Mit der Zollunion Russland-Weissrussland-Kasachstan fand die erste Verhandlungsrunde Anfang Jahr in Genf statt. Über das ganze Jahr gesehen – insgesamt fanden drei Verhandlungsrunden (eine in Genf, zwei in Russland) statt – konnten zwar gute Fortschritte erzielt werden, doch wurde noch lange nicht in allen wichtigen Bereichen Einigkeit erzielt. Die Verhandlungen sollen im Jahr 2012, dies vor allem auch vor dem Hintergrund des (anstehenden) WTO-Beitritts Russlands, weiterhin zügig vorangetrieben werden. Im Weiteren haben die EFTA-Staaten im Berichtsjahr auch mit Bosnien-Herzegowina Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aufgenommen. Dieses Abkommen konnte in drei Verhandlungsrunden soweit gebracht werden, dass ein Abschluss voraussichtlich Anfang 2012 möglich sein wird.

Mit Vietnam wurde die gemeinsame Machbarkeitsstudie über den Abschluss eines Freihandelsabkommens abgeschlossen. Die Lancierung der Freihandelsverhandlungen wurde beschlossen und ist für die erste Hälfte 2012 vorgesehen. Anlässlich des Herbstministertreffens vom 14. November in Genf, wurde die Aufnahme von Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommens mit den zentralamerikanischen Staaten Costa Rica, Honduras und Panama (später kam noch Guatemala dazu; El Salvador und Ecuador könnten sich dem Prozess zu einem späteren Zeitpunkt noch anschliessen) von beiden Seiten beschlossen. Die Verhandlungen sollen Anfang 2012 aufgenommen werden. An einem erneuten Treffen der zuständigen Minister am Rande des WTO-Ministertreffens vom Dezember 2011 in Genf konnten bereits die Verhandlungsmodalitäten verabschiedet werden. Was die mögliche Lancierung von Freihandelsverhandlungen mit Malaysia anbelangt, benötigt Malaysia vorgängig noch eine interne Machbarkeitsstudie. Zudem soll auf Wunsch Malaysias ein sogenannter «scoping process» (eine Art Vorverhandlungen) durchgeführt werden. Die EFTA-Staaten hoffen, dass die Lancierung der Verhandlungen im Verlaufe des Jahres 2012 erfolgen kann. Die Abklärungen über die Aufnahme von Gesprächen über ein mögliches Freihandelsabkommen mit den Philippinen sind noch im Gange. Die Verhandlungen mit Thailand sind aufgrund der politischen Lage in Thailand weiterhin sistiert. Auch diejenigen mit Algerien konnten im Berichtsjahr nicht weitergeführt werden. Die EFTA-Staaten hoffen, dass die Verhandlungen mit beiden Partnerstaaten im Jahr 2012 wieder aufgenommen werden können. Ein weiteres mögliches Tätigkeitsfeld für die Zukunft hat sich im Berichtsjahr neu eröffnet: Die EFTA-MinisterInnen diskutierten am 14. November ebenfalls die Perspektiven engerer Beziehungen mit afrikanischen Ländern südlich der Sahara und beschlossen, entsprechende Möglichkeiten mit potenziellen Partnern in der Region zu prüfen. Generell kann angefügt werden, dass bei allen laufenden Verhandlungen im Vor- und Nachgang zu den effektiven Verhandlungsrunden zahlreiche themenspezifische Expertentreffen oder Videokonferenzen stattfinden.

Das EFTA-Netzwerk umfasst derzeit 24 Freihandelsabkommen mit insgesamt 33 Ländern. Damit handelt es sich um eines der weltweit grössten Freihandelsnetzwerke. Ziel der Freihandelsabkommen bleibt es, den Wirtschaftsakteuren der EFTA-Staaten die bestmöglichen Rahmenbedingungen und Marktzugangschancen bieten zu können sowie die Diskriminierung im Marktzutritt gegenüber ihren wichtigsten Konkurrenten, z.B. aus den EU-Staaten oder den USA, zu vermeiden.

Neben dem Abschluss neuer Abkommen werden auch die bestehenden Freihandelsabkommen gepflegt und zum Teil weiterentwickelt. Im Berichtsjahr fanden Treffen der Gemeinsamen Ausschüsse mit folgenden Freihandelspartnern statt: Jordanien (in Amman), Chile (in Genf), SACU (in Genf) und Israel (in Jerusalem). Treffen der Gemeinsamen Ausschüsse unter den Zusammenarbeitserklärungen fanden mit den MERCOSUR-Staaten (in Montevideo), Malaysia (in Kuala Lumpur) und den zentralamerikanischen Staaten (in Panama) statt. Mit Mexiko, Chile, Singapur, Jordanien und neu Kanada werden der Ausbau der bestehenden Abkommen diskutiert resp. zum Teil bereits verhandelt.

Im Jahr 2011 fanden zwei EFTA-Ministertreffen statt: Unter liechtensteinischem Vorsitz am 21. Juni in Schaan sowie unter norwegischem Vorsitz am 14. November in Genf. Die EFTA-MinisterInnen trafen sich dabei auch mit VertreterInnen des EFTA-Parlamentarier- und des EFTA-Konsultativkomitees (nur in Schaan). An den Sitzungen der EFTA-ParlamentarierInnen im Jahr 2011 war Liechtenstein jeweils durch die Landtagsabgeordneten Harry Quaderer und Albert Frick vertreten. Anlässlich des Treffens in Vaduz am 21. Juni nahmen zusätzlich die Stv. Landtagsabgeordneten Helmuth Büchel und Marion Kindle-Kühnis teil. Josef Beck als Vertreter der Liechtensteinischen Arbeitgeber sowie Sigi Langenbahn – und zusätzlich am Treffen im Juni in Schaan auch Petra Eichele – als Vertreter des Liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverbandes nahmen an Treffen des EFTA-Konsultativkomitees, bei welchem es sich um ein Forum der Sozialpartner handelt, teil.

Im Weiteren fanden die üblichen regelmässigen (monatlichen) Treffen auf der Ebene der BotschafterInnen und StellvertreterInnen (Deputies) in Genf statt. Dabei gab es zahlreiche EFTA-interne Angelegenheiten organisatorischer Natur, welche phasenweise sehr zeitintensiv waren, so z.B. Themen wie der öffentliche Zugang zu Dokumenten, das Mandat der Rechnungsprüfer oder auch diverse Personalfragen. Die zuständigen MitarbeiterInnen der Ständigen Mission nahmen jeweils auch an den Treffen des EFTA-Drittlandkomitees und des EFTA-Budgetkomitees teil. Allgemein fanden im Berichtsjahr zahlreiche Expertentreffen statt. Die EFTA-interne Koordinierung der Positionen für Verhandlungen mit Drittländern, vor allem in Bereichen wie Dienstleistungen und Investitionen sowie Geistiges Eigentum, erwiesen sich wiederum als sehr zeitintensiv.

Welthandelsorganisation (WTO)

Neben der Wahrnehmung der üblichen institutionalisierten Sitzungen, wie der WTO-Rat, standen vor allem Anfang Jahr nach wie vor die Verhandlungen im Rahmen der laufenden Doha-Welthandelsrunde im Mittelpunkt der Tätigkeit der Ständigen Mission. Die Verhandlungen, welche 2001 in Doha aufgenommen wurden und eine weitere Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, Agrarprodukten und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung des WTO-Regelwerks bringen soll, treten seit langem an Ort und Stelle. Im Berichtsjahr wurde auf technischer Ebene und auf Ebene Verhandlungsleiter weiter verhandelt, doch war bereits frühzeitig klar, dass am WTO-Ministertreffen, welches für den 15. - 17. Dezember in Genf angesetzt war, keine diesbezüglichen Entscheidungen gefällt werden können. Somit ging es dann beim WTO-Ministertreffen auch eher um eine Bestandesaufnahme. Was die Zukunft der Doha-Runde anbelangt, brachte das Ministertreffen nichts Neues. Es wurden die altbekannten Positionen eingenommen und argumentiert. Interessanterweise wurden die bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen, wie sie die EFTA-Staaten abschliessen, nicht mehr wie früher verdammt, sondern im Gegenteil als Bausteine für zukünftige multilaterale Regelungen im Rahmen der WTO bezeichnet. Was die weiteren Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde anbelangt, ist alles offen. Im Jahr 2012 wird mit keinen grossen Verhandlungsfortschritten gerechnet, da in verschiedenen WTO-Mitgliedsländern Wahlen stattfinden (vor allem in den USA).

Am Rande des WTO-Ministertreffens konnte dennoch ein Erfolg verbucht werden: In den seit ebenfalls 10 Jahren laufenden Verhandlungen über ein revidiertes WTO-Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (Government Procurement Agreement) konnte nach intensiven Verhandlungswochen am 15. Dezember der Durchbruch erzielt werden. Dieses Vertragswerk ermöglicht es Unternehmen, grenzüberschreitend an Ausschreibungen von Regierungen und öffentlichen Körperschaften teilzunehmen. Liechtenstein hat sich unter der Federführung des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten und der Mission in diesen Verhandlungen aktiv eingebracht und musste mit zahlreichen Mitunterzeichnern bilaterale Verhandlungen über die spezifischen liechtensteinischen Verpflichtungen führen. Es handelt sich um ein so genanntes plurilaterales Abkommen (Mitgliedschaft freiwillig), dessen Reichweite im Moment noch auf 42 Staaten beschränkt ist, darunter wichtige wie die USA, die EU, Japan, Korea, Kanada usw. sowie alle EFTA-Staaten.

Ein weiteres Erfolgserlebnis am WTO-Ministertreffen war die Aufnahme Russlands in die WTO – nach 18-jährigen Verhandlungen – und die Unterzeichnung der entsprechenden Beitrittsakte. Damit sind nun alle grossen Volkswirtschaften der Welt Mitglied der WTO. Neben Russland sind neu auch Montenegro, Samoa und Vanuatu der WTO beigetreten (in allen neuen Beitrittsländern müssen die Verhandlungspakete noch ratifiziert werden). Damit wird die WTO-Mitgliedschaft auf 157 Staaten anwachsen.

Die Vereinten Nationen (UNO) und andere internationale Organisationen

In Bezug auf die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen in Genf konzentrierte die Mission ihre Aktivitäten hauptsächlich auf den UNO-Men-

schenrechtsrat. Daneben nahm sie an diversen Anlässen zu aktuellen Menschenrechtsthemen teil und war aktiv in die Präsentation des liechtensteinischen Länderberichts über die Umsetzung der UNO-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau involviert. Der Menschenrechtsrat trat im Berichtsjahr zu drei ordentlichen Sessionen, vier Sondersessionen (über die Lage in Libyen beziehungsweise Syrien) und zu drei Sessionen im Rahmen der «Universal Periodic Review» zusammen. Zur Vorbereitung der formellen Sitzungen des Rates nahm die Mission an den regelmässig stattfindenden Treffen der WEOG-Gruppe und der JUSCANZ-Staaten teil.

Liechtenstein setzte sich vor allem für die Weiterentwicklung der thematischen Überprüfungsmechanismen des Rates ein, so zum Beispiel in Bezug auf die Ernennung eines Sonderberichterstatters zum Thema Justiz in Transformationsländern, der Staaten in einer Übergangsphase von Konflikt zu Frieden in ihren Bemühungen stärkt, Vorkommnisse der Vergangenheit aufzuarbeiten. Ebenfalls in der Berichtsperiode verabschiedete der Menschenrechtsrat das dritte Zusatzprotokoll zur Kinderrechtskonvention, mit dem ein Individualbeschwerderecht eingeführt wird. Die Ständige Mission hatte sich an den Verhandlungen über dieses Protokoll aktiv beteiligt und die informellen Diskussionen über die Präambel geleitet. Diese betont insbesondere auch die Notwendigkeit, dass die Vertragsstaaten auf nationaler Ebene kindgerechte Verfahren und Strukturen schaffen, in denen sich Kinder Gehör verschaffen können. Der entsprechende Vorschlag war von Liechtenstein eingebracht worden, weil das Subsidiaritätsprinzip gerade bei Kindern wichtig ist und Liechtenstein mit der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche diesbezüglich bereits eine spezielle Massnahme ergriffen hat.

Die Mission vertrat Liechtenstein im Berichtsjahr auch an verschiedenen Konferenzen im Abrüstungsbereich, so insbesondere an der vierten Überprüfungskonferenz zum Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermässige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (CCW). Dort stand die Endphase der Verhandlungen über ein mögliches Zusatzprotokoll über Streumunition im Mittelpunkt des Geschehens. Nach vierjährigen Verhandlungen war es nicht gelungen, einen Text als Basis für die letzte Runde vorzulegen, der die grosse Diskrepanz zwischen den grössten Produzenten und Verwendern von Streumunition einerseits und jenen Staaten, welche die Oslo Konvention über ein Totalverbot von Streumunition unterstützen, auch nur annähernd hätte überwinden können. Der vorgelegte Abkommenstext hätte nur gewisse ältere Streumunitionstypen umfassend verboten, jedoch gleichzeitig den Einsatz von jüngeren Streumunitionstypen für mindestens zwölf weitere Jahre ausdrücklich erlaubt und für eine weitere Kategorie von Streumunition überhaupt keine Einschränkungen vorgesehen. Liechtenstein sprach sich zusammen mit einer Gruppe von 50 Staaten, die von Österreich, Mexiko und Norwegen angeführt wurde, gegen diesen Text aus. Die Konferenz schloss daher ohne die Verabschiedung eines Zusatzprotokolls über Streumunition. Hingegen wurden die Arbeiten über die humanitären Aspekte des Einsatzes von Panzerminen wieder lanciert.

Neben der 31. Internationalen Rotkreuzkonferenz fand auch eine hochrangige Konferenz des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der Genfer Flüchtlingskonvention sowie des 50-jährigen Bestehens der beiden UNO-Konventionen über Staatenlosigkeit in der Berichtsperiode statt. Rund 150 Regierungsvertreter, darunter knapp die Hälfte auf ministerieller Ebene, bekräftigten an der UNHCR-Konferenz die zentrale Bedeutung der Genfer Konvention für den internationalen Schutz von Flüchtlingen und Vertriebenen und gaben zum Teil spezifische Versprechen zur Stärkung des Schutzsystems ab. Auch Liechtenstein war auf Regierungsebene durch den Leiter des Ressorts Inneres vertreten und brachte seine Solidarität durch eine Anzahl freiwilliger Verpflichtungen zum Ausdruck. Bedeutend war die Konferenz insbesondere auch für eine Stärkung des internationalen Bewusstseins in Bezug auf die Not von rund 12 Millionen Menschen, die ohne Staatsbürgerschaft sind und daher oft ihrer grundsätzlichen Menschenrechte beraubt werden. Der Hochkommissar für Flüchtlinge bezeichnete diese Problematik als Stiefkind des UNHCR und stellte verstärkte Anstrengungen der Organisation in Aussicht. Mehrere Staaten unterstrichen ebenfalls ihren politischen Willen, die beiden Konventionen baldmöglichst zu ratifizieren. Liechtenstein ist seit zwei Jahren Vertragsstaat.

Zu den Aktivitäten des Ständigen Vertreters und seines Stellvertreters gehörte schliesslich die Teilnahme an diversen gesellschaftlichen Anlässen im Zusammenhang mit der UNO.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Die Zusammenarbeit Liechtensteins mit den UNO-Organisationen in Wien, dem Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO) ist in der Berichtsperiode im gewohnten Rahmen abgelaufen. Zu den regelmässigen Pflichtterminen gehörten die jährlichen Sitzungen der Suchtstoffkommission und der Verbrechensverhütungskommission der UNO sowie die General-

konferenz der IAEA. Zudem nahm die Ständige Vertretung jeweils an den Informationssitzungen bezüglich UNO-Angelegenheiten der EU-Präsidentschaft für EWR und andere Assoziierungs- und Partnerstaaten teil.

Konferenzen

IACA
Liechtenstein ist Mitgründungsmitglied der Internationalen Anti-Korruptionsakademie, die Fachleute in der Verhütung und Bekämpfung von Korruption ausbildet und sich der interdisziplinären Forschung in diesem Bereich widmet.

Seit dem 8. März ist die «International Corruption Academy» (IACA) eine voll funktionierende Internationale Organisation. Am 19. September ratifizierte Liechtenstein das Übereinkommen zur Gründung der Internationalen Anti-Korruptionsakademie, die ihren Sitz im niederösterreichischen Laxenburg hat.

IAEA
Vom 20. - 24. Juni fand das Ministertreffen der IAEA (Fukushima-Konferenz) zu nuklearer Sicherheit statt. Dabei standen insbesondere die Themen der Sicherheitsstandards in Atomkraftwerken im Mittelpunkt. Die Konferenz wurde durch die Ständige Vertretung abgedeckt. Vom 19. bis 23. September fand in Wien die 55. Generalkonferenz der IAEA statt. Neben der Resolution zur Demokratischen Volksrepublik Korea, der Resolution zur Anwendung von Sicherheitsmassnahmen im Mittleren Osten wurde die Resolution zur nuklearen Sicherheit und technischer Kooperation verabschiedet.

UNODC
Am 9. Dezember fand eine Informationsveranstaltung für Geberländer des GPML der UNODC statt, an welcher die Ständige Vertretung teilgenommen hat. Insbesondere das Mentorenprogramm für Südostasien und Westafrika und eine Vielzahl von Schulungen für die Bekämpfung von Geldwäsche sind hervorzuheben.

CND
Vom 21. bis 25. März fand in Wien die 54. Session der Suchtstoffkommission von UNODC statt. Liechtenstein war durch die Ständige Vertretung sowie die Suchtbeauftragte des Amtes für soziale Dienste, Dr. Esther Kocsis, vertreten.

UNTOC / UNCAC
Isabel Frommelt nahm vom 16. bis 19. Mai an der informellen, zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Umsetzung der UN-Konvention gegen transnational organisiertes Verbrechen teil. Peter Matt nahm vom 30. Mai bis 2. Juni an der Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption teil.

Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Wie in den Jahren zuvor nahm die Ständige Vertretung bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien aktiv an den Beratungen der zahlreichen Gremien der OSZE teil. Die Zusammenarbeit Liechtensteins war schwerpunktmässig auf institutionelle Fragen, Fragen der europäischen Sicherheit sowie den Schutz der Menschenrechte ausgerichtet. In diesen Themenbereichen engagierte sich Liechtenstein auch finanziell mit freiwilligen Beiträgen an zahlreichen Aktivitäten der OSZE. Die Zusammenarbeit in der OSZE gab der Ständigen Vertretung Gelegenheit, die Beziehungen zu den anderen 55 Teilnehmerstaaten bei der OSZE weiterzuentwickeln. Besonders eng war die Zusammenarbeit in der so genannten Gruppe der Like Minded Countries (Island, Kanada, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein) und im Rahmen des regelmässigen Gedankenaustausches mit Vertretern der EU, der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie dem OSZE-Vorsitz, Litauen. Zudem unterstützte die Ständige Vertretung regelmässig Wortmeldungen der Europäischen Union.

Übernahme des OSZE-Vorsitzes 2011 durch Litauen
Am 1. Januar 2011 übernahm Litauen den OSZE-Vorsitz von Kasachstan. Der litauische Aussenminister Audronius Azubalis führte den neuen OSZE-Vorsitz. Zu den Prioritäten der litauischen Präsidentschaft zählten insbesondere die Verbesserung der Medienfreiheit, die Lösung der eingefrorenen Konflikte, die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Bedrohungen, die Festlegung der Rolle der OSZE im Energiesicherheits-Dialog sowie die Bekämpfung von Hassverbrechen und Diskriminierung.

Implementierungstreffen zur Menschlichen Dimension
Das jährliche OSZE- Überprüfungstreffen zur Menschlichen Dimension (HDIM) fand diesjährig vom 26. September bis 7. Oktober in Warschau statt. Liechtenstein war am 6. und 7. Oktober durch die Ständige Vertretung vor Ort vertreten und engagierte sich insbesondere im Rahmen der Arbeitssitzung «Tolerance and non-discrimination II» zum Thema Chancengleichheit beziehungsweise Gewalt gegen Frauen. Die Rolle des «Rapporteurs» in der Arbeitssitzung «Menschenhandel» wurde durch Domenik Wanger übernommen.

OSZE-Ministerrat in Vilnius, Litauen
Der OSZE-Ministerrat fand am 6. und 7. Dezember in Vilnius, der Hauptstadt von Litauen statt und stand inhaltlich ganz im Zeichen der Berichterstattung über die

Umsetzung der einzelnen Punkte des verabschiedeten Pflichtenkatalogs des OSZE Gipfeltreffens von Dezember 2010 in Astana. Die liechtensteinische Delegation am OSZE-Ministerrat wurde von Regierungsrätin Aurelia Frick geleitet. Der litauische Aussenminister Audronius Ažubalis leitete den Ministerrat als OSZE-Ratsvorsitzender. Besonderes Augenmerk wurde auch dem Verhältnis zu den OSZE-Partnerstaaten (Algerien, Ägypten, Israel, Marokko, Tunesien, Jordanien, Japan, Südkorea, Thailand, Afghanistan, Mongolei, dem OSZE-Engagement in Afghanistan, dem Beitrittsgesuch der Mongolei, sowie der Frage der Vorsitzführung der OSZE in den Jahren 2014 und 2015 (Schweiz und Serbien), gewidmet.

Finanzielle Beitragsleistungen für den OSZE-Raum
Am 22. Dezember wurde das OSZE-Budget für 2012 verabschiedet. Als Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und langer, schwieriger Verhandlungen über inhaltliche Schwerpunkte wurde das Budget für 2012 gekürzt. In diesem Umfeld kann der liechtensteinische Beitrag als besonders wirkungsvoll angesehen werden, nicht zuletzt deshalb, da auch das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) von den Kürzungen der finanziellen Mittel betroffen ist.